

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestell-
geld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40.

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Rebaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzüge werden mit 30 Pf für die drei-
gesparte Pettzelle oder deren Raum berechnet.

Der zwölften Januar.

Die allgemeine Lage.

Nun ist der erste Wahlgang vorüber und die Entscheidung in der großen Frage dieses Wahlampfes ist noch immer nicht gefallen. Ihrer agitatorischen Aufführung lautete diese Frage: Wird der schwarzblaue Block zurückgeworfen? Aber hinter dieser Frage stand eine andere, die gewissermaßen das Positiv der ersten war, nein ist, denn sie ist ja noch nicht beantwortet, sondern soll erst durch die Stichwahlen beantwortet werden: Wird uns die Wahl eine starke Linke bringen, die eine Herauslösung großer Reformen im Sinne der Demokratie und des sozialen Gedankens ermöglicht? Beide Fragen sind bisher durch die Hauptwahl noch nicht beantwortet worden; es steht nur fest, daß die Stichwahlen eine bejährende Antwort auf beide Fragen bringen können.

Das Resultat ist bisher dies: Endgültig gewählt sind 208 Abgeordnete; über 189 Mandate haben erst die Stichwahlen zu entscheiden, deren Termin jetzt, wo wir dies schreiben, noch nicht bekannt ist, doch nimmt man an, daß sie auf den 20. Januar angelegt werden. Die 208 gewählten Abgeordneten verteilen sich wie folgt: 27 Konservative, 5 Reichspartei, 2 Wirtschaftliche Vereinigung, 79 Zentrum, 15 Polen, 4 Nationalliberale, 1 Bund der Landwirte, 64 Sozialdemokraten, 7 Elsaß-Lothringisches Zentrum, 1 Lothringen, 1 Däne, 1 Vertreter des Bauernbundes, 1 Wilder.

Die Ergebnisse ist für die Sozialdemokratie sehr günstig; sie hat damit schon jetzt ihren alten Bestand um elf Mandate überholt; aber in seiner Gesamtheit und unter dem Gesichtspunkte der oben formulierten Fragen betrachtet, gibt es zu jauhendem Frohsinn noch keinen Anlaß. Außer den 64 Sozialdemokraten sind nur einige Nationalliberale gewählt, von denen man wahrhaftig nicht sagen kann, ob sie brauchbare Mitglieder einer solchen Linken sein werden. Von den Linksliberalen ist kein einziger gewählt worden, so daß also, wenn man die Scheidung der Parteien bei der Reichsfinanzreform als die Scheidung in Rechte und Linke hinnimmt, bisher kaum 70 Mandate von der Linken erobert sind, denen nun doppelt so viele Mandate der Parteien des schwarz-blauen Blocks gegenüberstehen. Aber freilich, die Stichwahlen können den Reaktionären Block abschlagen und zur Not auch jene Linke bilden, die uns als die unerlässliche Voraussetzung einer fruchtbaren Reichspolitik erscheint. In dieser Hinsicht muß man hervorheben, daß die Schwarzblauen bereits im ersten Wahlgang 29 Mandate verloren haben. Halten alle Parteien der Linken zusammen in gegenseitiger Unterstützung bei den Stichwahlen, so ist es sogar ausgeschlossen, daß die Schwarzblauen noch mehr als höchstens 30 Mandate im zweiten Wahlgange erobern könnten. Aber auch nur dann ist es möglich, das erstrebte Ziel zu erreichen. Da es jedoch sehr zweifelhaft ist, ob eine solche klare Politik allseitig befolgt werden wird, so wäre es ganz verkehrt, wollte man schon jetzt Vistoria blasen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei befürchtet sich in einem vom 13. Januar datierten Auftruf an die Parteorganisationen zu jener Taktik, für die der Jenaer Parteitag die Grundregeln aufgestellt hat. Er hat damit seine Pflicht erfüllt, und wir glauben, daß auch die Organisationen und Genossen im ganzen Lande im Sinne dieses Auftrufs handeln werden. Von den liberalen Parteien liegen noch keine offiziellen Kundgebungen vor. Einige fortschrittliche Blätter fordern zwar energische Frontstellung gegen Rechts, aber die Parteileitung der Fortschrittlichen Volkspartei hält mit jeder Auswertung zu dieser Kritikfrage der gegenwärtigen Situation ängstlich zurück; die Nationalliberalen beobachten ebenfalls Stillschweigen.

Der Weg zur Macht ist nicht nur schwer zu schreiten, sondern auch schwer zu finden.

Die Stichwahlen.

An den 189 Stichwahlen sind beteiligt: 42 Konservative, 17 Reichspartei, 3 Deutsche Reformpartei, 18 Wirtschaftliche Vereinigung, 29 Zentrum, 10 Polen,

84 Nationalliberale, 4 Bund der Landwirte, 53 Fortschrittliche Volkspartei, 121 Sozialdemokraten, 2 bayrische Liberale, 1 Elsaß-Lothringisches Zentrum, 2 unabhängige Lothringen, 6 Welsen, 3 Bauernbündler, 5 Wilder. Über die Gruppierung der Parteien in den Stichwahlen läßt sich noch kein sicheres Bild gewinnen. In den Nachrichten herrscht eine höchst Unübersichtlichkeit, und von vielen Wahlkreisen ist näheres über die Stichwahlgegner überhaupt noch nicht bekannt. Von den 121 Stichwahlen der Sozialdemokratie sind die genaueren Resultate bisher nur für 98 veröffentlicht worden. In diesen 98 Stichwahlen kämpft die Sozialdemokratie in 19 Fällen gegen Konservative, in 7 gegen die Reichspartei, in 7 gegen das Zentrum, in 1 gegen die Polen, in 4 gegen Antisemiten und verwandte Zeitgenossen, in 3 gegen Elsaß-Lothringen, in 30 gegen Nationalliberale und in 27 gegen Fortschrittliche. Es ist wohl zu erwarten, daß die Sozialdemokratie in reichlich 30 Stichwahlen siegen wird, so daß wir auf eine etwa 95 Mann starke sozialdemokratische Fraktion rechnen können.

Der Erfolg der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie hat zweifellos einen großen Erfolg errungen. Die besten Hoffnungen sind erfüllt worden. Die glücklichen Wahlergebnisse im Jahre 1903 brachten der Sozialdemokratie 56 Mandate im ersten Wahlgang, diesmal errang sie 64. Die Stimmenzahl steht noch nicht fest, doch rechnet man nach den bis jetzt bekannten Resultaten 4 200 000 sozialdemokratische Stimmen. Das wäre ein Gewinn von nahezu einer Million, und dieser Gewinn würde bedeuten, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokratie wieder bedeutsam schneller gemacht wären, als die Zahl der Wahlberechtigten, was man bei den Unglückswahlen im Jahre 1907 bekanntlich nicht sagen konnte. Diesmal hat die Sozialdemokratie mehr als den gesamten Zuwachs an Wahlberechtigten gewonnen. Das ist ein wahrhaft prächtiges Resultat. Nachstehend verzeichnen wir die Kreise, die die Sozialdemokratie in der Hauptwahl gewonnen hat. In dieser Übersicht sind die Kreise, die früher schon einmal sozialdemokratisch vertreten waren, aber später wieder verloren gingen, durch Strichdruck, die ganz neu eroberten durch Fettdruck gekennzeichnet.

Hamburg I	August Bebel
Hamburg II	Heinrich Dietz
Hamburg III	W. Meißner
Altona-Stormarn	Karl Frohme
Kiel	Karl Legien
Lübeck	Theodor Schwartz
Bremen	Alfred Henke
Berlin II	Richard Fischer
Berlin III	W. Pfannlach
Berlin IV	Otto Büchner
Berlin V	Robert Schmidt
Berlin VI	Georg Ledebur
Niederbarnim	A. Stadthagen
Teltow-Blankenfelde	F. Jägel
Brandenburg-Westhavelland	Heinrich Peus
Stettin	E. Vogtherr
Randow-Greifenhagen	Alwin Körschen
Königsberg	H. Haase
Wreschen-West	E. Bernstein
Wolkenburg	Hermann Sachse
Reichenbach-Neurode	August Kühn
Magdeburg	Otto Landsberg
Calbe-Almersleben	Albrecht
Wanzleben	H. Silberschmidt
Galle	Erik Klemert
Zeitz	Adolf Thiele
Hannover	August Brem
Erfurt	Heinrich Schulz
Solingen	Ph. Scheidemann
Braunschweig I	Wilhelm Blos
Braunschweig-Holzminnen	Otto Antic
Bittau	Eduard Fischer
Dresden-Außenstadt	A. Raden

Dresden-Land	Georg Horn
Meißen	Richard Schmidt
Pirna	Otto Nühle
Döbeln-Nossen	K. Pinkel
Leipzig-Land	Friedrich Geyer
Mitteida-Limbach	Daniel Stücklen
Chemnitz	G. Roske
Glauchau-Meerane	Hermann Molkenbuhr
Zwickau-Erimitschau	Willy Stolle
Stollberg-Schneidberg	G. Schöpflin
Zipperau-Gelenau	P. Göbre
Annaberg	Ernst Grenz
Kirchberg-Auerbach	P. Lenz
München II	Georg Vollmar
Nürnberg	Südland
Erlangen-Fürth	W. Segiz
Ludwigshafen-Speyer	Jacob Binder
Stuttgart	Josef Simon
Cannstatt	Karl Hildenbrand
Mainz	Wilhelm Keil
Hanau	Ludwig Frank
Mainz	Gustav Hoch
Offenbach	Eb. David
Sonneberg-Saalfeld	Paul Neiphans
Gotha	Willy Bock
Rudolstadt	Arthur Hofmann
Reuß L. L.	Hermann Rörster
Reuß J. L.	Emanuel Wurm
Stralsund-Stadt	V. Böhle
Mülhausen	L. Cimmel

Diesen Gewinnen stehen bisher zwei Verluste gegenüber: Pforzheim und Neustadt-Landau. Allerdings wird die Verluste nach den Stichwahlen ebenfalls größer sein; mehrere Wahlkreise, die bisher von der Sozialdemokratie vertreten waren, stehen in sehr unsicherer Stichwahl, während andere, die wir, sicher zugezogenen hofften, eine Enttäuschung brachten und für eine Legislaturperiode wohl noch den Gegner verbreiteten werden. Von den Einzelheiten möchten wir nur wenige hervorheben, von denen wir bei unseren Kollegen ein besonderes Interesse voraussetzen dürfen. Große Freude muß der Sieg unseres Kollegen Silberschmidt in Wanzleben hervorrufen; in ihm haben die Baurbeiter wieder einen trefflichen Vertreter ihrer Berufsinteressen im Reichstage erhalten. Leider ist es dem Kollegen Hüttmann nicht gelungen, Cassel im ersten Wahlgange zu holen, doch steht die Stichwahl nicht schlecht für ihn. Besser noch steht die Stichwahl für unsern Kollegen Georg Thöde in Schwerin-Schmallendorf, auf dessen Sieg wir mit Sicherheit regnen können. In Danzig-Land steht Kollege Gehl, in Hagenow-Grevesmühlen Kollege Hugo Kober und in Görlitz Kollege Taubadel in der Stichwahl. Heinrich Rösler-Breslau, der sich mit dem konservativen Parteichef Heydebrand messen wollte, und Julius Koch-Magdeburg, der es auf den edlen Jordan v. Kröcher in Salzwedel abgesehen hatte, kommen leider beide nicht in die Stichwahl. Außerdem kandidierten noch 18 Verbandsmitglieder für die Sozialdemokratie. Das Mandat unseres Kollegen Bömelburg (Dortmund) wird Genosse Dr. Erdmann in der Stichwahl sicher gewinnen. Von bekannten Gewerkschaftern sind bisher gewählt: Legien, Robert Schmidt (Fabrikarbeiter), Sachse (Bergarbeiter), Simon (Schuhmacher), Bock (Schuhmacher). In Stichwahlen stehen unter andern: Otto Hüs in Bremen, Seeringer gegen Poładowsky in Bielefeld, Gustav Bauer von der Generalkommission in Breslau-Ost und Adolf v. Elm in Pinneberg-Eimsbüttel. Offensichtlich wird diesen tüchtigen Männern der Sieg.

Wir brauchen unsere Kollegen kaum noch anzufeuern, in den Stichwahlen ihre Schuldigkeit zu tun. Am Erscheinungstage dieser Nummer hat man in vielen Kreisen bereits gewählt, in den übrigen wird voraussichtlich am 22. Januar die Entscheidung fallen. Sicherer ist über

den Stichwahltag noch nicht bekannt. Aber unsere Kollegen wissen nun längst, was sie zu tun haben. Wo ein Sozialdemokrat in der Stichwahl steht, da muss noch einmal alle Kraft daran gezeigt werden. Und wo die Sozialdemokraten zwischen bürgerlichen Parteien zu entscheiden hat, da folge jeder die ausgegebene Parole und gebe seinen Zettel für den empfohlenen Kandidaten ab. Was die Hauptwahlen hoffnungsvoll begonnen, müssen die Stichwahlen glücklich vollenden.

Dynamit und Gewerkschaften in Amerika.

Am 1. Oktober 1910 wurde, wie in der deutschen Arbeiterpresse wiederholt berichtet wurde, das Gebäude der "Los Angeles Times" im Staate Kalifornien in die Luft gesprengt, wobei 21 Menschen ihren Tod fanden. Nach einiger Zeit wurde bekannt, dass es dem amerikanischen Detektiv William Burns gelungen sein sollte, die Täter in dem Schriftsteller James V. McNamara und dem Sekretär des Verbandes der Eisenkonstruktionsarbeiter und der Brückenbauer zu entdecken. Diese Meldung fand bei den amerikanischen Gewerkschaften schon um deswegen keinen Glauben, weil die amerikanischen Freunde der Gewerkschaften schon mehrmals den Versuch gemacht hatten, durch Aufklärungsarbeit Gewerkschaftsangehörige zu verbrennen und dadurch die Gewerkschaftsbewegung zu schädigen. Man vermutete in dem Vorgehen gegen die Brüder McNamara wieder einen jener feind eingefädelten Bläste, der mit einem Justizmord an Gewerkschaftern endigen sollte. Um diesen Plan zu durchkreuzen, sammelten die Gewerkschaften Gelder, die zur Verteilung der McNamaras dienen sollten. Über dieses Mal hatten die Gewerkschaften ihre Hilfe unwürdig gewährt; die McNamaras hatten das ihnen ausgeschriebene Verbrechen nach ihrem eigenen Gesichtspunkt tatsächlich begangen, wofür dann der eine der beiden Brüder vom Gericht zu lebenslänglichem und der andere zu 15 Jahren Büchterschaft verurteilt wurde. Natürlich verlief nun die Kapitalistische Presse die Tat erst recht den amerikanischen Gewerkschaften zur Last zu legen, obwohl diese sofort weit von den beiden Tätern abrückten, als feststand, dass diese das Verbrechen begangen hatten. Unter diesen Umständen dachte es wohl interessanter, was Mag. Schipper, wohl einer der bestbekannten der amerikanischen Verhältnisse in Deutschland, in den "Sozialistischen Monatsheften" über die Ursachen und die näheren Umstände der grausigen Tat zu sagen hat. Wir drucken daher seine Ausführungen nachstehend ab.

* *

Am 5. Dezember hat der Dynamitprozess in Los Angeles, der noch Ende November genau so unabsehbar langwierig schien wie bei seiner Eröffnung am 11. Oktober, mit einemmal mit dem Schusszeug sprang gegen die Brüder McNamara geendet. Der ältere der beiden Angeklagten, John J. McNamara, der Secretary-Treasurer des Verbandes der Brückenbauer und Eisenkonstruktionsarbeiter, wurde wegen der verheerenden Explosion in den Uewellinen Eisenwerken zu 15 Jahren Büchterschaft verurteilt, der Schriftsteller James V. McNamara zu lebenslänglichem Kerker wegen der vollständigen Vernichtung des Geschäftshauses der östlichen "Los Angeles Times": eine Explosion, bei der zugleich 21 Arbeiter ihr Leben einbüßten. Seit dem 1. Dezember war kein anderer Abschluss mehr zu erwarten, weil damals die beiden Angeklagten plötzlich alle Welt, vor allem die Arbeiterschaft des Westens wie des Ostens, durch ein uneingeschränktes Geständnis überraschten.

Wit dem Geschworeneinpruch in der schönen und glänzend ausirebenden, freilich auch noch etwas wildwestlichen südkalifornischen Parvenugroßstadt ist jedoch die eingerichtete, monatelang von allen Seiten mit fieberhafter Geschäftigkeit und Kräfteanspannung betriebene Prozeß-

bewegung noch lange nicht zum Stillstand gekommen. Im Gegenteil, die amerikanischen Scharfmacher und Gewerkschaftsgegner glauben nun mehr über den Schlüssel zu allerlei geheimnisvollen Explosions der jüngsten Zeit, vorwiegend im Osten und Mittelwesten, zu verfügen. Den Gewerkschaftsbeamten der mit knapper Not, lediglich durch seine Selbstbezüglichkeit, dem Galgen entgangen ist, hofft man dabei offenbar als Hauptzeugen ins Treffen führen zu können. Kapitalistische Blätter fabeln bereits von mehr als 100 offenkundigen, mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit McNamearas mehr oder minder eng zusammenhängenden Dynamitattentaten, die gegen verdiente oder vollendete Bauwerke, zum Teil unter brutalster Opferung und Gefährdung von Menschenleben, meist Arbeiterleben, im Laufe der letzten fünf bis sechs Jahre verübt worden seien. Eine bisher kaum erlebte Heftsfälschung Art gegen das gemeinsame amerikanische Gewerkschaftswesen knüpft sich selbstverständlich an alle diece sensationalen Entwicklungen und dunklen Andeutungen. Alle aufgedachten rohen Gewalttaten sollen nämlich deutlich ein gewerkschaftliches Ziel verfolgt haben: Schädigung und Nützelmachung solcher Betriebe, die nicht ausschließlich Unionsarbeiter verwenden, oder die sogar grundsätzlich organisierte Gewerkschafter ausrichten. Der viel beachtete welschlose Kampf zwischen dem open und dem closed shop soll also dem großen Publikum als empörendes blutrünstiges Schauerdrama dargeboten werden.

Diese dritte Stimmungsmache, deren Höhepunkt wir vielleicht erst in Zukunft zu erwarten haben, wird unbestreitbar dadurch erleichtert, dass man auf die rege gewerkschaftliche und sozialistische Unterstützung der Angestellten während ihrer Untersuchungshaft und ihrer ersten Prozeßwochen, auf zahlreiche Sympathielundgebungen von Arbeiterversammlungen und -kongressen, von Arbeiterzeitungen und -zeitschriften, vor allem auf die Herbeischiebung von reichen Geldmitteln aus Arbeiterkreisen für die Zwecke der Verteilung und Aufklärung hinweisen kann. So schrieb die "Deutsche Arbeitgeberzeitung" am 10. Dezember, und nicht wenige heimische Blätter wandeln geistig in ihren Spuren:

"Heute überwiegen sich die amerikanischen Arbeitsherren in politischen Betrachtungen, dass sie mit solchen Wörtern gefüllt sind, nichts zu tun hätten und haben wollten; für solche Anarchisten sei kein Platz mehr genug. Allein diese Brüder können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der grandiose (?) Verbrecher sich der ungeheurenden Kunst und des höchsten Vertrauens der Arbeiterverbände erfreut hat. Nach der Verhaftung McNamara wurde im ganzen Lande gesammelt, um einen riesigen Fonds für seine Verteilung aufzubringen, überall wurde er, wie auch kein Zweiter, als schuhloses Opfer der arbeiterfeindlichen Partei hingestellt. Noch vor 14 Tagen hat die American Federation of Labor einen Betrag von 60 000 Dollar bewilligt, der dem Schutz dieser bedauernswerten Märtyrer einen guten Sache dienen sollte."

Um diesen entstellenden Zeitzerrüttungen entgegenzutreten, sei das ganze Milieu, aus dem heraus, sowohl die erbitterte Prozeßführung wie die anfängliche Stellungnahme der Arbeiter sich entwickelten, kurz zu skizzieren. Das ist selbstverständlich vom Ausland her und auf Grund bloßer Preismitteilungen nicht so leicht. Es ist anzunehmen, dass unsere amerikanischen Parteifreunde ausführlicher auf manche tatsächlichen Einzelheiten und mitspielenden Stimmungen und Strömungen zurückkommen werden. Immerhin dürften sich die wesentlichsten Grundzüge des ganzen Bildes genug heraussehen lassen, um dem Leser ein selbständigeres und gerechteres Urteil zu ermöglichen.

Der erste große Vorwurf gegen die verbrecherische Gewerkschaftssyndikat (so charakterisierte die kapitalistische Presse von vornherein die ganze schwabende Angelegenheit) ging, wie gesagt, von Los Angeles und Südkalifornien aus, noch dazu von einem der verschrienen Scharfmacher dieses konfliktreichen Gebietes, das über den Zustand des Grenzerlebens und der Neuverteilung mit allen seinen wildwestlichen Kinderartenkeiten noch gar nicht so lange herausgewachsen ist. Noch in der Mitte

der fünfziger Jahre beschreibt Julius Fröbel die Stadt unserer Herrin, der Königin der Engel (La Reina de Los Angeles), wie sie spanisch-hochstädtend gelaufen war, als eine widerliche Anhäufung von Spielern, Straßenräubern, Gaflwirten bedenklichsten Schlages, von Indianern, Mexikanern und Grenzgängern aller Art:

"Dass jede Nacht hörte ich auf der Straße unter meinen Fenstern Pistolenkämpfe, durch Streitigkeiten in den Spielhäusern oder in andern schlechten Gesellschaften veranlasst. Los Angeles stand in dieser Beziehung tief unter San Francisco. Gerade die polizeiliche Wachsamkeit in der Hauptstadt, die summierte Privatwirtschaft in den Minen und überhaupt die größere Bürgerliche Ordnung, welche sich im Norden des Staates ausbildete, hatte die gefährdeten Menschen der kalifornischen Bevölkerung nach dem Süden getrieben und namentlich nach Los Angeles."

Dass ist nun freilich, in erster Linie seit dem weiteren großen Boom an der Wende der achtzig und neunzig Jahre, alles anders geworden; außer Denver-Colorado zeigt sich vielleicht keine jenseitige Großstadt in so glänzendem Aufgangswand. Aber die ganze weitere industrielle Umgebung (viel Petroleum- und Bergbaubetriebe) hat auch neuerdings nicht immer die besten Bevölkerungselemente zur Zuwanderung veranlasst. Das gleiche gilt von der Stadt selber, wie man sich leicht bei einem Gang durch das Stellennetzwerkzentrum in der Nähe des alten katholischen Missionskirchleins und des Chinesenviertels überzeugen kann. Dass das milde Klima während des Winters Schwärme von sonst landstreitenden Gestellen und Halbbaudabenden herbeilässt, die während des Sommers sich viel mehr über das ganze nordamerikanische Riesenland verteilen, hat sicherlich gleichfalls nicht dazu beigetragen, den ganzen Kulturschnitt Südkaliforniens zu verbessern. Vor allem jedoch hat die wilste Ressortenwirtschaft der Aufschwungszzeit den Arbeitsmarkt mit Tausenden überflutet, die im Osten, vom Auswandererreich und schrankenlosen Zukunftshoffnungen erfasst, ihre ganze Habe losgeschlagen, und denen hier, in der blühenden Ebene zwischen den leichten schneebewehrten Ausläufern der Küstengebirge und dem sonnenschimmernden Stillen Ocean, biegsam nur die Rolle der Lohnbrüdernden industriellen Reservearmee zu spielen übrig bleibt. Die im großen und ganzen günstigen in einigen Landesteilen (wie bisher in San Francisco) sogar sehr günstigen Lohnverhältnisse Kaliforniens sind deshalb in diesem Südzipfel arg durchsichtig und bedroht. Doppelt rücksichtslos, wie in allen Neuländern, in denen stadtfreie Menschen nur durch den Erwerbstrieb vorübergehend und seit kurzem zusammengezogen sind, hat das Unternehmertum unter so vielfach verschiedenen Voransetzungen systematisch seine Vorfertigkeit zu verstärken und die allein widerstandsfähigen, in der Zeit der ersten halb-kolonialen Arbeiterschaft zunächst zu großem Erfolg gelangten Gewerkschaftsorganisationen um jeden Preis zu zerstören gelöst. Kaum irgendwo kämpften deshalb die Unions zuletzt so zäh und verzweifelt um die grundtvigilante Anerkennung, dass nur Unionisten, das heißt nur sozialistisch gehobene Arbeiter, in den Fabriken und Werkstätten beschäftigt werden sollten; denn mit der Preisgabe dieser Forderung kam alles, was für die Arbeiter Erwerbung unrettbar wieder ins Wanzen. Kaum irgendwo wirkte anderseits das Unternehmertum so verödelt und stropelloos auf die Erfüllung der Unionsziele durch freie Arbeiter hin. Diese Verfeindung hatte sich seit langem bis zur Siedehöhe gesteigert. Es mag sein, dass auch die Unternehmer den Gewerkschaften in vollem Ernst jede Schandart ausüben. Ich kann das nicht wissen, folglich auch nicht bestreiten. Sicher ist jedoch, dass die Unions selbst auf das Schlimmste des Großkapitalismus, besonders seitens dessen Centralorganisation, der Merchants and Manufacturers Association, gefasst waren. Die Seele aber aller Niederträchtigkeiten und Verhebungen lag man in dem Besitzer und Leiter der diegelben einflussreichen "Times", in General Otis.

Die Kachelsohnenindustrie in Westen.

Sobald in den ersten Wintertagen Schnee und Eis blühen die Fensterscheiben, zu ziehen beginnen und eine niedrige Temperatur das Verweilen im Freien unmöglich macht, erfreut sich der weiße oder farbige Wärmedämpfer, in der Ecke des Zimmers wieder unserer Gunst. Zu seinem molligen Bannkreis verbringen wir die arbeitsfreien Stunden, und wenn auch die einstmalige Poesie des altdutschen Kachelofens in neuerer Zeit merklich geschwunden ist, so rafft sich doch noch immer recht trauslich zu Fußen des großen, summenden Gefallen. Am wärmenden, blindefenden Herdfeuer erzählt die stürige Haustrotz ihren Kindern die alten und doch ewig neuen Märchen, die schon Großmutterlein, auf der Ofenbank oder im Lehnsessel sitzend, einer aufmerksamen Entzelschar vor Jahrzehnten übermittelte. Nichts aber erzählt sie ihnen von dem gläsernen Freuden, seinem komplizierten Entwicklungs Gang und seiner märchenhaften Heimat.

Und doch durfte ein Ausflug in die Stadt, in der sich die Ofenfabrikation ganz Norddeutschlands und darüber hinaus konzentriert, für jung und alt gleich lohnend und interessant sein.

Im lieblichen Havelland, alten der feinsinnige Theodor Fontane seine gemütlichen Gestalten schuf, liegt das kleine, etwa achttausend Einwohner zählende Städtchen Velten. Hier wird in den weiten "Löwenbergen" seit 70 Jahren der Ton für die berühmte Kachelsohnenindustrie gewonnen und, um es gleich vorweg zu sagen: noch ist Rohmaterial für eine "halbe Ewigkeit" vorhanden.

Von fleißigen Arbeitern wird der Ton in den Bergen

gegraben und in die großen Schalenmühlen gebracht, in denen er einem wohlenden vierzehntägigen Bod unterzogen wird, das ihn vor allen seinen Unreinigkeiten, die ihm beim Wachstum in unform großen Planeten anhafteten, befreit und gründlich säubert. Kleine Schleimmaschinen röhren die zähe Masse zu dünnflüssigem Brei, der sich dann durch Siebvorrichtungen in darunterliegende ausgemauerte Gruben entleert. Ist er so einmal gebrauchsfertig geworden, wandert er auf der Marke in die zweiten Bearbeitungsräume, wo vermittelst Handarbeit und maschineller Herstellung die Kacheln, Fleies und Simsteine von gewissen Arbeitern geformt werden. Unter Zuhilfenahme einer eisernen Form fertigt der Löpfer eine Kachel nach der andern an. In der Regel 150 Stück am Tage, und da er für eine Kachel etwa 35 S. erhält, so verdient er rund M. 5. Für die bescheren Sagen bekommt er natürlich mehr, so, wenn die Kacheln gemütiert sind oder frisiert werden. Entzieden mehr Geschicklichkeit erfordert die Herstellung der Simsteile. Dazu benötigt der Löpfer eine Gipsform, in die die defektiven Linien und sonstigen Figuren eingeprägt sind.

Wie schon angekündigt, hat die Maschine sich auch hier längst dem Handarbeiten als Konkurrenz zur Seite gestellt. Doch der eiserne Kollege bleibt mit seiner Tätigkeit gegen diesen im Nachteil. Beim Handarbeiten wird der Ton so gefördert durchgewalzt, dass sein Gründer Merzel in ihm übrig bleibt. Und das ist äußerst wichtig, denn die ganz gebliebenen Bergelörchen, die nur einmal in dem Ton als Parasiten zum Körper des Fabrikanten erscheinen, drängen nach dem Brände zur Oberfläche, und sind imstande, das ganze schön Fabrikat zu verfälschen. Die frischgeformten Produkte werden nun in die Trockenräume, in denen sie völlig freischwebend, damit die Rost-

von allen Seiten an sie herantreten kann, hängen müssen. Wie Hütte und Mühlen hängen sie in langer Reihenfolge hoch und niedrig, bis sie hier genug sind, um im Brennofen, übereinandergetürmt, ihre eigene Last zu tragen. Bei diesem Brennprozess muss besonders aufmerksam vorgefahren werden. Die großen Mengen bestehen aus einer Anzahl Kammern, deren jede zwölf bis dreizehnhundert einzelne Stücke, also Kacheln, Ecken, Dreiecke und Simsteile füllt, was zusammen neun bis zehn vollständige Ofen entspricht. Sorgfältig müssen die Kacheln aufgesägt und darauf die Zugangs-luftdicht verschlossen werden, damit kein flüssiges Wasser heraus, noch ein Aufzug hineingelangen kann. Sechshundertdrei Stunden werden die Kacheln einer solitären Glühküche ausgestellt. Der andauernde Gleichmäthigkeit wegen muss das Feuer hierzu aus Holz gespeist werden, auch damit es eine lohnende Flamme gibt, und man kann sich ein Bild von der Bedeutung der Weltener Ofenfabrikate machen, wenn man erfährt, dass dort vierzig Ofenfabriken jährlich über hunderttausend Ofen im Werte von sechs bis sieben Millionen Mark herstellen, wozu in gleicher Zeitraum annähernd ebenfalls hunderttausend Kubikmeter gutes Kiefernholz, das zum Teil von weiteren bezogen wird, erforderlich sind.

Wie leicht verständlich ist aber eine einzimal gebrauchte Kachel noch lange nicht jenes Kunstprodukt, wie wir es am glitzernden Kaminofen bewundern. Geschäftige Hände harren ihrer jetzt im Schleif- und Glasurraume. Während ihr im ersten alle entzünden Ringeln und Poltern hinweggeschliffen werden, erhält ihr roher Körper in der Glasurhalle ein ganz neues Kleid. Aus Asche, Blei, Sand und Salz haben schwärzverminnte Gefallen eine weiße Rose gemischt, die sein geräumiges, zu dünntem Brei gerieben, über-

Der General mag diese und seine Vorzüge des amerikanischen Selbstmades haben. Aus kleinen Farmerkreisen stammend, dann zu einem ländlichen Blödgeschäftsunterricht, dann zu einem Buchdrucker in die Lehre gegeben, stürzte er sich fröhligkeitig in die Politik und den Journalismus. Schon 1860, mit 23 Jahren, war er einer der Delegierten Kentucks zu der Konvention, die Abraham Lincoln nominierte. Nach den Siegen seiner Partei wurde er bald in der Bundesdruckerei, im Patentamt, später in Massa. beschäftigt; im spanisch-amerikanischen Krieg und gegen die Aufständen auf den Philippinen spielte er gleichfalls eine Rolle. Seine Haupttätigkeit galt jedoch seit 1882 der „Los Angeles Times“, die immer ausführlicher in seinen Reden und unter seinen Einfluss geriet, und der kalifornischen Politik. Nebenher lief natürlich immer noch eine ausgedehnte Geschäftsnacherei; so ist der General Präsident der Colossalstuhlkönigspflege und Direktor der Kalifornisch-Mexikanischen Land- und Viehkompanie; beide Gesellschaften kontrollieren in den Deltaländern unterlatiflorischen Halbinsel gegen 862 000 Acres Land. Das journalistische und geschäftliche Geschick des „Times“-Leiters findet man vielfach anerkannt. Über mir eine Stimme herrscht darüber, daß die Verrohung des politischen Kampfes, vor allem die Hege gegen die Arbeiterorganisationen, von niemandem mehr gefordert werden kann, als von diesem abgebrühtesten, zu jedem Mittel greifenden Dämonträger des open shop. Ohne die unablässige, Otische aufziehende und vergiftende Preßchampagne wäre selbst der erwähnte Scharfmacherverband im äußersten Südwesten kaum das geworden, was er nunmehr seit Jahren schon ist. Sogar Roosevelt hieß es im Juni für nötig, von einem solchen politican verbothenen abzurüden, von dem der republikanische Gouverneurstandab und heutige Gouverneur von Kalifornien, Oscar Johnson, bei dem letzten kalifornischen Wahlkampf die folgende, selbst für Amerika wohl beispiellose Charakteristik gab:

„In der Stadt, aus der ich komme (San Francisco), haben wir den Stiel der Entzückung bis auf die Reize gesucht. Wir hatten seife Beamte; wir hatten korrupte Zeitungen, wir hatten Männer, die Gewissens- und Stellung verlaufen. Jede Art der Verborchenheit, jede niedrige Leidenschaft und jede Schlechtheit war bei uns heimisch, aber wir besaßen niemals und besitzen in San Francisco nichts: so schlecht, so niedrig, so gemein, so infam wie Garrison Gray Otis... Er weilt hier in seiner seelenlosen Verantwortlichkeit... jede Reform verböhrend... in niedrigerndender Schlechtheit seinem Grab entgegengescheitert. Dieser Mann Otis ist der Schandfleck auf dem Baume Kaliforniens... Spricht man in Kalifornien davon, daß im Süden manches unrichtig, verderbt, korrupt, widerwärtig und schamlos sei, so denkt man stets an eins: Das ist Garrison Gray Otis.“

Uebertrieben oder nicht, auf jeden Fall beweist diese Rede, wozu man auch auf bürgerlich-gegnerischer Seite den „Times“ herausgeber für fäbig hält: nämlich zu allem. In der Nacht zum 1. Oktober 1910 erfolgte nun im „Times“gebäude eine furchtbare Explosions; der ganze Hieselbau brach zusammen und verfiel in Flammen; 21 Menschen, alleamt. Arbeiter, gingen dabei zugrunde. Otis war, doch verschont, erlitt also finanziell keinen Schaden. Angelehrte Sachverständige schlossen aus der Eigart der Katastrophe auf eine Gasexplosion; in ihrer Glaubwürdigkeit unaufhaltbare Zeugen, die mit dem Leben davongekommen waren, wollten kurz vor der Katastrophen einen penetranteren Gasgeruch wahrgenommen haben; in der Tat geht das Geständnis McNameatas respektive seines Gehilfen McManigals, dahin, daß, um der Wirkung doppelt sicher zu sein, vorher die Hauptföhre der Gasleitung geöffnet werden seien. Trocken begann Otis sofort am nächsten Tag, jeder ruhigen Untersuchung vorzgreifend, eine alles Frühere überbietende Hebe gegen die Gewerkschaftsdynastien, gegen die Mörder im Unionsgewand. Die fast unübermeidliche Folge war, daß die Arbeiter, die dem ganzen Geschehnis genau so fremd und unbeteiligt gegenüberstanden wie alle andern, Einbuhner

die Außenseite der Kachel hinweggesogen wird. Worauf ein zweiter Hiebprozeß folgt. In der Zusammensetzung der Glasurstoffe liegt im wesentlichen der Erfolg, daher hängt die eingehenden Werke ihr Verfahren streng voneinander. Es kommt darauf an, daß nicht ein einziger Querschlag die Schmelzglazur nach dem Brände verunreinigt. Hierbei kommt allerdings die vorzügliche Qualität des Wellenförmigen Tonens dem Fabrikanten und seinen Arbeitern zu Hilfe. Die Natur hat hier eben in die sorgfältig verputzte Steinwandfläche des ehemaligen heiligen römischen Reiches eine wertvolle Oase geschaffen, die die Menschen sich auf wortelhafteste Weise zu machen verstanden. Auch den biederem Töpfermeistern und seinen Kunden gefallen im weiten Land ist der mächtige Gast aus diesem Grunde besonders willkommen, und sie wissen wohl, in qualitativen Werk findet er so leicht seine gleichen

Woll zuguterletzt noch der Maler seine Binfelkunst an den einzelnen Teilen des zukünftigen Ofens probieren, so erfordert das Einbringen der aufgetragenen Farben sogar noch einen dritten Brennprozess. In neuerer Zeit bedient man sich aber eines Malverfahrens, das folgenderweise vor sich geht: in den frischen und ungebrannten, aber etwas getrockneten weißen, Glasfurnelmez spricht der Maler aus einem an einem Aufdruckstaubt befindlichen Ventil die Farben, wobei ihm eine Schablone leitet. Bei diesem Verfahren, das man ja als „Malen“ ganz nicht mehr aussprechen kann, und wozu es auch keines Binfels bedarf, wird die Farbe direkt mit der Glasur verbunden und haftet daher gebrannt auch viel fester. Die weiteren Vorteile se- sind die im Rechthöft zu erreichende hohe Temperatur.

von Los Angeles, umgekehrt hinter allem nichts als einen wohlvorbereiteten Anflug seitens des Schenkels von Südkalifornien erblickten. Doch bis in den letzten November hinein schwor in Los Angeles die eine Hälfte der Bevölkerung, vielfach auch außerhalb der Arbeitskreise, auf diese Röhre des Räths, und nach allen Vorangegangenen war das durchaus erträglich und bis zu einem gewissen Grad nur die ganz notwendige Wirkung, die Schrankenpolitistik, die sich um Ois faßmelle. Aber mit einer V i l l a g u n g des brutalen Gewaltatals hatte diese Aufzwingungswahrschafft, nichts zu tun. Ganz im Gegenteil.

es auch nur, um das Renommee und damit die Einnahmen der Firma immer von neuem aufzufüllchen. „Vatdetclus“, urteilte Herr Burns selber wie jeder Durchschnittsamerikaner und Durchschnittsarbeitervon im August voriges Jahres in McClures Magazine, „sind, als Klafe die schlimmste Sorte von schändigen Entpreßern (the worst lot of blackmailing scoundrels), die man außerhalb der Gefangenisse finden kann.“ Kein Ueberfannger glaubte deshalb, die plötzlich erhobene Billigung gegen die McNamaras, und als die Verhaftung und Ueberführung nach Kalifornien mit einer Gewalttätigkeit und rechtlischen Formlosigkeit erfolgte, wie man sie in Amerika als barbarisch-russisch, als gegen alle verfassungsgemäß individuellen Freiheitsrechte verstörend ansieht, da war die argwöhnische Empörung auch im Osten und im ganzen Land unter den Arbeitern nicht mehr zurückzudämmen. Man wollte offenbar einen Todesprozeß erzwingen, man wollte die Angeklagten durch ihren unzins überstürzten zwangsmässigen Forttransport aus ihrer gewohnten Umgebung nur der sonst verfügbaren Verteidigungs- und Hilfsmittel berauben. Man erinnerte sich des standalösen Fahrtens gegen die Mohr, Haywood und Pettibone, die einst nur mit knapper Not dem Eigennach der Anklage und damit dem Tod entflochten waren. Das alles lag erst ein paar Jahre zurück – sollte es sich nicht wiederholen können? Hatte das alles nicht abermals eine vergewaltigte Uehnlichkeit mit der Vorbereitung eines Justizmordes, in leichter Linie auf Kosten der gesamten Arbeiterbewegung und zum Vorteil des struppelhaften Schafmaßdertums? Vermutungen mögen uns heute, nach der Rüffslärung wenigstens einiger der wichtigsten Grundlagen der vorworenen Vorgänge, übertrieben erscheinen. Aber verständlich sind sie nicht minder, als seinerzeit in Los Angeles selber der unausrottbare Verdacht gegen Otis. Und mit der Billigung brutaler Gewaltmethoden hatten sie abermals wahrscheinlich nicht das geringste zu tun. Ganz im Gegenteil, Sicherung eines objektiven Verfahrens, Herbeischaffung eines möglichst gleichwertigen Verteidigungsmaterials, nachdem von der Gegenzeit Hunderttausende von Dollars zur Zusammensetzung von Denunziationen und vermeintlichen Beweisen aller Art aufgewandt worden waren: dieses Streben führte unter den erwarteten Voraussetzungen niemand einzlich mißbilligen, und inhowiet holt selbst Roosvelt den Gompers und seinen Freunden, die die Bildung eines Hilfs- und Sammelkomitees in die Hand nahmen, offen rechi geben müssen. Im „Outlook“ vom 6. Mai 1911 lesen wir:

"Sie (die von Burns verhafteten Männer) haben Anspruch auf einen absoluten Prozeßverfahren (an absolutely fair trial). Verfügen Sie nicht über die Mittel, sich selber die nötige Verteidigung zu beschaffen, so wäre es für jeden Freiheit von Männern durchaus angemessen, ihnen die nötigen Geldmittel zuzuführen, einfach, weil sonst kein genügendes Gerichtsverfahren verbürgt werden kann (it would be entirely proper for any body of men to furnish them the requisite funds, simply as an incident in securing them a fair trial)."

Die Spuren eines zweifellosen Verbrechens zu ver-
wischen, einen notorischen Verbrecher der gerichtlichen Ver-
antwortung zu entziehen, weil er im Dienst der Unions
wirkt, daran sollte niemand auch nur entfernt denken, ein-
fach weil keiner den McNameas die Dynamitaten zutraute.
Gleich am Tage nach der Timesexplosion zog in der Tat
Gompers, der Präsident der American Federation of Labor,
scharf die Grenze gegen die jetzt unsterile Anklage.
Nach dem Bericht des "Saint-Louis Star" (eines bürger-
lichen Blattes) vom 2. Oktober 1910 äußerte er sich wie
folgt:

Die Arbeiter sympathisieren nicht mit solchen Ausschreitungen, geschehe denn, daß sie auf solche Verbrechen stößen. Ich bin außerstande, zu glauben, ein Unionist könnte der Täter sein, und ich wünschte nichts Schlimmeres, als daß der Täter überhaupt mit kleinster Arbeitervorstellung zu tun hätte. Es ist ganz unverständlich, daß eine Geschäftsfirma diese Tat verübt haben sollte.

In ein bis zwei Minuten saubert der „Maler“ ganz farbige Landschaften auf die Kachel – und die Erfahrung eines breiten Brennprozesses. Das Einbrennen der Glasur findet der Farbe, das früher gejondert war, sich ging, gleichzeitig statt. Wo es eingeht, ist, gleichviel. Dadurch wird Zeit und Geld gespart, und jenes viel ältere Wort, daß Raaffal auch wenn er ohne Hände zur Welt gekommen sei, Maler gewesen wäre, läßt sich im vorliegenden Falle dahin variieren, daß die Stadtmaler auch ohne Pinsel „maleren“ können.

Der Verbergang der Ofenfachel ist nach der letzten Entnahme aus dem Brennofen und eventuellem vorsichtigem Abschleifen kleiner Schäden abgeschlossen. Fein sortiert und geputzt, zu kompletten Sets oder als einzelne Kaminenstücke, harren die ästhetischen Produkte in den Lagerräumen ihrer Käufer, die nicht lange auf sich warten lassen und die saubersten Artikel märkischen Arbeitsteileis in alle Welt entführen. Von alle Welt; denn auch im Auslande sind die Weltelite Erzeugnisse beliebt. Aber nicht vergessen werden darf auch, daß zur Herstellung in Stamm tüchtiger, mit dem Ton vertrauter Arbeiter erforderlich ist. Außer den Glasuren schaffen diese alle in Alsfeld, und daß auch die Wöhne nicht vom Himmel fallen, sondern erklungen werden müssen, zeigt ein Streit, den sie in vorigen Jahre erfolgreich durchführten. Fest sind die Wöhne alle durch einen Tarif geregelt, der in jedem Betriebe auskommt.

Von den einfachsten weißen oder dunklen Stachelösen, wo wir sie in den großstädtischen, Mietskasernen finden, bis zu den in gotischem Muster gehaltenen Brunnfassaden im Grasfeldhof, wird in Form und Farbe alles

Die Hauptspezialität bildet jedoch der weiße Schmelzofen mit seiner vornehm wirkenden modernen Einheitsführung. Auf die Architektur wird nicht wenig Rücksicht verwandt und die besten unter den modernen Kunstgewerber sindständig im Entwerfen neuer Modelle für die Belteiner Betriebe tätig. Und es galt auch einjäms, auf der Hut zu sein, damals, als es schien, als ob die Zentralbezirken die ganze Städtelebenlichkeit verdrängten wollten. Doch bald hatte man die Grenzen der "zentralen" Macht erkannt und heute versteht man bereits die Heizkörper mit Städtematerial. Die Gezeuge der Zeitlichkeit sprachen ein Wortein mit. Doch gab es für die Städtelebenindustrie, gerüstet zu sein und sich den modernen Anforderungen der Zeit leidlich und schnell anzupassen. Und so hauft man denn heute schon auf Zügen ruhende und auf kleinen Rädern laufende Ofen, die sich bequem, in eine andere Zimmerseite fahren und dort anbringen lassen, vorausgesetzt, daß für den Rauchabzug georgt ist. Auch die reicher so beliebte Oberbaustoff auf den ehemals die Märchenzählerlein gaben, von der wir ausgegangen sind, gewinnt in unserer Zeit wieder an Werteschätzung und wird häufig als Städtematerial dem Ofen geschmackvoll angegliedert. Nur sie läßt es sich, da sie möglich ist mit erwartet werden kann, wenn draußen die kalten Winterstürme toben, besonders beholsich rösten.

Dreifach die ganze raffinirte Ausübung der sittlichen und wirtschaftlichen Werte, die fogenannte Poetie des Kastelofens, lässt sich in engeren Mietwohnungen wenig bewerstelligen, dazu bedarf es, wenn nicht des luxuriösen Landhauses, so doch sicher der Eigenwohnung. In solchen Oeven lässt sich dann qui traurinen eingedekt von Cornelius Burilts schönen Wort: Man möchte mit der Besitztheit am Comini mit der Familie auf dem Rheu-

ein Unionist in Betracht, so kann die Gewerkschaftsbewegung von objektiven Beurteilen nicht für die Tat eines Mannes verantwortlich gemacht werden, der so sehr jedes menschliche Fühlens vor war wie es der Urheber dieser schaurigen Katastrophe gewesen sein muss. Das war die Tat eines Auzurechnungsfähigen. Federmann könnte gegenüber einem solchen Verbrechen nur den tiefsten Abscheu bestunden."

Erkdem wird die wütste Hege gegen die Arbeiterorganisationen nach wie vor durch das Land töben, solange noch einige Aussicht besteht, die weiteren Explosionen der letzten Jahre, vor allem auf Brücken und Eisenbahnstrukturen, in Verbindung mit den Panamas zu geben, die alsdann in der Tat größere Fonds zur Verfügung, und damit einen weiteren Personenkreis zu Mittässern gehabt haben mühten. Auf diese Enthüllung arbeiten jetzt die Schriftsteller hin, und auch gegen diesen Plan wenden sich jetzt in einem längeren öffentlichen Rundschreiben vom 9. Dezember Samuel Gompers, James A. Short von den Baumwollwerken, Jas. O'Connell von den Metallarbeitern und John P. Commons.

Es ist grausam unmöglich, die Leiter der Arbeiterorganisationen rechtlich oder moralisch für die Verbrechen von Einzelmitsgliedern haftbar machen zu wollen. Keiner andern Assoziation von Männern legt man in unserm Land eine solche moralische Verpflichtung, oder rechtliche Haftbarkeit auf. Soweit wir ein Recht haben, im Namen der organisierten Arbeit zu sprechen, heissen wir jede Unterordnung willkommen, die die Gerichte des Bundes oder der Staaten einleiten mögen. Die Sitzungen der Kongresse der American Federation of Labor finden bei offenen Türen statt, so dass jeder Mann sehen und hören kann, was getan und gesagt wird. Die Bücher, die Abrechnungen, die Korrespondenzen der Federation sind von jeder kompetenten Behörde einzusehen, die zur Information Anspruch darauf erheben will. Werden die National Manufacturers Association, die Erector's Association und die Defektionsklausur zur öffentlichen Untersuchung und Nachprüfung in gleicher Weise ihre Bücher und Korrespondenzen zur Verfügung stellen?"

So wird dieser erbitterte Kampf noch längere Zeit hin und her ziegen, hoffentlich mit dem Ergebnis, dass alle heimliche Anschläge auf den ruhigen Überzeugung und der Opferwilligkeit der Arbeiterschaft scheitern. Es ist nicht die erste derartige Kritik, die die amerikanische Gewerkschaftsbewegung zu überstecken hatte.

Politische Umschau.

Unser der Sieg! So mag es in diesen Tagen in Millionen Proletarienherzen widerhallen. Mit solcher Genugtuung darf das vor fünf Jahren "nichterfüllte" Proletariat auf die Wahl folgen des letzten Freitag's zurückblicken. Die frohen Erwartungen, die wir aus dem Verlauf der in den beiden letzten Jahren vorgenommenen Nachwahlen gegen dachten, sind voll in Erfüllung gegangen. Wenn sich auch zur Stunde noch nicht übersehen lässt, wieviel der 14 Millionen wahlberechtigten Männer des deutschen Volkes der roten Fahne gefolgt sind, so zeigt sich doch überall ein starkes Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen, und wir dürfen und der breitgedeckten Hoffnung hingeben, dass die vierte Million nunmehr erreicht, vielleicht sogar erheblich überschritten worden ist. Damit hätte dann etwa ein Drittel der Wähler ein nicht mißzuverstehendes Brotum abgegeben, gegen die Lebensmittelwiderstand und Entredningspolitik des schwärzblauen Blobs wie auch gegen weltmächtigste Gesetze aller bürgerlichen Parteien bis herab zu den "enttäuschten" Liberalen. Während vor fünf Jahren die Sozialdemokratie mit ihren 34 Millionen Stimmen nur 29 Mandate im ersten Wahlgang behauptete, denen sich dann in der Stichwahl 14 Mandate hinzugesellten, so steht jetzt schon nach der Hauptwahl die rote Flagge über 64 Wahlkreisen. Da ist die Sozialdemokratie an 121 zum Teil recht aussichtsreichen Stichwahlen beteiligt, so dass sie die Scharfe von 1907, was die Anzahl der Mandate anbetrifft, nicht nur ausweichen, sondern mit Tribut das zurückerobern wird, was ihr in den Bülowblitzwahlen durch das völkerbürtige Verhalten der verblendeten Freisinnspolitik geraubt wurde. Damals sah das freisinnige Freisinnpartei als Stütze des Agrardemagogentums eine "neue Morgenröte des Liberalismus" anbrechen, heute nun ist auch diesen betrogenen Betrügern die Quittung darüber ausgestellt worden, dass man nicht ungestraft um die Kunst der Konterrevolution buhl. Trotz gewaltiger Anstrengung konnte die konservativste Volkspartei nicht ein Mandat in der Hauptwahl erobern, und so aus sie ihre ganze Hoffnung auf die Stichwahl setzen, in der sie in 58 Wahlkreisen beteiligt ist. Einmal günstiger haben die Nationalliberalen abgeschnitten, denen im ersten Wahlgange vier Mandate zufielen, während sie in 64 Kreisen in der Stichwahl um das Mandat kämpfen. Wahrhaft sprechende Zahlen, die wiederum einmal drastisch dokumentieren, dass die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die einen festen Schutzwall gegen die Herrschaft der Ritter und Oligisten aufzurichten vermag.

Erst in der Stichwahl muss es sich entscheiden, ob der schwärzblaue Majorität im Reichstage ein Ende gemacht wird.

Die Zahl der Stichwahlen ist also außerordentlich groß und ein ihr Ausfall wird die Zusammensetzung des Reichstages bestimmen. Es ist selbstverständlich, dass die Sozialdemokratie in allen Wahlkreisen, in denen ihr Kandidat in der Stichwahl steht, die äußerste Energie entfalten wird, um den Sieg zu erringen und damit zu verhindern, dass in den Wahlkreisen, in denen sie nicht an der Stichwahl beteiligt ist, wird sie, getreu derjenigen Stichwahlparole, den

Kandidaten unterstützen, der sich auf die dort aufgestellten, von jedem Liberalen leicht erfüllbaren Bedingungen verpflichtet. Es liegt nun bei den Liberalen, ob sie es mit dem in den letzten Wochen so eifrig propagierten Kampf gegen rechts wirklich ernst meinen und jede Stimme gegen die Schwarzblauen den Sozialdemokraten zuwenden.

Allzu großen Illusionen wird man sich aber wohl nicht hingeben dürfen; denn gar zu oft schon hat dem Freisinn in entscheidenden Momenten der Wille, zur Tat gefehlt. Ganz zu oft schon sind die Reaktionäre die Versuche glücklich, die Liberalen vor den Folgen der Reichstagswahlen, wenn sie eine erhebliche Verstärkung der Sozialdemokratie bringen, grausam zu machen und sie ins Bootshorn zu dringen, damit sie sich bereit finden sollen, den Reaktionären slamer zu dienen. Wir zweifeln nicht daran, dass auch jetzt wieder die Reaktionärsparteien im Bunde mit der Regierung alles versuchen werden, um die Liberalen in Angst und Schrecken zu versetzen. Ob der Liberalismus endgültig festbleiben wird? Die Lehren der Geschichte des letzten Jahrhunderts, besonders für den Liberalismus nicht gerade ruhmvolle Periode der "kontraktualistischen Parzierung" im Bülow-Blod, sollten endlich dem Bürgerum die Augen geöffnet haben, sollten ihm bewiesen haben, dass es ein Verrat an sich selbst ist, an den Interessen des Bürgertums wäre, wollte er jetzt wieder ständiglich versagen und alle Einschüchterungsversuche seitens der Reaktionärsparteien nicht abwehren lassen an dem festen Willen zur Tat, mit der Pfaffen- und Künsterherrschaft endgültig aufzuräumen. Möge sich der Liberalismus der schweren Verantwortung, die er vor der Geschichte trägt, in diesen Tagen bewusst werden und festhalten an der Parole: Der Feind steht rechts!

Was aber auch die Stichwahlen bringen mögen, die Meinung des Volkes ist in den vier Millionen Stimmen, dem Drittel aller abgegebenen, zu überreichten Ausbildung gekommen, während die Stichwahlen, obwohl sie die Zusammensetzung des Reichstages wesentlich bestimmen, nur eine Abchwächung der einheitlichen Willensbildung bedeuten. Nicht letzten Endes ist gerade das Stichwahlssystem der Stein zur politischen Korruption besonders für die liberalen Parteien, wenn ein Teil der Wähler rein, nach Zweckmäßigkeitsgründen, nicht nach seiner Überzeugung zu wählen hat. Hätten wir im Reich ein vernünftiges Proportionalwahlrecht, das die Mandate unter die Parteien im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen verteilt, so brauchte nicht das unmoralische Geiljche: n. u. r. Schachern nach der Hauptwahl eingezogen. Zu gleicher Zeit würden auch damit die Folgen unserer bodenlos ungerechten Wahlkreiseinteilung beseitigt. Dass die Reaktion dieses System aber als ein heilig gesühnsmäßighaft schütt, beweist recht drastisch eine Statistik über den Stimmenaufwand der Parteien für einen erhaltenen Sitzen im verflossenen Reichstag. Danach brauchten die reditstellenden Parteien nur 10.000 bis 17.000 Stimmen, um ein Mandat zu erlangen, während die Sozialdemokratie jeden Sitzen im Durchschnitt mit 75.791 Stimmen erlaufen musste. So erweist sich also unser Reichstagwahlrecht nur dem Parten nach als ein gleiches, tatsächlich ist die verfassungsmäßige Gleichheit des Wahlrechts durch die Wahlkreiseinteilung illusorisch gemacht. Noch heute ist bei uns die Wahlkreiseinteilung Gesetz, die auf den Ergebnissen der Volkszählung des Jahres 1880 beruht. Die ganze enorme Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte vom Agrarstaat zum Industriestaat ignoriert die Wahlkreiseinteilung vollständig und bedeutet eine unerhörte, verfassungswidrige Vorzugsstellung des agrarischen Ostens gegen den industriellen Westen, der von den Untern systematisch verdrängt und in Unfertur erhaltenen Landbewohnerung Oberschlesien gegen den ausgelössten, selbstbewussten Industriearbeiter der Handels- und Industriezentren. Zu welchen Ungeheuerlichkeiten das geführt hat, zeigt die Tatsache, dass der Wahlkreis Teltow-Fläming-Charlottenburg, der größte deutsche Reichstagwahlkreis, mehr als 327.000 Wahlberechtigte aufweist, während in dem kleinen Wahlkreise Schramberg-Sippe, nur etwa 11.000 Männer wahlberechtigt waren, so dass also ein Wähler in Schramberg-Sippe etwa ein dreißigmal größeres Wahlrecht hat als der im existierenden Kreise. So ist denn infolge der Bevölkerungsbeschleunigung und -vernehmung das angelich gleiche Wahlrecht zu einem Plura iuris iuris geworden, das die Einwohnerchaft der großen Städte aus jahresseitig nachteilig gegen die Bewohner der zurückgebliebenen Gemeinden Deutschlands. Für die Reaktionäre sind es allein parteipolitische Gründe, die sie der Neueinteilung der Wahlkreise widerstreben lassen. Sie wollen an der Macht bleiben und das bestehende Reich zu dem Zwecke für sich ausnützen. Um so größeren Anlass hat die Sozialdemokratie, im neuen Reichstage energisch und mit allem Radbraud darauf hinzuwirken, dass endlich auf Grund der letzten Volkszählung die Wahlkreise neu abgegrenzt werden, damit der verfassungsmäßige Grundsatz der Gleichheit wieder zur Wahrheit werde.

Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband. Bekanntmachung des Vorstandes.

Statistik über Arbeitslosigkeit. Aus einer Anzahl Aufschriften erscheint, dass in den Zweigvereinen zweimal darüber bestehen, ob die in anderen Berufen arbeitenden

Mitglieder als arbeitslos oder als in Arbeit stehend zu betrachten sind. Es handelt sich bei der Arbeitslosigkeit an Stichtagen in erster Linie darum, die Arbeitslosigkeit im Bauwesen zu erheben festzustellen. Und die würde nicht einwandfrei festgestellt werden, wenn Bauarbeiter, die in andern Berufen arbeiten, als in Arbeit stehend gezählt würden. Deshalb sind Mitglieder, die nicht im Bauwesen, sondern in anderen Berufen arbeiten, als arbeitslos infolge Arbeitsmangels zu betrachten und dementsprechend zu zählen. Auf den Zusammensetzungstafeln (Formular II der Statistikformulare) ist jedoch unter dem auszufüllenden Teil von den Zweigvereinen anzugeben, wieviel von den infolge Arbeitsmangels arbeitslosen Mitgliedern an den Stichtagen in andern Berufen arbeiten.

Tarifverträge 1910. Mit der Nr. 2 des "Grundstein" ist für die Zweigvereinsverwaltungen, soweit dies nicht schon früher geschah, ein Exemplar "Tarifverträge 1910" verhandelt. Wir erfreuen die Verwaltungen, dieses Buch der Zweigvereinsbibliothek einzurichten. Wo der "Grundstein" nicht an ein Verwaltungsniveau gefunden wird, ist das Buch von dem "Grundstein"-Empfänger abzufordern. Sollte sich vereinfacht das Buch in einer Sendung vergessen sein, so bitten wir um sofortige Mitteilung.

Stierbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgeschüttet werden. Zu den diesbezüglichen Anträgen sind die gebundenen Formulare E, welche dem Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Anträgen einzulegen.

Unterstützungsaufweisungen sind in der Zeit vom 7. bis 12. Januar erlaubt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Verm	Buch-Nr.	Mann oder Frau
Altenburg	Wolfgang Wermann	Maurer	193036	Mann
Außenmünde	Karl Gottschalk	"	136186	Frau
Berlin	Fritz Heile	"	241752	Mann
"	Wih. Drechsler	"	8053	"
"	Karl Küttner	"	8525	"
"	Wih. Österreich	"	7093	"
Breslau	Heinrich Anton	Hilfsarb.	425	"
Brunnenhorst	Nicholas Nieder	Maurer	49715	"
Dresden	Adolf Klattenhoff	"	208508	"
"	Max Bär	"	23231	Frau
"	Erich Küttner	Hilfsarb.	25925	Mann
"	Oswald Büttner	"	27178	"
"	Hermann Eider	"	26153	Frau
"	Clemens Otto	"	241480	Mann
Eisleben	Wilhelm Schulz	Maurer	188551	Frau
Friedberg i. Br.	A. Schräder	"	112062	"
Gütersloh	Robert Wille	Hilfsarb.	240285	Mann
Gera	Hermann Detzel	"	218059	"
Greiz	Albert Behrend	"	156071	Frau
Gütersloh	Louis Lehmann	"	198083	Mann
Halle a. d. S.	Ferdinand Otto	"	140623	"
Königsberg i. Pr.	Ferdinand Möhle	Hilfsarb.	90315	"
Königsberg a. d. Pr.	Georg Möhle	Hilfsarb.	130164	Frau
Köthen	August Müller	"	217070	"
Magdeburg	Oskar Hellberg	Hilfsarb.	74569	"
Mannheim	Karl Schaff	Hilfsarb.	2002	Frau
"	Kaijar Heberlein	Maurer	88235	"
Minden-Borsigdorf	Alfred Preußer	"	221893	Mann
"	Wilhelm Marlo	"	217297	"
Neugersdorf	Anton Schubert	"	211153	Frau
Nürnberg	Wih. Sollmann	Hilfsarb.	61086	"
Quedlinburg	Wih. Heinmann	Maurer	143625	Mann
Rendsburg	Bern. Neigel	Hilfsarb.	203445	"
Rostock	Joh. Bödmann	"	161402	Frau
Schönebeck	Johann Schmidt	Maurer	139770	Mann
Speyer	Georg Söhrs	"	185829	Frau
Weimar	Adam Sonnau	"	147689	Mann
Werda i. S.	Hermann Menzel	Hilfsarb.	193398	Frau

Vom 9. bis 15. Januar haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptstädte gesandt:

Altenburg 14.129,16, Alt-Micendorf 33,84, Aachen 268,25, Auerbach 151,70, Auen 64,83, Altdamm 289,32, Altdorf 214,30, Aluna 22,15, Alversleben 215,69, Bremen 900,36, Bernau 60,27, Brandenburg 242,45, Burgstädt 1124,38, Bitterfeld 406,16, Borsigstadt 291,75, Barby 229,22, Barth 172,21, Brückmühle 161,82, Belgard 147,83, Burgfleinsdorf 59,70, Breitungen 28,57, Bielefeld 818,97, Brieg 132,64, Bergen 247,24, Borsig 921,42, Borsig 343,97, Burg b. Magdeburg 247,24, Böhlitz 96,05, Bernburg 394,85, Bredstedt 44,96, Bremberg 43,88, Boizenburg 27,24, Cunewalde 1016,94, Görlitz 139,94, Crimmitschau 1094,91, Crostau a. d. O. 80,55, Culmsee 498,77, Crossen a. d. O. 138,82, Elster a. d. S. 375,02, Görlitz 1038,89, Deutsch-Klossnitz 154,85, Löbel 123,70, Löben 321,93, Dargun 97,90, Döberan 98,88, Dommitzsch 51,97, Dösen 44,48, Dahme 37,57, Detmold 532,49, Deutsch-Weser 314,87, Duderstadt 238,38, Eisfeld 397,22, Eutin 688,90, Eggen 81,11, Eberswalde 122,18, Eilen 267,04, Erlangen 68,90, Faltenstein 159,74, Fürstenfeldbruck 966,87, Friedenstein 3,99, Fulda 600, Forchheim 266,05, Fürstenwalde 197,60, Frankfurt 43,04, Friedrichshafen 176, Fürstenberg a. d. Oder 145,98, Friedland 204,20, Gröditzberg 207,88, Gransee 364,20, Grimmen 207,28, Gommern 187,58, Gr. Kreis 66,84, Genthin 58,28, Gr. Woden 166,40, Gelenau 1750,07, Goslar 670,86, Gomnach 555,24, Großhabersdorf 85,95, Götzen 60,88, Grimsma 680,63, Golchen 169,24, Gottesberg 88,69, Herzberg a. d. Elster 11,50, Hilbersdorf 405,96, Heide 297,87, Hammelburg 137,99, Hohenrode 152,82, Heinrichswalde 148,40, Hörtha 63,80, Jarmen 92,87, Jever 412,52, Jena 180,68, Jürgen 100, Lüttgenrode 489,08, Immenstadt 253, Jimmen

185, 18, Nellinghausen 85, 93, Kranichfeld 51, 90, Kronach 96, 15, Kreipelin 124, 22, Kaufbeuren 372, 71, Krausnick 35, 22, Küslin 65, 80, Kuhau 242, 03, Kuglin 125, 17, Krebsjäude 53, 65, Leutmannsdorf 238, 38, Langelsheim 208, 39, Landenberg a. Lech 175, 20, Leer 130, Lüdenau 115, 80, Lübz i. Pomm. 104, 23, Lindau 248, 12, Liebenau 111, 80, Lissau 72, 66, Lambrecht 74, 74, Ludwigslust 30, 37, Liegnitz 810, 01, Loburg 172, 23, Lüchow 125, 66, Löbenstein 14, 61, Leipzig 26090, 20, Lünen 247, 40, Lübz i. M. 248, 01, Lütow 207, 29, Lüneburg 120, 05, Lüneburg 104, 68, Lüdenwalde 104, 68, Lichtenstein 502, 24, Löbau 446, 79, Langenbielau 391, 24, Mühlberg a. d. E. 320, 68, Mehlisburg 220, 87, Melsdorf 162, 71, Markwarsleben 553, 83, Mamheim 142, 57, Meiersberg 235, 61, Miedrion 15, 39, Mühlendorf 10, Memmingen 427, 35, Mittweida 726, 08, Merseburg 550, 66, Memel 265, 76, Michelendorf 140, 50, Mörne 410, 47, Mölln 239, 71, Mörsdorf 11, 40, Mese 145, 19, Mölln 67, 40, Neubrandenburg 207, 14, Mebra 182, 72, Neugersdorf 668, 21, Neurode 354, 04, Neufalen 27, 85, Neustadt i. Böhmen 25, 18, Nienburg a. d. S. 11, 45, Neuhädel 16, 97, Neumag 110, 77, Nossen 97, 69, Neuleutens 904, 43, Oberberg 377, 14, Oldenburg i. Gr. 2805, 59, Oberriedersdorf 102, 80, Offenburg 600, Oranienburg 217, 77, Oderberg 60, 76, Osterrieth 28, 23, Potsdam 1882, 94, Pinnwitz 813, 84, Pegau 263, 21, Peitzchen 126, 96, Pöhlitz 214, 92, Parchim 182, 16, Preyslau 160, 82, Quederf 391, 24, Rendschedt 209, 38, Reinfeld 166, 80, Riesa 678, 78, Riesenburg 352, 18, Roßlau 178, 53, Richtenberg-Franitz 169, 33, Rositz 40, 56, Rödensberg 6, 60, Roth a. Sand 229, 68, Radeburg 31, 70, Regensburg 3448, 98, Nieder 190, 41, Röbnitz 94, 21, Reinfeld 10, 80, Roßlau 634, 69, Spanbar 1494, 56, Seehausen (Kreis Wangen) 482, 69, Senftenberg 300, Straubing 322, 67, Strasburg i. Wpt. 123, 52, Schwedt 127, 24, Stade 100, Singen 87, 60, Scherbeck 6160, Schweidnitz 4, Elster 52, 16, Stettin 259, 43, Salzwedel 1000, 71, Schleswig 359, 40, Schlopp 23, 48, Schlesier 273, 12, Satow 209, 11, Schwerin a. d. Warthe 166, 02, Schlottheim 123, 84, Schafensleben 101, 82, Steinau 61, 40, Schröbenhausen 45, 51, Schopfholz 12, 53, Sorau 105, 29, Spremberg 764, 35, Torgau 382, 92, Sebnitz 356, 72, Saalfeld 302, 24, Schweinfurt 947, 19, Striegau 738, 92, Schramberg 91, 62, Schwenningen 38, 10, Sachsen 152, 72, Salzungen 780, 59, Schweißingen 551, 85, Schödergrund 50, 71, Salzungen 15, 86, Triebes 64, 08, Trebbin 338, 28, Tittmoning 62, 63, Treuenbrücken 145, 65, Traunstein 113, 27, Töß 93, 55, Tütt 174, 05, Teutschenthal 215, 30, Uetersen 407, 04, Velteln 393, 35, Verden 391, 28, Werder 416, 11, Werdohl 108, 45, Wittenburg 244, 04, Wittenberg 155, 20, Wernau 27, 02, Wittstock 188, 86, Walsrode 64, 15, Waldenburg i. Schl. 552, 95, Würzen 556, 03, Wolgast 295, 60, Wiesertingen 156, 88, Wittmund 118, 56, Westerhausen 115, 41, Wasserburg 104, 11, Zwischenau 306, 26, Zittau 264, 27, Zaretzin 162, 74.

Kalender.

Auersleben 4, 30, Altenburg 52, 50, Alten 6, Altdorf 25, Auma 1, Bredstedt 4, Bernburg 15, Bubitz 7, 50, Bernsee 15, Bernau 30, Burgstadt 5, Barby 7, 50, Belgard 12, Burgsteinfurt 5, Breitungen 3, Brandis 10, Bodwitz 50, Burg bei Magdeburg 15, Cunewalde 32, 50, Grimmaische 25, Grossen a. d. Oder 5, Grossen a. d. Elster 2, Calbe a. d. Saale 15, Gosebien 15, Döbeln 25, Döben 22, 50, Dargun 5, Dommitzsch 10, Detmold 20, Deutsch-Lissa 30, Duderstadt 5, Eisleben 20, Everswalde 20, Elsen 250, Fischbach 12, 50, Fürstenwalde 15, Friedland 5, Gürkberg a. d. Oder 13, Grünberg i. Posen 7, 50, Gardelegen 10, Gransee 4, Grämnitz 8, 50, Gr. Kreuz 2, Geithain 5, Geleman 124, 50, Goslar 22, 50, Großhabersdorf 17, 50, Grünna 25, Golchen 3, Gottesberg 15, Hilden 12, 50, Holzenau 17, 50, Havelberg 5, Hadersleben 25, Hohenstein-Ernstthal 6, Höltenerode 11, Jever 12, 50, Jüterbog 15, Jümmenau 15, Kellinghusen 20, Kronach 82, 50, Kaufbeuren 20, Krausnick 2, 50, Kregen 5, Leutmannsdorf 5, Langelsheim 2, 50, Lindau 5, Liebenstein 10, Lissau 5, 50, Loburg 5, Lüca 15, Losser 10, Lüdowitz 10, Luckenwalde 25, Lichtenstein 22, 50, Löne 6, Langenbielau 15, Mühlberg 10, a. d. Elbe 12, 50, Moersch 10, Salzungen 7, 50, Schödergrund 15, Schlesien 23, Spandau 40, Seebaußen (Wangen) 5, Senftenberg 10, Strasburg i. Wpt. 7, 50, Singen 5, Scherbeck 5, Schweinitz 1, Stettin 30, Salzwedel 25, Schmalzalde 15, Schlotheim 7, 50, Schkeuditz 15, Schreiber 5, Schrebenhausen 5, Schöpftisch 25, Spremberg 32, 50, Saarmund 6, Saalfeld 12, 50, Striegau 30, 50, Schramberg 5, Schwenningen 2, 50, Solingen 20, Schweißingen 15, Triebes 6, Trebbin 10, Traunstein 25, Töß 10, Tütt 50, Uetersen 10, Velteln 15, Werda 50, Wittenburg 5, Wiesertingen 2, 50, Wittenberg 15, Wilhelmshaven 25, Wiesertingen 6, Westerhausen 4, Zeulenroda 5, Zaretzin 7, 50.

Futterale.

Altdorf M. 5, Auersleben 5, Bramsche 2, Brandis 4, Brotzow 6, Cunewalde 2, Deutsch-Raffelwitz 1, Dommitzsch 1, 50, Immenstadt 10, Kaufbeuren 5, Leipzig 20, Losser 2, Löne 4, 50, Marfliss 1, 30, Mittweida 10, Merseburg 10, Moh 20, Niede 2, Oldenburg i. Gr. 10, Sonnenberg 5, Salzwedel 3, Sebnitz 5, Schramberg 2, 50, Solingen 20, Werden 2, Werda 20.

Die Reichsversicherungsordnung.

Coblenz M. 3, 25, Elsen 14, Friedland 20, Jürgersleben 3, 40, Röbnitz 3, 25, Scherbeck 3, 45.

Grundstein-Gummid und Decken.

Immenstadt M. 4, Merseburg 2, 20, Sebnitz 3.

Protokolle.

Bergen M. 1, 20, Lindau 7, Oranienburg 1, Regensburg 11.

Der große Kampf.

Auersleben 2, Grimmitzsch 6, Erlangen 1, Langenbielau 1, Lichtenstein 4, Meine 10, Menel 22, Saalfeld 14, Waldburg i. Schl. 21, Werda 32.

Arbeit und Kultur.

Elzen M. 1, 50, Leipzig 3, Spandau 1, 50.

Jahrbuch.

Leipzig M. —, 50.

Christliche Gewerkschaften.

Elzen M. 5.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 7. bis 12. Januar sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interessenten als verloren oder als abhanden gekommen, gemeldet worden und der Erlassbär darüber ausgeschlossen:

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsort	Geburtsdatum	Eintrittsdatum
0105417	Biżon, Giovanni	Venedig, Italien	5. 5. 62	20. 6. 11
199582	Culig, Arno	Görlitz	10. 8. 7	31. 5. 10
81646	Dittler, Paul	Brügelsdorf	19. 5. 81	25. 2. 04
51901	Dünglas, Berth	Müller	14. 10. 86	14. 12. 10
107845	Dietmann, L.	Schweiz	6. 6. 85	6. 5. 05
011302	Dönter, Martin	Lehrbergen	2. 9. 93	10. 8. 11
1034231	Döhn, Anton	Ransbach	2. 6. 91	16. 9. 11
4224	Dörwardt, Adolf	Danzig	24. 12. 74	8. 8. 10
78511	Dufus, Emil	Gostendorf	11. 6. 86	6. 4. 04
159276	Dueden, Friedr.	Gronau	6. 2. 9	9. 9. 09
0105585	Dünisch, Wilh.	Marzibau	24. 6. 89	2. 9. 11
0145382	Dann, Robert	Leipzig	31. 12. 92	14. 10. 11
100887	Dietrich, Jos.	Wörlitz	3. 9. 90	28. 8. 10
0170101	Döñe, Karl	Magdeburg	2. 2. 87	22. 10. 11
23793	Döschke, Aug.	Bückeburg	2. 2. 68	3. 4. 09
71496	Döschke, Max	Halbe	24. 1. 84	25. 7. 10
0138195	Döschmann, Fr.	Waldenburg	18. 10. 75	23. 9. 11
98793	Döglitz, Johann	Leuna	1. 12. 72	20. 6. 11
032988	Döbler, Paul	Wörlitz	3. 2. 88	25. 8. 11
146583	Döbeln, Ernst	Wörlitz	7. 4. 91	1. 4. 10
089940	Döhl, Georg	Mierstein	17. 10. 71	22. 7. 11
19171	Döllken, Wilhelm	Hagenow	11. 9. 80	7. 3. 10
0151163	Dölf, Gustav	Hamburg	3. 10. 76	5. 11. 11

Ausgeschlossen sind auf Grund § 40 Abs. 2a des Statutes vom Zweigverein Maren wieder: Konrad Schulz, eingetreten am 13. März 1904 (Vert.-Nr. 55 034); Parchim: Berthold Herbold, geboren am 18. August 1879 zu Schlieben, eingetreten am 14. August 1911 (0150 367); Wölbendorf: Eugen Prig, geboren am 18. März 1859 zu Lämmersdorf, eingetreten am 17. Februar 1901 (133 313); Beil: Wilhelm Müller, geboren 28. Juli 1881 zu Elsig, eingetreten am 20. Juni 1902 (191 176); vom Verbandsvorstand: Alois Balod (50 588), Paul Balod (50 989), Kuboli Schuppan (218 987) und Paul Siebold (50 932).

Die Namen der Kollegen, die wegen rückläufiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht benannt gegeben.

Gestohlen ist in München das Mitgliedsbuch Nr. 41578 des am 18. Februar 1909 eingetretenen Kollegen Job Mattingal, geboren am 18. Juli 1864 zu Sichtau; in Recklinghausen Buch und Melesefazit Nr. 234 816 des am 2. März 1910 eingetretenen Kollegen Jos. Richter, geboren am 10. Mai 1861 zu Leisnitz; Die Richter sind anzuhalten und dem Verbandsvorstand einzuführen.

Angefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Elzen: Wilhelm Kruse, geboren am 18. Juni 1886 zu Satzau (139 444).

Zweckdienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen.

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

Allendorf-Soden. Differenzen, Ansbach. Sperr über den Unternehmer Land.

Borna-Bruna. Sperr über die Firma Fischer & Hagnont (Ziegelseitengau).

Bordesholm, Voerde und Umgegend. Aussperrung.

Borkum. Differenzen.

Bütow. Sperr über die Firmen Max Pommerening, Fritz Pommerening und Körner (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft).

Delitzsch. Sperr über den Unternehmer Gräfe.

Dresden. Sperr über den Neubau Wehovsky, Tischerstraße.

Düsseldorf. Differenzen mit Holzmann & Co.

Eilenburg. Sperr über die Celluloidfabrik.

Gartz a. d. O. Sperr über die Firmen Winter in Hohen-Reinkendorf und Wolter in Wartin.

Gräfenhain. Sperr über die Firma Gruber.

Güsten. Sperr über die Firma Burau.

Kronach. Sperr über die Firmen Haun, Messelborger und Kestel & Zeis.

Leipzig. Sperr über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße.

über die Unternehmer Stein & Walter in Sellerhausen, Bülowstraße, und Küster in L-Dössen, Ecke Johann- und Eigenheinstraße.

Naumburg. Sperr über Ebert & Hetschold.

Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises.

Nürnberg. (Steinhauer.) Sperr über die Firma Leikam, Rotenburg. (Hannover.) Sperr über die Arbeiten der Unternehmer A. Junk und Wedekind.

Schwesenz b. Posen. Sperr über die Firmen R. Iwan und A. Höfig.

St. Margarethen. Aussperrung.

Stettin. (Maurer.) Sperr über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzweick.

Windecken b. Hanau. Sperr über die Arbeiten des Unternehmers Kars aus Friedberg.

Wismar. Sperr über die Firma Seehase.

Zinnowitz. Sperr über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppe, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Madke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliesenlegers.

Cöln. Sperr über den Zwischenmeister Peter Gescher. Dortmund. Sperr über die Zwischenmeister Lilienthal und Sonnereisen in Barop bei Dortmund.

Essen. Sperr über alle Arbeiten der Firma Lange sowie der Zwischenmeister Seiner und Dietrich Kuhn.

Hamburg. Sperr über die Firma Aug. Hohne Söhne, Mannheim-Ludwigshafen. Sperr über die Firmen Fuchs & Priester und Friedr. Hess sowie über die Zwischenmeister Anton Glock und Gustav Rost.

Mülheim a. d. R. Sperr über alle Arbeiten der Firma Krämer.

Stukkaturen:

Breslau. Sperr über die Firma Simlinger & Gode, Brachsal. Sperr über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Rullmann.

Gera. Sperr über die Firma Albert Lippert. Heidenbergen b. Frankfurt a. M. Sperr über die Firma Gebrüder Reinhard.

München. Sperr über die Firma Fratton & Sellmaier.

Schlettstadt. Sperr über die Firma Berttele.

Schopfheim. Sperr über die Firmen Wachter und Schahla & Siegwart.

Tarnowitz. Sperr über die Firma Böhm.

Bad Ischl. Sperr über die Firma Karl Watzek.

Isolierer und Steinhölzleger:

Sperr über die Arbeiten der Firma Grünweig & Hartmann in sämtlichen Filialen.

Berlin. (Steinhölzleger.) Sperr über die Brandenburgischen Steinhölzwerke.

Breslau. (Isolierer.) Streik.

Cöln. (Steinhölzleger.) Sperr über die Enbelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Heinrichs.

Dresden. Sperr über Grünweig & Hartmann, Vertreter: Martin Simon.

Düsseldorf. (Steinhölzleger.) Sperr über Nüssle & Otto Kettenbeil-Eisenach, Zweiggeschäft Düsseldorf.

Arbeitsmarkt.

Neben der Arbeitsmarktwiese der Unternehmer in Bielefeld, Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Enden, Hannover, Nürnberg a. d. S., Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Vegetat und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Unsere Nordenhamer Kollegen unter Vertragsbruch ausgesperrt!

Bei drei Wochen berichteten wir über die Differenzen, wie sie wegen der Arbeitsvermittlung zwischen unseren Kollegen und den Unternehmern bestehen. Die Unternehmer wenden seit langer Zeit alle ihnen irgendwie zu Gebote stehenden Mittel an, um unsere Kollegen zur Anerkennung und Benutzung des Arbeitsnachweises zu zwingen. Da unsere Kollegen ihr vertragliches Recht wahrt und die Benutzung des Arbeitsnachweises entschieden ablehnen, tritt der Unternehmer verhindert ein. Dabei hatte diese Unternehmerorganisation noch die Sorgen, dass unsere Kollegen über Arbeitsnachweis eingeschlossene Kollegen ein, weil unter Zweigverein über Arbeitsnachweis zulässig ist, weil der Nachweis außerhalb des Vertrages steht. Unbestimmt darum, führen die Unternehmer nach wie vor über Vertragsbruch beschlossen aber, nur durch ihren Nachweis Leute einzustellen. Einige Unternehmer, die sich nicht freigaben, wurden vom Arbeitgeberverband in hohe Strafen genommen. (Es sind Strafen bis 1.500 vorgekommen.) Arbeiter, die ohne Nachweis von den Unternehmern eingestellt wurden, wurden nach wie vor durch schwarze Listen aus der Arbeit getrieben. Als unser Verband gegen dieses Treiben das Bezirksgericht antrifft, entscheidet dieses selbstgericht, dass das Treiben der Nordenhamer Unternehmer erlaubt sei.

Da den Unternehmern im Kampf um den Arbeitsnachweis vom Bezirksgericht volle Handlungsfreiheit, auch das der Maßregelung unserer ohne Arbeitsnachweis eingestellten Kollegen gewährt wurde, so folgte daraus ganz selbstverständlich, dass auch unser Zweigverein die durch den Nachweis eingestellten Leute wieder aus der Arbeit herausnehmen könnte. Als daher 14 Tage nach Fällung des leichten Entscheidsprüfung beim Unternehmer Bütow auf Verfehlung des Unternehmervorstandes wieder fünf ohne Nachweis eingestellte Kollegen aus der Arbeit geholt wurden, wurde der Firma mitgeteilt, dass auch die durch den Nachweis eingestellten Kollegen aus der Arbeit genommen würden, falls die fünf Gemahrgesellen nicht wieder eingestellt würden. Als man drei Wochen ohne Antwort geblieben war, legten die durch den Nachweis eingestellten Kollegen die Arbeit nieder. Darauf sperrte der Unter-

ein Unionist in Betracht, so kann die Gewerkschaftsbewegung von objektiven Beurteilern nicht für die Tat eines Mannes verantwortlich gemacht werden, der so sehr jedes menschlichen Höhlens hat, war wie es der Urheber dieser schaurigen Katastrophe gewesen sein muss. Das war die Tat eines Unzurechnungsfähigen. Ledermann könnte gegenüber einem solchen Verbrechen nur den tiefsten Abscheu empfinden."

Trotzdem wird die wütste Hete gegen die Arbeiterorganisationen nach wie vor durch das Land töben, solange noch einige Aussicht besteht, die weiteren Explosionen der letzten Jahre, vor allem an Brücken- und Eisenkonstruktionen, in Verbindung mit den Monaten zu sehen, die abschnitt in der Tat größere Fonds zur Verfügung und damit einen weiteren Personenkreis zu Mittwochen gehabt haben müssten. Auf diese Erfüllung arbeitet jetzt die Scharfmacher hin, und auch gegen diesen Plan wenden sich jetzt in einem längeren öffentlichen Rundschreiben vom 9. Dezember Samuel Gompers, James A. Short von den Baugewerben, Jas. O'Connell von den Metallarbeitern und John B. Lennon:

"Es ist grausam und ungünstig, die Leiter der Arbeiterorganisationen rechtlich oder moralisch für die Verbrechen von Einzelmitgliedern haftbar machen zu wollen. Keiner andern Aktion von Männern liegt man in unserm Land eine solche moralische Verpflichtung oder rechtliche Haftbarkeit auf. Soweit wir ein Recht haben, im Namen der organisierten Arbeit zu sprechen, heissen wir jede Untersuchung willkommen, die die Gerichte des Bundes oder der Staaten einleiten mögen. Die Sitzungen der Kongresse der American Federation of Labor finden bei offenen Türen statt, so dass jeder Mann sehen und hören kann, was geschieht und gesagt wird. Die Bücher, die Abrechnungen, die Korrespondenzen der Federation und der National Manufacturers' Association, die Erector's Association und die Detektilibureaus zur öffentlichen Untersuchung und Nachprüfung in gleicher Weise ihre Bücher und Korrespondenzen zur Verfügung stellen?"

So wird dieser erbitterte Kampf noch längere Zeit hin und her wogen, hoffentlich mit dem Ergebnis, dass alle heimlichen Anschläge an der ruhigen Überlegung und der Opferwilligkeit der Arbeitermassen scheitern. Es ist nicht die erste derartige Krise, die die amerikanische Gewerkschaftsbewegung zu überstehen hatte.

Politische Umschau.

Unser Sieg! So mag es in diesen Tagen in Millionen proletarischen Herzen widerhallen. Mit solzer Genugtuung darf das vor fünf Jahren „niedergeschlagenen“ Proletariat auf die Wähler folge des letzten Freitag abzuschließen. Die frohen Erwartungen, die wir aus dem Verlauf der in den beiden letzten Jahren vorgenommenen Nachwahlen gegen dachten, sind voll in Erfüllung gegangen. Wenn sich auch zur Stunde noch nicht übersehen lässt, wieviel der 14 Millionen wahlberechtigten Männer des deutschen Volkes der roten Fahne gefolgt sind, so zeigt sich doch überall ein starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, und wir dürfen uns der berechtigten Hoffnung geben, dass die vierte Million nunmehr erreicht, vielleicht sogar erheblich überschritten worden ist. Damit hätte dann eine ein Drittel der Wähler ein nicht mißverstandenes Batum abgegeben gegen die Lebensmittelwucher- und Entzehrungspolitik des schwarz-blauen Bloßes wie auch gegen weltmächtig-politische Gesüte alter bürgerlichen Parteien bis herauf zu den „entschuldeten“ Liberalen. Während vor fünf Jahren die Sozialdemokratie mit ihren 34 Millionen Stimmen nur 29 Mandate im ersten Wahlgange behauptete, denen sich dann in der Stichwahl 14 Mandate hinzugesellten, so steht jetzt schon nach der Hauptwahl die rote Flagge über 64 Wahlkreisen. Da nun ist die Sozialdemokratie an 121 zum Teil recht aussichtsreichen Stichwahlen beteiligt, so dass sie die Scharte von 1907, was die Anzahl der Mandate anbetrifft, nicht nur ausweichen, sondern mit Tribut das zurückzobehren wird, was ihr in den Bülow-Wahlwahlen durch das wahlverräderische Verhalten der verbündeten Freiheitspartei geräumt wurde. Damals sah das greifenhafte Freiheitskonzern als Stütze des Agrarbourgeois eine „neue Vorkriegszeit des Liberalismus“ anbrechen, heute nun ist auch dieser betrogenen Betrügerin die Quittung darüber ausgestellt worden, dass man nicht ungestrafft um die Kunst der Konserватiven bricht. Trotz gewaltiger Anstrengung konnte die Fortschrittliche Volkspartei nicht ein Mandat in der Hauptwahl erobern, und so muss sie ihre ganze Hoffnung auf die Stichwahl setzen an der sie in 53 Wahlkreisen beteiligt ist. Etwas günstiges haben die Nationalliberalen abgeschnitten, denen im ersten Wahlgange vier Mandate zufielen, während sie in 64 Kreisen in der Stichwahl um das Mandat kämpfen. Wahrschaffend Zahlen, die wiederum einmal drastisch dokumentieren, dass die Sozialdemokratie einzige Partei ist, die einen festen Schwall gegen die Herrschaft der Mitter und Heiligen aufzurichten vermag.

End in der Stichwahl muss es sich entscheiden, ob der schwarz-blauen Majorität im Reichstage ein Ende gemacht wird.

Die Zahl der Stichwahlen ist also außerordentlich groß und erst ihr Ausfall wird die Zusammensetzung des Reichstages bestimmen. Es ist selbstverständlich, dass die Sozialdemokratie in allen Wahlkreisen, in denen ihr Kandidat in der Stichwahl steht, die äußerste Energie entfalten wird, um den Sieg zu erringen und damit zu vervollständigen, was der rote Freiheit so glorreich begonnen hat. Und in den Wahlkreisen, in denen sie nicht an der Stichwahl beteiligt ist, wird sie, getrennt derjenen Stichwahlparteien, den

Kandidaten unterstützen, der sich auf die dort aufgestellten, von jedem Liberalen leicht erfüllbaren Bedingungen verpflichtet. Es liegt nun bei den Liberalen, ob sie es mit dem in den letzten Wochen so eifrig propagierten Kampf gegen rechts wirklich ernst meinen und jede Stimme gegen die Schwarzblaue dem Sozialdemokraten zuwenden.

Allzu großen Illusionen wird man sich aber wohl nicht hingeben dürfen; denn gar zu oft schon hat dem Freiheit in entscheidenden Momenten der Willkür zur Tat gefehlt. Gar zu oft schon sind den Reaktionären die Versuche geblieben, die Liberalen vor den Folgen der Reichstagswahlen, wenn sie eine erhebliche Verstärkung der Sozialdemokratie bringen, grausam zu machen und sie ins Hochseefahr zu jagen, damit sie sich bereit finden sollen, der Reaktion und Langerdienste zu leisten. Wir zweifeln nicht daran, dass auch jetzt wieder die Reaktionäre im Bunde mit der Regierung alles versuchen werden, um die Liberalen in Angst und Schrecken zu versetzen. Ob der Liberalismus diesmal fei bleiben wird? Die Lehren der Geschichte des letzten Jahrzehnts, besonders die für den Liberalismus nicht gerade rühmbare Periode der „konservativ-liberalen Paarung“ im Bülow-Bloß, sollten endlich dem Bürgertum die Augen geöffnet haben, sollten ihm bemiesen haben, dass es ein Verrat an sich selbst ist, an den Interessen des Bürgertums wäre, wollte er jetzt wieder ostendiglich versagen und alle Einschüchterungsversuche seitens der Reaktionär gewalts nicht abprallen lassen an dem festen Willen zur Tat, mit der Pfaffen- und Unterherrschaft endgültig aufzuräumen. Möge sich der Liberalismus der schweren Verantwortung, die er vor der Geschichte trägt, in diesen Tagen bewusst werben und festhalten an der Parole: Der Feind sieht rechts!

Was aber auch die Stichwahlen bringen mögen, die Meinung des Volkes ist in den vier Millionen Stimmen, dem Drittel aller abgegebenen, zu unterscheiden. Ausdruck dieser abgegebenen, während die Stichwahlen, obwohl sie die Zusammensetzung des Reichstages wesentlich bestimmen, nur eine Ab schwächung der einheitlichen Wissensfundgebung bedeuten. Nicht letzten Endes ist gerade das Stichwahlssystem des Seins zur politischen Korruption besonders für die sozialdemokratischen Parteien, wenn ein Teil der Wähler rein nach Zweckmäßigkeit gründen, nicht nach seiner Überzeugung zu wählen hat. Hätten wir im Reiche ein vernünftiges Proportionalwahlrecht, das die Mandate unter die Parteien im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen verteilt, so brauchte nicht das unmoralische Feilschen und Schachern nach der Wahlrechtswahl einzutreten. Zu gleicher Zeit würden auch damit die Folgen unserer bodenlos ungerechten Wahlkreiseinteilung begünstigt. Dass die Reaktion dieses Systems aber als ein heiliges Nüchternheitsprinzip schätzt, beweist recht drastisch eine Statistik über den Stimmenaufwand der Parteien für einen erhaltenen Sitzen im verlorenen Reichstag. Danach brauchten die rechtsstehenden Parteien nur 10.000 bis 17.000 Stimmen, um ein Mandat zu erlangen, während die Sozialdemokratie jeden Sitzen im Durchschnitt mit 76.791 Stimmen erlaufen musste. So erweist sich also unser Reichstagswahlrecht nur dem Namen nach als ein gleiches, tatsächlich ist die verfassungsmäßige Gleichheit des Wahlrechts durch die Wahlkreiseinteilung illustrierlich gemacht. Noch heute ist bei uns die Wahlkreiseinteilung Gesetz, die auf den Ergebnissen der Volkszählung des Jahres 1886 beruht. Die ganz enorme Entwicklung der letzten vier Jahrzehnte vom Agrarsaat zum Industriestaat ignoriert die Wahlkreiseinteilung vollständig und bedeutet eine unerhörte, verfassungswidrige Bevorzugung des agrarischen Ostens gegen den industriellen Westen, der von den Zunahmen systematisch verdrängt und in Infrastruktur erhaltenen Landbevölkerung überließ gegen den aufgewillten, selbstbewussten Industrie arbeiter der Handels- und Industriezentren. Bei welchen Ungeheuerlichkeiten das geführt hat, zeigt die Tatsache, dass der Wahlkreis Eltville-Bessling-Charlottenburg, der größte deutsche Reichstagswahlkreis, mehr als 937.000 Wahlberechtigte aufweist, während in dem kleinsten Wahlkreis, Schauburg-Lippe, nur etwa 11.000 Männer wahlberechtigt waren, so dass also ein Wähler in Schauburg-Lippe etwa ein dreißigmal größeres Wahlrecht hat als der im erstmennigten Kreise. So ist denn infolge der Bevölkerungsverteilung und -veränderung das angeblich gleiche Wahlrecht zu einem Punktswahlrecht geworden, das die Einwohnerchaft der großen Städte aufs schwerste bedrohtet gegen die Bewohner der zurückgelassenen Gebieten Deutschlands. Für die Reaktionäre sind es allein parteipolitische Gründe, die sie der Neuerteilung der Wahlkreise widersetzen lassen. Sie wollen an der Macht bleiben und das bestehende Urrecht zu dem Zwecke für sich ausnutzen. Um so größeren Anlass hat die Sozialdemokratie, im neuen Reichstage energisch und mit allem Nachdruck darauf hinzuwalten, dass endlich auf Grund der letzten Volkszählung die Wahlkreise neu abgegrenzt werden, damit der verfassungsmäßige Grundzustand der Gleichheit wieder zur Wirklichkeit werde.

Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband. Kanntmachung des Vorstandes.

Statistik über Arbeitslosigkeit. Aus einer Anzahl Aufschriften ersehen wir, dass in den Zweigvereinen Zweifel darüber bestehen, ob die in anderen Berufen arbeitenden

Mitglieder als arbeitslos oder als in Arbeit stehend zu betrachten sind. Es handelt sich bei der Arbeitslosigkeit an Stichwahlen in erster Linie darum, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe festzustellen. Und die würde nicht einwandfrei festgestellt werden, wenn Bauarbeiter, die in anderen Berufen arbeiten, als in Arbeit stehende gezählt würden. Deshalb sind Mitglieder, die nicht im Baugewerbe, sondern in anderen Berufen arbeiten, als arbeitslos infolge Arbeitsmangels zu betrachten und dementsprechend zu zählen. Auf den Befragungsbefragungen (Formular II der Statistiformulare) ist jedoch unter dem auszufüllenden Teil von den Zweigvereinen anzugeben, wieviel von den infolge Arbeitsmangels arbeitslosen Mitgliedern an den Stichwahlen in anderen Berufen arbeiten.

Tarifverträge 1910. Mit der Nr. 2 des "Grundstein" ist für die Zweigvereinsverwaltungen, soweit dies nicht schon früher geschah, ein Exemplar "Tarifverträge 1910" verhandelt. Wir erfreuen die Verwaltungen, dass Buch der Zweigvereinsbibliothek einzuhören. Wo der "Grundstein" nicht an ein Verwaltungsmittel gesondert wird, ist das Buch von dem "Grundstein"-Abonnenten abzurufen. Sollte versehentlich das Buch in einer Sendung vergessen sein, so bitten wir um sofortige Mitteilung.

Storbegleit- darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Zu den verbindlichen Anträgen sind die gebrochenen Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Anträgen einzusezen.

Untersuchungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 7. bis 12. Januar ertheilt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Vertr.	Buch-Nr.	Mann oder Frau
Altenburg	Louis Wermann	Maurer	193086	Mann
Auermünde	Karl Gottschalk	"	136186	Frau
Berlin	Erich Heile	Wihl. Drechsler	241752	Mann
"	"	"	8053	"
"	"	Carl Küttner	8525	"
"	"	Wihl. Dehrech	7093	"
Breslau	Hermann Anton	Götzsch.	425	"
Delmenhorst	Richard Richter	Maurer	49715	"
Dresden	Adolf Klattehoff	"	208508	"
"	Max Bär	Götzsch.	23231	Frau
"	"	"	25825	Mann
Eisleben	Oswald Wittmer	"	27178	"
Freiburg i. Br.	Hermann Seider	"	26163	Frau
Fürstenwalde	Clemens Otto	Wilhelm Schulz	241480	Mann
Gera	"	"	188551	Frau
Göttingen	Albert Preyend	"	156071	Frau
Greiz	Louis Lehmann	"	196888	Mann
Halberstadt	Robert Wille	Ferdinand Otto	140623	"
Halle a. S.	"	Hildegard	90315	"
Hannover	Albert Schulz	"	215815	"
Hannover	August Müller	Albert Schulz	130164	Frau
Hannover	Oskar Hellberg	"	74569	"
Hannover	Karl Schröder	"	88235	"
Hannover	Alfred Preyher	"	21297	"
Hannover	Wilhelm Marlo	"	21297	"
Hannover	Anton Schmidt	"	211153	Frau
Hannover	André Sollfrank	"	61066	"
Hannover	Wihl. Heitmann	Maurer	143529	Mann
Hannover	Bernhard Neigel	"	208445	"
Hannover	Joh. Bödmar	"	161402	Frau
Hannover	Johann Schmidt	"	139770	Mann
Hannover	Georg Südring	"	185829	Frau
Weimar	Adam Schmid	"	147689	Mann
Werdau i. S.	Hermann Mengel	Hilfsarb.	193398	Frau

Vom 9. bis 15. Januar haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptplakette gesandt:

Altenburg Al. 1439, 16, Alt-Wieden 33, 34, Norden 268, 25, Auerbach 151, 79, Auen 64, 83, Altdorf 289, 32, Altdorf 214, 30, Anna 33, 95, Alschersleben 815, 89, Bremen 890, 36, Bernau 601, 27, Bramstedt 292, 45, Burgstädt 112, 38, Bütterfelde 106, 16, Bütterfelde 291, 75, Barby 228, 22, Barth 172, 21, Brudschmühle 169, 82, Belgard 147, 89, Burgsneindorf 59, 70, Breitungen 28, 57, Bielefeld 818, 97, Bries 138, 64, Bergen a. Rügen 988, 23, Bonn 758, 86, Brunsbüttel 272, 08, Brandis 247, 24, Borsig 931, 42, Borsig 343, 27, Burg b. Magdeburg 258, 35, Bublitz 96, 05, Börnig 394, 67, Bredstedt 44, 96, Blomberg 43, 38, Boizenburg 247, 24, Cinnemulde 1016, 94, Göde 139, 94, Crimmitschau 1054, 16, Crossen a. d. O. 80, 55, Culmsee 493, 77, Crossen a. d. Elbe 138, 32, Calbe a. d. Saale 375, 02, Coblenz 1038, 69, Deutsch-Raffeln 154, 85, Töbeln 123, 70, Döben 321, 93, Dargun 97, 90, Doberan 93, 88, Dommitzsch 51, 97, Dößel 44, 48, Dahme 37, 57, Delitzsch 532, 49, Deutsch-Eifel 314, 87, Duderstadt 238, 38, Eilsleben 397, 22, Eutin 688, 90, Eggesin 81, 11, Evershövel 122, 18, Elsen 267, 09, Erlangen 68, 90, Falkenberg 159, 74, Fürstenberg 968, 87, Freudenstadt 8, 99, Fulda 600, Forchheim 256, 05, Fürstenwalde 197, 80, Frankenau 42, 04, Friedrichshafen 176, Fürstenberg a. d. Oder 146, 98, Friedland i. M. 261, Gardelegen 270, 88, Grünberg 204, 20, Grünberg 207, 28, Gommern 137, 53, Gr. Frey 68, 84, Gerthe 58, 23, Gr.-Wöken 186, 40, Gelenau 1750, 07, Goslar 670, 86, Gambach 555, 24, Großhebersdorf 85, 95, Gölitz 80, 88, Grimma 680, 63, Golchow 169, 24, Gottesberg 88, 59, Herzberg a. d. Elster 11, 60, Hilden 405, 96, Heide 237, 87, Hammelburg 127, 89, Hernsdorf bei Berlin 5, Holtenau 471, 86, Havelberg 87, 75, Hermsdorf bei Witten 45, 25, Herzogenrath 97, 71, Habersleben 886, 85, Hohenstein-Ernstthal 598, 82, Hasselfelde 268, 11, Hüttenrode 122, 32, Heinrichsberg 148, 40, Hartha 63, 90, Jarmen 92, 87, Jever 412, 52, Jena 180, 68, Ingelheim 100, Jüterbog 189, 08, Jümmen 254, Klemm

nehmerverband in Nordenham am 6. Januar unter Vertragbruch sämtliche organisierten und nichtorganisierten Kollegen aus. Bei der Entlassung wurde den Kollegen anheimgegeben, sich sofort zum Arbeitsnachweis zu bemühen, dann könnten sie am 8. Januar wieder weiter arbeiten. Das fiel natürlich unsern Kollegen gar nicht ein; sogar die aus Berlin und Hannover herangezogenen Unorganisierten und Altonaer lehnten es ab und zogen die Abreise den Anfängen der Nordenhamer Baufachmacher vor. Der Arbeitgeberverband in Nordenham, kostet nun. Und, überraschend wie nun einmal die leitenden Baufachmacher in Nordenham sind, sucht er die Schulen an dem Kampf dem Bauarbeiterverband an die Stadthöhe zu hängen. So lädt er in seinem Gestalter Unternehmensblatt folgendes schreiben:

Das Verhalten des Bauarbeiterverbandes steht im direkten Widerspruch mit den Entscheidungen des Zentralgerichts vom 6. und 8. Dezember 1911. In dieser Entscheidung ist ausgeführt, daß diejenigen Arbeiter, die in Arbeit sind, den Betrieben nicht entzogen werden dürfen.

Die Leute haben offenbar gar kein Verständnis dafür. Die Leute haben offenbar gar kein Verständnis dafür, daß dieser Schiedspruch auch für sie gilt, und daß sie infolgedessen den Betrieben, in denen unsere Kollegen ohne Benutzung des Nachweises Arbeit gefunden hatten, die Arbeiter nicht entziehen dürfen. Sie glauben, nur die Arbeiter müßten sich durch solche Schiedsprüche gebunden fühlen, damit sie gefahlos Schindluder mit ihnen spielen könnten. Und weil sich die Arbeiter dieser Ansicht nicht anschließen und Gleicher mit Gleichen vergelten, weil sie sich nicht weiter widersprüchlich maßregeln und drängen lassen wollen, deshalb die Auspeppung, für die ihnen wohl der Winter, als die geeignete Zeit erscheint. Über die Nordenhamer Schärfmacher werden erleben, daß sie auch mit ihrer Brutalität in höchster Form ihr Ziel nicht erreichen können.

Wie schreibt man an die Redaktion des „Grundstein“?

Soweit das noch nicht geschehen ist, werden jetzt und in nächster Zeit die Zweigvereins- und Sektionsleistungen gewährt. Damit erhalten wir auch manchen neuen Vorstand, Kassierer und Schriftführer, der uns über die wichtigen Vorgänge im Zweigverein, über Bauunfälle usw. kurz berichten soll, oder der mindestens von Zeit zu Zeit eine Mitteilung für die Sterbetafel oder eine Versammlungsanzeige an uns zu schicken hat. Da ist es wohl angebracht, einmal wieder darauf hinzuweisen, wie es in was unsere Kollegen in ihrem und in unserem Interesse an die Redaktion des „Grundstein“ schreiben sollen.

Von vornherein wollen wir auch hier nochmals darauf hinweisen, daß Versammlungsberechtigt sowohl in ihnen nicht besonders wichtige Dinge enthalten sind, im „Grundstein“ keine Aufnahme finden können. Wir betonen das deshalb nochmals ausdrücklich, weil wir in den letzten Wochen von kleineren Zweigvereinen wiederholt Berichte bekommen haben, in denen nichts mitgeteilt wurde, als daß der Vorsitzende sowohl die Versammlung um diese Zeit eröffnet und um jene Zeit mit einem Hoch auf den Verband geschlossen habe, daß dieser und jener Punkt auf der Tagesordnung gestanden und daß dieser und jener Kollege dazu gesprochen habe, daß die Kollegen A. und B. als Revisoren und der Kollege C. als Kartelldelegierter gewählt worden ist usw. Alle diese Dinge sind doch wirklich nicht wert, in einer Zeitung, die in mehr als 820 000 Exemplaren erscheint, veröffentlicht zu werden. Auch Berichte über Versammlungsreden usw. können im „Grundstein“ nicht aufgenommen werden; denn abgesehen davon, daß in Versammlungen oft über Dinge geredet wird, die im Fachblatt schon hundertmal und öfter behandelt worden sind, ist es den meisten Schriftführern gar nicht möglich, das Wesentliche aus einem langen Vortrag in einem kurzen Bericht wiederzugeben. Aus einigen wenigen auseinandergerissenen Sätzen oder kurzen Arbeitungen, läßt sich aber meistens nichts lernen. Daher genügt es in den allermeisten Fällen, wenn das, was in der Versammlung vorgekommen ist, ins Protokollbuch eingetragen und das Protokoll in den folgenden Versammlungen verlesen wird.

Anstelle der vielen nutzlosen Versammlungsberichte schreibe man von Zeit zu Zeit — vielleicht für jedes Viertel- oder Halbjahr — einen interessanten Sektionsbericht, in dem man sehr wohl über alle wichtigen Ereignisse im Zweigverein oder in der Sektion berichten kann. Bis jetzt haben, abgesehen von einigen gut geleiteten Zweigvereinen, die allermeisten Vereine diese unsrige Wünste gleichgültig ignoriert. Dabei ist doch ein Viertel- oder Jahresbericht sicherlich auch nicht viel schwerer zu schreiben, als ein Versammlungsbericht. Solche Berichte haben aber einen Wert, denn aus ihnen kann man die Entwicklung der Organisation an den einzelnen Orten verfolgen und sich auch sonst über den Stand des Organisationslebens, des Arbeitsmarktes usw. unterrichten. Daher hoffen wir, daß es in dieser Beziehung in Zukunft besser wird.

Im Gegensatz zu diesen Situationsberichten ist es notwendig, über Mißstände auf Bauten, auf Bauunfälle, Baukontrollen, Gerichtsverhandlungen usw. so rasch wie irgend möglich zu berichten. In dieser Hinsicht ist bis jetzt von den Kollegen in vielen Zweigvereinen nicht mehr als alles versäumt worden. Zahlreiche Bauunfälle kommen zum Beispiel vor, über die

uns unsere Kollegen gar nichts berichten und von denen die Öffentlichkeit überhaupt nichts erfährt, wenn nicht die Tageszeitungen darüber Berichte brächten. Wir erwarten, daß auch das in Zukunft besser wird. Solche Dinge können uns in aller Kürze mitgeteilt werden, so daß die Zeit unserer Berichterstattung dadurch nicht allzusehr beeinträchtigt wird.

Bei Berichten usw. gebe man nur Tatsachen und vermeide also Phrasen. Auch schreibe man stets das genaue Datum, das heißt, den Tag des Monats, an dem etwas passiert ist. Es hat keinen Zweck zu sagen: „Gestern vergnügte ich an dem Bau dieser und jener Kollege“; denn wenn der „Grundstein“ mit dem Bericht erfreut, sind acht oder vierzehn Tage vergangen, so daß niemand weiß, wann das „gestern“ oder „vorgestern“ war. Man schreibe, aber auch nicht: „Am 28. dieses Monats“ usw.; denn wenn der „Grundstein“ herauskommt, können wir bereits am 15. des nächsten Monats angelangt sein. Daher schreibe man einfach: „Am 28. Januar ereignete sich, oder: „Am 8. Februar fanden in J. Verhandlungen statt“ usw. Dann weiß jeder, wann dies und das gewesen ist. Auch unterlässe man bei Berichten usw. die Abkürzung von Wörtern, schreibe nicht „Koll.“ statt Kollege, „Bors.“ statt Vorsitzender, „Febr.“ statt Februar usw., weil die Redaktion alle diese vertümelten Worte ergänzen muß. Eine Ausnahme gibt es hier nur für die Worte, für die in der Schriftsprache Abkürzungen allgemein üblich sind (usw., z. B.). Versammlungsanzeigen oder Anzeigen für die Sterbetafel sehe man genau so auf, wie sie im „Grundstein“ erscheinen. Man schreibe also wie folgt:

Berichtsanzeige.

Sontag, den 4. Februar.
Dahlhausen. Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Zum Stern“,
Befestig. 20. Z. O.: Beitrag, Bezeichnung vom vierten
Quartal: Vorstandssatz, Verschiedenes.

Alles, was anders geschiehen wird, etwa: „Am Sonntag, 4. Februar, Versammlung im Gasthaus „Zum Stern“ in Dahlhausen“ usw., muß der Redakteur abschreiben, wobei natürlich, wenn es oft vorkommt, jede Woche viel Zeit benötigt, die der Redakteur zu anderen Arbeiten nützlicher verwenden kann. Ebenso ist es mit Anzeigen für die Sterbetafel. Hier erhalten wir nicht selten noch Mitteilungen nach folgendem Muster: „Wir teilen der Redaktion mit, daß unser treuer Mitglied Georg Ulrich am 8. Januar gestorben ist an Herzleiden im Alter von 35 Jahren.“ Das ist verkehrt, weil die Redaktion auch in diesem Falle die Sterbeanzeige abschreiben muß. Man schreibe einfach oben auf die Karte: „Sterbeanzeige“, dann lasse man einen kleinen Raum, schreibe darin den Namen des Zweigvereins und, wenn es nötig ist, die Zählstelle oder Sektion und allen anderen genau so, wie es in der Sterbetafel verordnet ist. Geschicht das, dann wird der Redaktion viel Arbeit erspart.

Im übrigen beachte man immer folgende allgemein gültige Regeln: Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit guter, schwarzer Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern, sehr mehr Punkte als Komma. — Lasse zwischen den Zeilen mindestens einen Raum von der Breite einer Zeile, damit die nötigen Korrekturen angebracht werden können. Wenn du mit der Schreibmaschine schreibst, so muß der Zwischenraum mindestens drei Zeilen breit sein. — Schreibe nur auf schwaches, höchstens 15 cm breites Papier. — Verwende zum Notzschreiben nur solches Papier, auf das man auch mit Tinte schreiben kann. — Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben. — Schreibt du etwas ab, so verleihe es gewissenhaft mit dem Original, denn nach alter Erfahrung werden beim Abschreiben mehr Fehler gemacht als mancher glaubt. — Die Hauptaufgabe: Es schreibe nie, nie, nie die Rückseite des Blattes. Hundert Seiten auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerreißen und an die Setzer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschriften von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß. — Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Briefe kann die Redaktion nie beurkundigen. — Adressierte Sendungen für die Redaktion im allgemeinen sind an die Person eines der Redakteure, sondern schreibe stets: „An die Redaktion des „Grundstein“, Hamburg 25, Wallstraße 1.“ — Lege Sendungen an die Redaktion niemals den Sendungen bei, die für den Vorstand, die Expedition oder den Verlag bestimmt sind, sondern a) reßiere sie stets direkt. — Sämtliche Briefe müssen mit dem Stempel des Zweigvereins versehen sein. Wenn in den Büros Personen beschäftigt werden, so sind diese Beugen namhaft zu machen, die ebenfalls vor Gericht die Richtigkeit der Angaben beobachten können. Aufschriften, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, können nicht berücksichtigt werden.

Die genaue Befolgung dieser Ratschläge liegt im wohlverstandenen eigenen Interesse der Abnehmer. Befolgen diese die Ratschläge nicht, so haben sie es nur sich selber auszuschreiben, wenn ihre Sendung nicht in der von ihnen gewünschten Weise erledigt wird.

Berichte.

Floha i. S. (Jahresbericht). Die meisten Zweigvereine werden von der Versammlung günstig beeinflußt werden sein, was sich bei den Jahresberichten zeigen muß. Auch unter kleinen Zweigvereinen hat sich nach allen Richtungen hin gut entwickelt, besser als es sich in beiden Verbänden vor der Versammlung erreichen ließ. Mit der

Mitgliederzahl steigen wohl auch die geschäftlichen Obigkeiten, vermehren sich aber auch die Mittel. Am 1. Januar 1911 waren in beiden Verbänden nur 152 Mitglieder vorhanden, die eine einwandfreie Legitimation besaßen. Bis zum 30. Juni brachten weitere 46 Mitglieder, 33 Männer und 11 Baufacharbeiter, ihre Bücher in Ordnung. Zu ganzem Jahre 1911 traten neu ein 326 Mitglieder, wovon 61 schon einmal Mitglied waren. Anmeldet resp. zugereist sind 214, abgereist 143 Mitglieder. Ausgetreten ist ein 1. Mitglied und 18 traten in einen anderen Verband über. Durch Tod verloren wir 2 Mitglieder, und zwar 1 durch Unfall und 1 durch Vergiftung. Die Mitgliederzahl beträgt am Jahresende 377, die Höchstzahl wurde im August mit 474 erreicht. Beitragszahler waren am Jahresende noch 15 vorhanden. Die Agitationsarbeit erstreckte sich auf 19 Mitgliederversammlungen innerhalb des Zweigvereinsgebietes und 10 Sitzungen. Außerdem wurden 4 Hausagitationen und verschiedene Agitationen auf Bauten unternommen. Die Einflussnahme der Beiträge wird durch Bauschlüssiger bestätigt, deren der eigenartige Lage des Zweigvereinsgebietes entsprechend, 18 täglich sind. Verkauft wurden 1574 Beitragsmarken und 279 Eintrittsmarken. Die durchschnittliche Mitgliederzahl beträgt demnach 394. Die Lokalfasse hatte mit dem Kassenbestand eine Einnahme von M 3612,51, der eine Ausgabe von M 271,25 gegenübersteht. Der Kassenbestand beträgt somit M 1441,26; er hat sich vom 1. Januar bis 31. Dezember um M 542,90 vermehrt. Bahnbewegungen hatten mit 2, von denen die eine 16 Beteiligte aufwies, 176 Arbeitsstunden verbraucht und aus eigener Schuld der Mitglieder ohne Erfolg blieb. Die andere Bewegung mit circa 90 Beteiligten brachte ohne Arbeitsleistung keinen Erfolg, und zwar eine Lohnverhöhung von 6 pro Stunde. Von der Ausspeisung in der Chemnitzer Metallindustrie wurden aus unserm Zweigverein 18 Mitglieder betroffen, die dadurch insgesamt 880 Stunden Arbeitsverlust erlitten. Da sich die Vereinsgebäude erheblich vermehrt haben und sich im neuen Geschäftsjahr infolge der in Aussicht stehenden nochmaligen günstigen Konjunktur wiederum vermehren werden, so müßte notwendigerweise an die Einrichtung eines Geschäftszimmers gedacht werden. Alle Vorarbeiten hierzu sind auch bereits erledigt, noch vor Beginn der Beitragszeit werden die Räumlichkeiten in Benutzung genommen. Die Zweigvereinsverwaltung bleibt die alte mit Ausnahme des Schriftführers.

Birna. (Jahresbericht.) In der mäßig besuchten Jahresversammlung am 7. Januar gab zunächst der Präsi der Bericht vom vierten Quartal. Aus ihm ging hervor, daß auch in diesem Quartal durch das intensive Arbeiten unserer Kollegen 62 neue Mitglieder gewonnen werden konnten. Freilich mußten auch 26 Kollegen (2 Männer und 24 Hilfsarbeiter) wegen Schulden gestrichen werden. Daß unter den 26 gestrichenen vielleicht 10 oder 15 Kollegen ihre Beiträge im irgend einem andern Zweigverein weiter bezahlt und nur aus Bequemlichkeit in Birna die Abgaben unterließen, ändert an der dauerhaften Tatsache wenig, für Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betrug die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betrug die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betrug die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betrug die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe von M 2270,88 gegenübersteht. Der Vorsitzende und die Revisoren bestätigten, daß Witze, Witze und Belege in keiner Ordnung vorgefunden zu haben. Hieran schloß sich der Jahresbericht. Trotz der äußerst günstigen Bauconjunktur fällt im ganzen Zweigvereinsgebiet und den dort das ganze Jahr anfallenden Bauarbeitermangel, speziell Maurer, waren doch hin und wieder Kollektionen mit unsern Unternehmern nicht ganz zu vermeiden. Es dominiert eben hier ein Unternehmertum, wie es kaum ein anderer Ort aufweist. In Birna sind sie eben „wegen Schulden gestrichen“. An Beitragsmarken wurden im Quartal 11 991 verkauft. Für die Hauptfasse war eine Einnahme und Ausgabe von M 605,96 zu verzeichnen. Für die Lokalfasse betragt die Einnahme einschließlich Kassenbestand vom dritten Quartal, M 14 798,51, der eine Ausgabe

papiere, 284 Drucksachen, 295 Karten und 23 Geldsendungen zu verzeichnen. Außerdem ergab noch der "Grundstein"verband 404 Päpste und 487 Drucksachen. Die günstige Beeinflussung des gesamten Organisationslebens infolge der Vereinfachung tritt auch bei uns in auffälliger Weise in die Ercheinung. Während kurz nach der Veröfentlung die Mitgliederzahl 825 betrug, ist der Stand der Mitgliederzahl zurzeit 1233; davon sind 558 Maurer, und 677 Hilfsarbeiter, 62 sind Ausländer, und zwar 75 Österreicher und 16 Italiener. Neu eingetreten sind 431, angemeldet 268, abgemeldet 169, gestorben 6, ausgeschlossen 2, ausgetreten 25, zum Militär eingezogen 26, wegen Schulden getrieben 81 (davon 16 Maurer und 65 Hilfsarbeiter). Es ist selbstverständlich, daß unter den Neuaufgenommenen stets ein Teil ist, die ihre Mitgliedschaft nur als einen kurzen Vorübergang ansehen, sobald die Füllung mit organisierten Kollegen vorbei ist, hört es auch mit ihrer Organisationszugehörigkeit auf. Außerdem ist es hier üblich, daß jeder, der hier arbeitet, ohne sich abzumelden, fürzahnd wegen Schulden gestrichen wird. Das letztere mögen vor allem die Kollegen begreifen, die sich nach dieser Seite etwas vorausnehmen haben. — In finanzieller Beziehung gehörte unser Zweigverein wohl von jeher nicht zu den am schlechtesten gestellten; aber auch hier erfuhr man auf dem ersten Blick, daß die Veröfentlung dazu beigetragen hat, uns auch nach dieser Richtung hin ein gutes Stück vorherrschend zu bringen. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug M. 20 215,10. Unter den Ausgaben sind enthalten M. 1347,79 Krankenunterstützung an 86 Mitglieder, ferner M. 442,50 Sterbeunterstützung an 11 Mitglieder und M. 22 Reiseunterstützung an 22 Mitglieder; M. 14 800,89 wurden an die Hauptkasse eingefandt. Die Lokalstift hatte eine Einnahme von M. 19 813,17, der eine Ausgabe von M. 6785,54 gegenüberstand, so daß am Jahresabschluß ein Lokalstiftsbestand von M. 12 527,63 zu verzeichnen war. Am Jahresabschluß 1910 betrug der Kassenbestand M. 6160,67. — An Beitragssmartern wurden an die Mitglieder 87 500 Stück abgegeben. Außerdem gab der Zweigverein Dresden an unsere Mitglieder circa 8400 Beitragssmartern ab. An Arbeitslohnmarken wurden 584 umgelegt. — Nach Entgegennahme des Jahresberichts bestätigte man sich zunächst mit der Auffassung eines Lokalvereins, Kollege Hieber, als Mitglied der Anstellungskommission, wie zunächst auf dem Cölnner Verbandsabschluß fest und empfahl der Versammlung, sich diesem Beschluss zu unterwerfen. Wenn er ein Gefall von M. 1900 für den Beamten festgesetzt wissen wolle, so nur aus dem Grunde, weil der Stundenzug im Zweigverein ein zu verschiedener sei und zwischen 35 J. und 52 J. schwankte. Die Diskussion hierüber wurde in sachlicher und leidenschaftlicher Weise geführt und endete damit, daß man die Vorschläge der Kommission einstimmig annahm. Gegen zwei Stimmen wählte man hierauf den Kollegen Herrn als Lokalbeamten. Nach der Wahl der örtlichen Verwaltung beschloß man noch, daß in Zukunft die "Grundstein"marken für invalide Kollegen in Wegfall kommen sollen. Ferner beschloß die Versammlung einstimmig, daß wegen Schulden gestrichene Mitglieder bei wiederholtem Eintritt M. 120 beziehungsweise M. 240 an Lokalbeitrag zu entrichten hätten. Mitglieder, die während der Beitragssmartern Zeit eintreten, haben pro Arbeitswoche 40 J. Lokalbeitrag zu leisten. Den Hilfsarbeiter wird während der Arbeitslohnzähfung für ihre Mehrarbeit eine jährliche Entschädigung von M. 2 bewilligt; doch kann sie bei unprüflicher und nicht gewissenhafter Ausführung der damit verbundenen Obliegenheiten gestrichen oder ganz entzogen werden. Eine längere, jedoch sachliche Diskussion rief einen Antrag auf Reduzierung der "Grundstein"-Beiträge hervor. Schließlich gelangte ein Antrag mit großer Mehrheit zur Annahme, wonach die "Grundstein"-marken von jetzt an von 40 auf 25 J. ermäßigt werden sollen. Schließlich hielt es die Versammlung noch gut, daß die örtliche Verwaltung den ausgesperrten Fabrikarbeitern M. 60 aus Lokalmitteln überwiegen hätte.

Posen. In der Nr. 29 der "Vaugewerkschaft" von 1911 stand ein Artikel aus Posen, den wir unbedacht lassen wollten, um erst das angebrochene Urteil abzuwarten. Nachdem dann Termin stattgefunden hatte, erschien in Nr. 45 des "Grundstein" der Artikel "Ein Wort zum Frieden und wir dachten wieder, der Stärke soll der Humane sein" und unterließen wiederum, auf die Sache einzugehen. Nachdem aber nun durch das Verhalten der "Vaugewerkschaft" niemand mehr im Zweifel sein kann, daß die Christen eine Verständigung a b l e h n e n und, daß sie ihre Agitationsmethode — nicht den wirtschaftlichen Gegner, sondern ihre Arbeitskollegen zu belämmern — fortsetzen wollen, und da sie in Nr. 50 der "Vaugewerkschaft", also nach geruamer Zeit, fortsetzen, daß am 9. Oktober gefallene Urteile in wahrheitswidriger Weise zu beprechen, vielleicht um Material zu einer Buchauswahlzug zu bekommen, so halten wir uns für verpflichtet, heute die Artikel und das Urteil abzudrucken um der Offenheitlichkeit ein eigenes Urteil zu ermöglichen. Wenn die "Christen" dabei als Rügner und Verleumder erapppt werden, so ist das nicht unsere Sache. Die "Vaugewerkschaft" steht in ihrer Nr. 29: (Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!). So handeln die "Genossen" in Posen auf dem Neubau Karlstraße mit einem christlich-organisierten Maurer. Als bei der Bürgerkontrolle der "Genossen" Bansen festgestellt hatte, daß der Maurer Owiannich, dem christlichen Verbände angehörte, wurde alles verjucht, d e n s e l b e n i n d e n r o t e n Verband zu zwingen. Die Peinlichkeiten ließ der Kollege sich ruhig gefallen. Da die "Genossen" erkannten, daß sie ihren Zweck auf diese Art nicht erreichen, wandten sie schärfste Mittel an. Als am 2. Juni sich der christliche Maurer seinen Lohn geholt hatte, begab er sich zur Baubude, vor welcher sich die "Genossen" aufstellten hatten. Mit Schimpfworten wurde derselbe wieder überhäuft. Der "Genosse" Szuminski schlug den nun näher kommenden mit der geballten Faust auf den Kopf, die übrigen vier "Genossen" folgten dieser Heldenart. Sein Kopf war mit Blut besudelt, als er sich von seinen Peinigern befreite und aus der Baubude floh. Noch nicht genug der Roboten, verfolgten die "Genossen" noch denselben und waren ihn mit Biegelsteinen. Das ausgesetzte Publikum und die hergezogenen Polizisten befreiten den Kollegen von den Brüdern der Freiheit und Brüderlichkeit.

leit. Unter dem Schutz der Polizei verließ er die gastliche Arbeitshütte." In der Nr. 50 von 1911 schreibt sie über diesen Fall weiter: "P o s e n. (Beiträte) Terrorismus der "Genossen". Am 9. Oktober sahen fünf Maurer, Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes, auf der Anlagebank wegen Witzhandlung eines christlich-organisierten Maurers. Um Pfingstsonntagnachmittag hatten auf dem Bau von Blachowitski die Angeklagten Szuminski und Koszwiatowski aus Racamowice, Otto Bansen, P. Lindner und A. Kasprovic aus Posen untern Kollegen nach vorherigen Strafeleien und Schimpferien, die er übertragen sollte, beim Empfang des Lohnes meuchälg angefallen und ihm m i h h a n d e l t. Sogar Biegelsteine hatten sie ihm n a c h g e w o r f e n. Nach Aussage der Zeugen war der Kollege durch die erhaltenen Schläge fast bestimmtlos. Die Angeklagten konnten ihre Tat nicht bestrafen. Sie waren bloß die Ausreißer, sich gegen seitig geschlagen zu haben, da angeblich der Aufsäger dem Szuminski auf die Gürtelgurten getreten habe. Das wurde von dem Zeugen Obmann bekräftigt, auch hatte kein anderer Zeuge davon etwas gesehen. Ferner sollte unter Kollegen den verlogten Lindner beim Polier verhaftet haben, er arbeite zu langsam und durch das Zeugnis des Poliers fiel diese Behauptung glänzend ins Wasser. Die Strafe ist eine sehr milde, da es unsern Kollegen gar nicht darauf ankommt, die armen verletzten Opfer hart bestraft zu sehen; lieber wäre es ihm gewesen, wenn sie die Ankläger und über alle Streitbelangen könnte. Der Gerichtshof verurteilte nach längerer Beratung vier Angeklagte, und zwar Szuminski, Bansen, Lindner und Kasprovic zu je M. 10 Geldstrafe oder zwei Tagen Gefängnis und Entzug der Kosten. Wie aus der Art der Verteidigung zu vermuten ist, haben die "Genossen" von ihrem Verbande Rechtschutz erhalten. Erschafft das zu dann lädt das Amt blöd." In dem gerichtlichen Urteil heißt es: "Die Angeklagten Szuminski, Kasprovic, Lindner und Bansen sind der Körperverletzung schuldig und werden deshalb zu je M. 10 — zehn Mark — Geldstrafe im Nichtbeitreibungsfalle zu je zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Koszwiatowski ist nicht schuldig und wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen, so weit Verurteilung erfolgt ist, den verurteilten Angeklagten, im übrigen der Staatskasse zur Last." Die Begründung des Urteils lautet: "Die Angeklagten arbeiteten zusammen mit dem Maurer Owiannich bei einem Neubau in Posen. Owiannich hatte sich bei dem Maurerpolyer Svitonki beschwert, daß er die Arbeit, die er zusammen mit dem Angeklagten Lindner habe ausführen sollen, nicht habe fertigstellen können. Die Angeklagten hätten dies erfahren und glaubten, daß er den schon befehlten Angeklagten Lindner aus der Arbeit verdrängen wollte. Hierüber waren sie ärgerlich. Als sie am 2. Juni 1911 bei der Lohnauszahlung an der Baubude herumstanden und Owiannich auf Kasprovic, von Kasprovic auf Lindner, von diesem auf Bansen geschlagen wurde, wurde er von Szuminski und Svitonki befreit. Ferner beschloß die Versammlung einstimmig, daß wegen Schulden gestrichene Mitglieder bei wiederholtem Eintritt M. 120 beziehungsweise M. 240 an Lokalbeitrag zu entrichten hätten. Mitglieder, die während der Beitragssmartern Zeit eintreten, haben pro Arbeitswoche 40 J. Lokalbeitrag zu leisten. Den Hilfsarbeiter wird während der Arbeitslohnzähfung für ihre Mehrarbeit eine jährliche Entschädigung von M. 2 bewilligt; doch kann sie bei unprüflicher und nicht gewissenhafter Ausführung der damit verbundenen Obliegenheiten gestrichen oder ganz entzogen werden. Eine längere, jedoch sachliche Diskussion rief einen Antrag auf Reduzierung der "Grundstein"-Beiträge hervor. Schließlich gelangte ein Antrag mit großer Mehrheit zur Annahme, wonach die "Grundstein"-marken von jetzt an von 40 auf 25 J. ermäßigt werden sollen. Schließlich hielt es die Versammlung noch gut, daß die örtliche Verwaltung den ausgesperrten Fabrikarbeitern M. 60 aus Lokalmitteln überwiegen hätte.

Erschafft das zu dann lädt das Amt blöd." In dem gerichtlichen Urteil heißt es: "Die Angeklagten Szuminski, Kasprovic, Lindner und Bansen sind der Körperverletzung schuldig und werden deshalb zu je M. 10 — zehn Mark — Geldstrafe im Nichtbeitreibungsfalle zu je zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Koszwiatowski ist nicht schuldig und wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen, so weit Verurteilung erfolgt ist, den verurteilten Angeklagten, im übrigen der Staatskasse zur Last." Die Begründung des Urteils lautet: "Die Angeklagten arbeiteten zusammen mit dem Maurer Owiannich bei einem Neubau in Posen. Owiannich hatte sich bei dem Maurerpolyer Svitonki beschwert, daß er die Arbeit, die er zusammen mit dem Angeklagten Lindner habe ausführen sollen, nicht habe fertigstellen können. Die Angeklagten hätten dies erfahren und glaubten, daß er den schon befehlten Angeklagten Lindner aus der Arbeit verdrängen wollte. Hierüber waren sie ärgerlich. Als sie am 2. Juni 1911 bei der Lohnauszahlung an der Baubude herumstanden und Owiannich auf Kasprovic, von Kasprovic auf Lindner, von diesem auf Bansen geschlagen wurde, wurde er von Szuminski und Svitonki befreit. Ferner beschloß die Versammlung einstimmig, daß wegen Schulden gestrichene Mitglieder bei wiederholtem Eintritt M. 120 beziehungsweise M. 240 an Lokalbeitrag zu entrichten hätten. Mitglieder, die während der Beitragssmartern Zeit eintreten, haben pro Arbeitswoche 40 J. Lokalbeitrag zu leisten. Den Hilfsarbeiter wird während der Arbeitslohnzähfung für ihre Mehrarbeit eine jährliche Entschädigung von M. 2 bewilligt; doch kann sie bei unprüflicher und nicht gewissenhafter Ausführung der damit verbundenen Obliegenheiten gestrichen oder ganz entzogen werden. Eine längere, jedoch sachliche Diskussion rief einen Antrag auf Reduzierung der "Grundstein"-Beiträge hervor. Schließlich gelangte ein Antrag mit großer Mehrheit zur Annahme, wonach die "Grundstein"-marken von jetzt an von 40 auf 25 J. ermäßigt werden sollen. Schließlich hielt es die Versammlung noch gut, daß die örtliche Verwaltung den ausgesperrten Fabrikarbeitern M. 60 aus Lokalmitteln überwiegen hätte.

Ungetreuer Kassierer.

Das Landgericht Braunschweig verurteilte in seiner Sitzung vom 18. Januar den früheren Kassierer des Zweigvereins Stadtoldendorf, Karl Böder, wegen Unterschlagung von Verbandsgelben und sonstigen betrügerischen Manipulationen im insgesamt drei Fällen zu einem Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte für die Eingelöste einen Monat resp. drei Wochen und fünf Wochen, zusammen gerechnet zwei Monate und zwei Wochen beantragt, dabei ausführend, es sei ganz entschieden zu verurteilen, wenn jemand die sauer verdienten Groschen der Arbeiter, die dazu dienen sollten, wirtschaftliche Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen führen, zu seinem Nutzen verwendete.

Christlicher Gewerkschaftssekretär vor Gericht.

Eine Antwort auf die "Richtigstellung" Beltums.

Zu der "Richtigstellung" des christlichen Gewerkschaftssekretärs Beltum in der letzten Nummer schreibt man aus unserm Cölnner Gauvorstand:

Da seiner samten Verächtigung bestreitet Beltum, daß ungefähr ein Drittel der Streitenden im Trierer Stoffateurestreit frei organisiert waren. Demgegenüber stellen wir fest, daß in der ersten Streithohe im Streittotal der Christlichen der Umfang der Arbeitsinstellung in Gegenwart des Kollegen Muth festgestellt wurde. Bei dieser Gelegenheit teilte die Streitleitung der Christlichen mit, daß bei ihnen 28 Stoffateure und 2 Hilfsarbeiter die Arbeit eingesetzt hätten. Ferner hatten 6 Stoffateure und 5 Hilfsarbeiter, die unsern Verbände angehörten und 4 Stoffateure, die die Stoffateure einer sozialdemokratischen Gewerkschaft und Owiannich dem christlichen Arbeiterverbande angehörte. — Man sollte denken, den Christen müßte bei ihrer elenden Schwindelrei die Schamröte ins Gesicht steigen. Aber: Der Punkt heiligt die Mittel, und so berichtet die "Vaugewerkschaft" in der Hauptstadt seelenstreichig das Gegelein von dem, was das Gericht festgestellt hat. Man muß ja dem Zentrum "Material" zu Ausnahmefällen gegen die Arbeiter liefern!

Thorn. (Jahresbericht.) Am 8. Januar tagte unser Jahres-Generalversammlung, in der der Kassierer zunächst die Jahresabrechnung brachte. Er wies besonders auf die gute Finanzlage der Lokalstift hin. Die Einnahme der Hauptkasse betrug bis Jahresabschluß M. 8884,42. Abgesehen sind im Laufe des Jahres zu der Hauptkasse M. 1533,82 an Belegien M. 2517,75. Bei der Veröfentlung am Jahresabschluß 1910 betrug der Lokalstiftsbestand M. 36,78, am Ende des Jahres 1911 hatte er sich auf M. 1007,79 erhöht. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf erstaute der Vorsitzende, Kollege Mettawski, den Jahresbericht. Er führte eine folgende aus: Am 1. Januar ist ein Jahr verflossen, seitdem beide Verbände vereinigt sind. Alle unsere Kollegen haben mit Mut und Zuversicht in die Zukunft geblickt, und unsere Hoffnungen sind auch in Erfüllung gegangen; denn wir können die Veröfentlung nur als ein glückliches Ereignis begrüßen. In Thorn wurden 288 Kollegen, 295 Maurer und 178 Bauarbeiter, neu gewonnen. Die höchste Mitgliederzahl, die wir 1911 zu verzeichnen hatten, betrug 667. Die Beitragssammlung ließ viel zu wünschen übrig. Am Jahresabschluß sind 68 Kollegen mit zwei bis vier Beiträgen zu Rücksicht geblieben. Dies wurde vermieden werden, wenn die Kollegen die Bücher auf den Bauten kontrollieren würden. Während der guten Boulonjunktur griffen wir zur Feststellung eines Altkreditarses, wobei wir auf harten Widerstand bei den Unternehmen stießen. Jedoch beharrten wir auf unserer Forderung und erzielten einen Einheitslohn für Altkreditars. Zur Regelung der Streitigkeiten waren vier Schlichtungskommissionen eingesetzt, davon sind für uns zwei mit vollem, eine mit teilweise und eine ohne Erfolg verlaufen. Drei Anzeigen wurden wegen Bauarbeiterklausuren mit Erfolg an die Behörde erstattet. Mitgliederversammlungen fanden 21 statt. Die Versammlungen wurden von 25 p. 100 unserer Mitglieder besucht. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 38 Sitzungen. In neun Sitzungen nahm der Gauvorstand teil. Außerdem wurde viermal Hausagitation betrieben, die einen guten Erfolg hatte. Auch wurden mehrere Bautenkontrollen ausgeführt. Sierbel ist zu bemerken, daß unsern Vertretern der Zutritt zu den Arbeitsstellen nirgend

verweigert wurde, wie das in früheren Jahren oft der Fall war. Ein Beispiel dafür, daß es hier im Osten für die Vertreter der Unternehmer anfangt Tag zu werden. Der Bauarbeiterkongress ließ viel zu wünschen übrig. Auf vier Bauten fehlten auf jeden Arbeitsstelle, ebenso die Spucknapf in den Baubuden. Bei der Herbstkontrolle fehlten auf zwei Bauten die Baubuden und Dosen. Durch Anzeige bei der Bevölkerung waren die Mißstände beseitigt. — Postsendungen waren ausgegangen: 223 Briefe, 71 Postkarten, 2 Päpste. Eingegeben waren 245 Briefe, 45 Postkarten, 55 Drucksachen, 201 Päpste. Die Kasse wurde einmal von den Steuern und zweimal von den Steuern und vom Vorsteherne rebilliert. Die Rebillung ergab, daß sich die Kassenfächer in bester Ordnung befanden. Mit der Leitung unserer Organisation können wir zufrieden sein. Unsere größten Feinde sind die nationalen Arbeitervereine und die Geistlichen. In vielen Fällen wird die Kanzlei an Agitationssitzungen benutzt. Noch mehr aber wird die Presse zur Verleumdung gegen uns benutzt. Der Vorsteher bemerkte hierzu treffend: "Die Arbeiterbewegung in ihrem Sauf hält weder Ochs noch Esel auf." Die Haupthand ist, daß auch uns noch fernstehende Kollegen einsehen, wer ihre wirtschaftlichen Freunde sind. Um das zu erreichen, ist es Pflicht eines jeden eingelösten Kollegen, in der Agitation seinen Mann zu stellen und nicht die Agitationssarbeit dem Vorstand allein zu überlassen. Die Kollegen aber, die das Tun des Vorstandes nur kritisieren, mögen in Zukunft in den Versammlungen mitarbeiten zum Wohl des ganzen Verbändes. Zum Schluss sprach die Versammlung dem alten Vorstand Dank und Vertrauen aus und wählte ihn einstimmig wieder.

Am 8. Juni 1911 traten die Stoffateure in Trier in einen Streit ein. Bei einer Versammlung, welche der Sozialdemokraten (Beltum, D. R.) leitete, wies dieser die Sozialdemokraten zurück und sagte, als die Sozialdemokraten das Lokal verließen: "Die roten Lumpen". Später wurden die Sozialdemokraten doch zu den Verhandlungen, die zwölften Arbeitern und Arbeitgebern geführt wurden, eingezogen. In einer Arbeiterversamm-

lung machte der Führer der Sozialdemokraten, der Angeklagte Ruth, den Vorschlag, die Arbeiter sollten an den weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern nur dann teilnehmen, wenn die Arbeiter mindestens drei Tage vorher von dem Termin in Kenntnis gesetzt würden. Dieser Vorschlag ist, wie die beiden vernommenen Zeugen, die nicht bei sozialdemokratischen, sondern der christlichen Gewerkschaft angehören, bestunden, angenommen worden; jedoch hat eine ausdrückliche Annahmeerklärung, insbesondere seitens des Brialflägers, nicht stattgefunden. Der Brialfläger hat nun tatsächlich, ohne daß eine solche Bekanntmachung des Verhandlungstermins erfolgt ist, allein mit den Arbeitgebern verhandelt und ohne Bezugnahme auf die Sozialdemokraten einen neuen Tarif vereinbart. ... Ferner ist durch die Beweisaufnahme die weitere Tatsache, daß der Brialfläger die Sozialdemokraten „rote Lumpen“ genannt habe, nachgewiesen worden.

Angesichts dieser gerichtlichen Feststellungen wagt Weltum in seiner „Berichtigung“ zu behaupten, es sei nicht der Beiflukus gefestigt worden, nur noch zu den Verhandlungen geladen zu geben, wenn drei Tage vorher eingeladen werde. Seine Ausrede, er habe nicht ausdrücklich diesem Beschlüsse zugeschimmt, ist doch zu erbärmlich. Wenn alle Anwesenden, Christliche und Freie, einig darin sind und zustimmen, dann gilt das auch für Weltum. Insbesondere, da er selbst seiner Entrüstung darüber Ausdruck gab, daß die Unternehmer uns offensbar mit ihren Verschleppungsmaßnahmen an der Rote herumgeführt. Weltum hat aber auch zugestimmt. Er liegt, wenn er jetzt das Gegenteil behauptet. Genau so, wie er vor Gericht lag, er habe unsere Mitglieder nicht „rote Lumpen“ geschimpft. Bis seine von ihm als Zeugen geladenen Mitglieder unter Eid auslieferten, daß er es doch gesagt habe, da war er mit einemmal still. Jetzt liegt er wieder aus, neue Weltum sagt in seiner Berichtigung auch noch, daß Ruth nicht an der Verhandlung teilgenommen habe, in der der Tarifabschluß perfekt wurde, liege daran, daß sein Kollege, der ihn bisher bedächtigt hatte, plötzlich abgereist wäre. Als ich (Weltum) zu dieser Verhandlung eingeladen wurde, habe ich selbstverständlich angenommen, daß auch Ruth unterrichtet wäre. Soviel Worte, soviel Lügen. Unsere Mitglieder wurden von dem Stattfinden von Verhandlungen mit den Unternehmern immer von den Christlichen unterrichtet. Die Unternehmer wandten sich an die Christlichen, ihre Zentrumsparteigenossen, und diese teilten es unseren Mitgliedern mit. Nun war am 20. Juni die oben erwähnte Vereinbarung getroffen, am 21. Juni telephonierten der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes nach Saarbrücken an Weltum und am 26. Juni schloß Weltum in Trier allein den Vertrag ab. Aber noch am 25. Juni waren unsere Mitglieder im Lokale der Christen mit den christlichen Stiftsleuten zusammen; aber keiner wußte etwas oder wollte etwas von Verhandlungen wissen. Am 26. Juni fingen unsere Mitglieder in der Umgegend von Trier, außerhalb des Streitgebietes, eine übernommene Arbeit an, wie es bei Streits von allen Streitenden an Verminderung der Strafausgaben verlangt und auch gemacht wird. Wenn Weltum, wie es seine Pflicht war, am 24. Juni die Trierer Streitenden von den beobachteten Verhandlungen am 26. Juni unterschiedlich hätte, dann wären unsere Lohnkommissionmitglieder diesen Montag nicht an ihre Arbeit gegangen und hätten auch Zeit gehabt, der Gauvorsitzende Ruth zu unterrichten. Aber das ist ja gerade das Pubels Kern, und das hat auch eines seiner Mitglieder als Beuge vor Gericht ausgeschworen: „Weltum wollte nicht viel Ausgaben machen, der christliche Verband wollte sparen.“ Und da er befürchtete, daß die Unternehmer noch etwas länger aushalten würden, wenn die Arbeitertreue ernsthaft und mit Energie vertreten würden, wie es durch den Bauarbeiterverband bei den Verhandlungen gesehen war, so ging er allein und verhandelte im Bunde mit den Unternehmern den neuen Vertrag. Und nacher redete er seinen Freunden vor Ruth habe mit seinem Vorschlag, nur zu den Verhandlungen zu gehen, wenn man drei Tage vorher eingeladen sei und auch Gewißheit habe, daß sie nicht wieder verschleppt würden, nur den Kampf in die Länge ziehen wollen. Ein Teil der christlichen Mitglieder ließ schon nach vier geistiger Kampfe die Rote hängen und war froh, daß Weltum die Sache gerichtet hatte, wenn auch nicht vorausgekommen war. So sieht die Interessentreibung durch zentrumskirchliche Arbeitertreue aus. Das Weltum in der Reichsverhandlung abschließt immer von der Sozialdemokratie redete, um uns bei dem Gericht vorzuherrschen in schlechten Gerüchten zu bringen, schenkt wir ihm und legen es zu dem übrigen. Über daß der Name den Mut hat, nach der gerichtlichen Stützung unseres „Grundstein“ auch noch mit Berichtigungen zu bombardieren, ist nach dem Geschäftsbogen wohl kaum begrifflich. Es gibt doch im christlichen Lager armelige Schäfer, die glauben, durch solche Mittelchen in ihren Domänen die Auflösung der Arbeiter weiterführen, wenn er die Sirene dazu besitzt.

Der Reichsvereinsgefecht in Westpreußen.

Unter obiger Überschrift brachte der „Grundstein“ in Nr. 2 eine Verfügung des Landrats von Marienburg, nach der dieser Landrat einer weiser Miete unter seinen Kollegen zu sein scheint. Über mit Ausnahme dieses Kreises haben wir in Westpreußen einen scharfen Kampf zu führen, um unsere Rechte nach dem Reichsvereinsgefecht zu erhalten. Bei uns sucht die Behörde nicht nach Gründen — wie in Dresden bei der Geldbewilligung zum Wahlkampf —, um die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln. In Westpreußen werden die Gewerkschaften einfach durch eine Verfügung des Regierungspräsidenten zu politischen Vereinen gemacht. Am 24. August 1910 erlich der Regierungspräsident von Marienwerder eine Verfügung, in der er die Ortspolizeibehörden aufforderte, die Gewerkschaften als politische Vereine zu betrachten und sie dementsprechend aufzufordern, ihren Verpflichtungen als Hamburg jedoch in vollem Umfang aufzugeben. Der erste Bibliszenat des leitenden Gerichts führte

Darauf sind die Vorstände unserer Zweigvereine in Straßburg, Culinse, Thon und Marienwerder aufgefordert worden, die Liste der Mitglieder des Vorstandes einzurichten, was wir selbstverständlich entschieden ablehnen. Die Thorner Behörde, die sich ganz besonders vorgenommen hat, den „Unterstaat vor dem Unrecht zu bewahren“, hat unfehlbar Vorsitzenden schon ein Strafmandat gesandt, weil die Liste der Vorstandsmitglieder nicht eingerichtet hat. Das Thorner Gericht hat schon einmal (1910) den Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter als politischen Verein erklärt. Wir werden nun abwarten, wie das Gericht über den Deutschen Bauarbeiterverband denkt. Gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten haben wir am 28. Oktober 1910 Beschwerde geführt. Am 15. Dezember 1912 haben wir, da wir keine Antwort bekommen, nochmals um Antwort ersucht. Als es am 3. Januar der Oberpräsident von Westpreußen noch nicht für nötig gehalten habe, uns eine Antwort zu geben, wandten wir uns an den Minister des Innern. Am 11. Januar erhielten wir zur folgenden Antwort:

Der Minister des Innern.

Berlin, den 8. Januar 1912.

Die an den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen gerichteten und von diesem mit zur Entscheidung vorgelegten Beschwerden vom 28. Oktober und 15. Dezember über die Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zu Marienwerder vom 24. August 1911, welche ich als ungültig zurück, da Ihnen ein Beschwerderecht bezüglich solcher vom Regierungspräsidenten an die ihm unterstehenden Behörden erlassenen Anweisungen nicht zusteht. Es muß den Vereinen, welche von den Ortspolizeibehörden der Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten entsprechend zur Erfüllung der gerichtlich den politischen Vereinen obliegenden Pflichten angehören werden, überlassen bleiben, diese Verfügungen mit den gesetzlich geordneten Rechtsmitteln anzusehen.

Im Auftrage: Grund.

Aus dieser Antwort erschen wir erstmals, daß der Oberpräsident unsere Beschwerde dem Minister zur Entscheidung überbrückt hat. Der Minister des Innern sagt kein Wort, ob die Verfügung des Oberpräsidenten zu Recht oder zu Unrecht besteht. Die Vereine sollen klagen. Das ist alles, was der Minister zu sagen weiß. Daraus ergibt sich, daß die höchsten Beamten des Reiches gegen offenbare Gesetzesverletzungen der preußischen Behörden nichts tun können oder nichts tun wollen. Ihr Ausweg ist: das Gericht soll entscheiden. — Der Regierungspräsident von Marienwerder veranlaßte zwar durch das Polizeipräsidium in Danzig ein hochnotheimisches Verbot, wonach die Bauarbeiterkundschaftskommission ist, aber eine Antwort erfolgte bis heute nicht. Was brauchen auch die Arbeit zu wissen, was für Verordnungen in Bezug auf Bauarbeiterdienst bestehen. Wir werden also für unsere Rechte, die im Reichsvereinsgefecht niedergelegt sind, noch manchen Kampf gegen Junker und Behörden durchsetzen müssen.

M. Wende.

Vom Boykottrecht.

SK. Der Boykott ist ebenso wie der Streik und die Aussperrung ein an sich erlaubtes Kampfmittel zwischen Arbeiter und Unternehmer. Als gegen die guten Sitten verstörend und darum zum Schadenerhalt verpflichtend, ist er nach der herrschenden Rechtsprechung jedoch dann, wenn er bloß ein unerlaubter ist. Das Erstrebene günstiger Lohn und Arbeitsbedingungen ist aber stets erlaubt und darum nicht unzulässig, so daß auch ein Boykott zu diesem Zwecke nicht unzulässig ist. Zu diesem für die gesamte Arbeiter und Unternehmerchaft hochbedeutenden Ergebnis ist auch das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg fürsichtig wieder gekommen. Der Schlächtermeister A. in Hamburg war mit seinen Gesellen, Mitgliedern des Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands in Differenzen geraten. Die Gesellen hatten die Vermittlung des Verbands erwartet, bei ihrem Meister auf eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu dringen. Sie handelten sich insbesondere um die Verkürzung einer geregelten Arbeitszeit unter gehöriger Einhaltung der Pausen, Bezahlung von Überstunden, Vergütung von Abendbrot am Sonntag und um Aufhebung der Pflichtstellung im Hause des Meisters zu schlafen, einer Verpflichtung, die weniger als einigen Gesellen oblag. Der Verband ließ dem Meister einen Tarifvertragseinfluß vor und verlangte dessen Anerkennung. Dieser verhielt sich jedoch ablehnend und antwortete auf die Überreichung des Entwurfs, daß er als Innungsmitglied den Verband nicht als Vertreter der Gesellen anerkennen könne und es deswegen ablehnen müsse, mit ihm in Unterhandlung zu treten. Wenn seine Gesellen Grund zur Beschwerde oder Klage in bezug auf Löhne oder Arbeitszeit hätten, so könnten sie sich direkt oder durch den Gesellenausschuß, als offiziellen Vertreter der Hamburger Gesellenchaft, an ihn wenden. Darauf verhängte der Verband den Boykott über das Ladengeschäft des Meisters und forderte im „Hamburger Echo“ und durch Flugblätter die Arbeiter und Arbeiterfrauen auf, bei Meister nicht mehr zu kaufen. Die Innung versuchte zu verhindern, daß der Verband den Boykott nicht aufhob, beschloß die Innung die Aussperrung sämtlicher dem Verband angehörigen Gesellen ihrer Betriebe, die sich nicht bereit erklären, gewisse Nevere, die auf den Austritt aus dem Verband abzielen, zu unterzeichnen. Demgegenüber wurden auch die vier Gesellen des A. von diesem gefündigt und entlassen. A. erhob Klage gegen den Zentralverband, gegen dessen Vertreter, der die Kundgebungen des Verbands unterschrieben hatte, und gegen die Verlagsanstalt des „Hamburger Echo“ auf Schadenerhalt. Er behauptete, er habe in den Monaten April bis Juni etwa M. 20 000 weniger umgesetzt. Der Klage wurde vom Landgericht gestellt, die Behörde jedoch statiggegeben, vom Oberlandesgericht in Hamburg jedoch in vollem Umfang abgewiesen.

unter anderm aus: Als eine gegen die guten Sitten verstoßende Handlung könne das Vorgehen der Verlagten gegen den Kläger weder im einzelnen noch nach dem Gesamtbilde angesehen werden. Dafür, daß der Verfall aus Nachsucht oder Schikanie verhängt sei, liege nichts vor. Im Gegenteil ergebe sich aus seinen Statistiken ein föllig nicht zu beanspruchender Zweck. Es sollte gunstigere Arbeitsbedingungen erlangt werden, insbesondere Abschaffung des Zeit- und Logiszwanges. In zweiter Linie aber habe der Verband in dem Tarifvertragseinfluß gefordert, daß der Kläger sich verpflichte, bei Neuereinstellungen nur Gesellen vom Arbeitsnachwuchs des Verbandes zu nehmen. Hieran habe der Verband von seinem Standpunkt aus, da ein solcher Arbeitsnachwuchs offenständig seine Macht neigte, so großes, schwerwiegenderes Interesse, daß die Verhängung und Aufrechterhaltung des Boykotts gerechtfertigt erscheine. Die Beurteilung müßte eventuell anders ausfallen, wenn die gängliche Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz des Klägers beabsichtigt oder erreicht werde; das sei aber hier nicht der Fall. § 153 der Gewerbeordnung könne nicht herangezogen werden, da Boykott ein erlaubtes Kampfmittel sei, eine Drohung gegen Verbandsgenossen oder das Publikum nicht vorliege und auch Schwerelebungen nicht begangen seien. Sittenwidrig wäre es gewesen, wenn eine wahrheitswidrige Darstellung des Sachverhalts gegeben oder beschimpfende und ehreverleidende Angriffe gegen die persönlich ehrliche Ehre des Klägers bemüht worden wären. Der Kläger steht jedoch in den Kundgebungen nur als Angehöriger einer Gruppe von Gewerbetreibenden in die Erziehung, denen der Vorwurf sozialer Mäßigtheit in mehr oder minder scharfer Weise gemacht werde, doch wird dieser Vorwurf nicht sowohl auf die Persönlichkeit des Klägers als auf die wirtschaftlichen Zustände zurückgeführt, denen der Kläger nebst seinen Verbandsgenossen anhingegangen sei und die einer Wiederherstellung und Bedeutung stehen. Ob der Kläger durch die berechtigten Vorwürfe in der Verhängung seiner Standesgenossen und selbst weiterer Kreise überdeckt gesunken sei, erjeine überaus fraglich. Gedenks wurde auf Seiten des Verbandes der Schluß des § 198 des Strafgesetzbuches (Wahrung berechtigter Interessen) stehen. Mit Unrecht nimmt das Landgericht an, daß die eine Kundgebung deshalb das erlaubte Maß übersteide, weil sie durch auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter berechnete Schlagworte die Arbeitserhöhung gegen den Kläger aufhebe und dadurch zugleich vom öffentlichen Standpunkt aus die öffentliche Ordnung zum Schaden des Gemeinwohls töre oder gefährde. Der Gebrauch von solchen Schlagwörtern werde bei Mitteilungen, die für die große Menge bestimmt seien, immer eine gewisse Rolle spielen und spielen dürfen. Auch seien der in Betracht kommende Leserkreis und das weitere Publikum dergesten. Kampfesformen in sozialdemokratischen Kundgebungen so gewohnt, daß Aufregung dadurch nicht erzielt werden könne. Alles in allem wurde demnach der Boykott im vorliegenden Falle als nicht sittenwidrig bezeichnet und die Klage abgewiesen.

Stoffateure.

Achtung, Fassaden-Stoffateure!

Ein Kollege aus Wiesbaden schreibt uns: „In der nächsten Zeit werden wieder Leute nach Österreich-Ungarn (Wien, Budapest, Triest) gefeuht, die bereits in Teranova, Litauen oder Porphy gearbeitet haben. Die Kollegen, die Lust haben, dorhin zu reisen, werden vor der Firma S. & D. S. & Co. in Wien XVIII, Hodogasse 25, dringend genötigt. S. & D. S. & Co. ist eine Firma, die in Deutschland gegründet, später in Österreich-Ungarn, vorzugsweise, vermutlich nämlich, Leute aus Deutschland zu beziehen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Firma unter anderem Namen Leute sucht. Die Firma verspricht sehr viel, sind die Leute aber einmal da, so will der Geschäftsinhaber neue Abmachungen treffen, durch die die Kollegen völlig rechtlos gemacht werden. Es ist deshalb den Kollegen zu empfehlen, nur noch vorher einen Abschluß eines schriftlichen Arbeitsvertrages der der geannanten Firma in Arbeit zu treten. Hierbei ist darauf zu achten, daß die bis jetzt gezahlten Vorgütungen für die Reihe dritter Klasse hin und zurück sowie die Fahrzeit wieder geahndet werden. Der Lohn beträgt M. 9 pro Tag nach deutlichem Geld bei neuständiger Arbeitszeit. Die Lohnung erfolgt wöchentlich, und die Kollegen müssen dafür achten, daß der Lohn in Lohnbüchern ausgehandelt wird, die gleichzeitig als Belege dienen. Weiter ist eine vierzehntägige Kündigung erforderlich, damit die Kollegen ihre Wohnung bündigen können; denn die Miete beträgt durchschnittlich 20 bis 30 Kronen monatlich und muß im vorraus gezahlt werden. Der Lohn ist gleich 85; M. 1 gleich 1 Krone (17 Heller).“ Die Lebensmittel sind auch fast um die Hälfte teurer als bei uns. — Nur einiges aus dem Betriebe selbst. Die Lohnzahlungen sind sehr unpräzise, so daß die Kollegen in Wien die Arbeit ruhen lassen mühten. Ferner wurde allen Kollegen, die von Budapest zurückkamen, mit Verhaftung wegen angeblichen Betruges droht, obwohl dort ein Vertreter und ein Postier aus Wiesbaden als Vertrauensleute fungierten und auch die Lohnbücher führten. Auch das Krankenfassenweisen ließ viel zu wünschen übrig; denn als sich einige Kollegen krank melden wollten, war keiner in der Firma angemeldet; aber das Krankengeld wurde ihnen abgezogen. Die Kollegen muhten die Kosten für ihre Behandlung selbst tragen. In der kurzen Zeit von sechs Wochen waren fünf Kollegen gezwungen, das Gewerbebergericht in Anspruch zu nehmen. Einer der Kollegen klagt jetzt noch, da man es meistens verstand, die Sache in die Länge zu ziehen. Den betreffenden Kollegen wurde, als er sich zur Arbeit einfand, durch den Meister der Firma, Hermann Ohlmann, aus Wiesbaden, empfohlen, er solle machen, daß er über Berg und Tal komme, denn wenn S. & D. S. & Co. ihn erwische, lasse er ihn verhaften. Vorstehendes diene auch den Kollegen in Österreich-Ungarn zur Kenntnisnahme. Kollegen, mit Vorsicht gegen diese Firma!

In Bad Kissingen läuft mit dem 1. Februar der am 31. März 1910 nach einem vierwöchigen Streit abgeschlossene Vertrag ab. Weder Schaffung eines neuen Vertrages fanden bereits am 10. Januar unter dem Vorsitz des

dortigen rechtshindigen Bürgermeisters Fuchs Unterhandlungen mit den Unternehmern statt. Der christliche Bauarbeiterverband, der während der Vertragsdauer auch einige Mitglieder gewinnen konnte (angeblich 14), beanspruchte das Recht, mit an den Unterhandlungen teilnehmen zu dürfen, weshwegen wir aus bekannten Gründen nichts einwendeten, trotzdem es nur Sache des Oststafanates gewesen wäre, die Verhandlungen zu führen, was im § 10 des jetzigen Vertrages ausdrücklich bestimmt ist. Auch hatten die Unternehmer gegen die Anwesenheit des christlichen Vertreters, Bezirksleiter Sommer aus Nürnberg, nichts einzuwenden. Die Verhandlungen nahmen einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf, und es hatte den Anschein, als wenn man sich auf friedlichem Wege verständigen könnte. Die Forderung war: Erhöhung des Mindestlohnes von 40 auf 60,-, verteilt auf drei Jahre. Das Angebot der Unternehmer betrug 4,- pro Stunde. Nach zweistündiger Beratung machte der Vorstehende den Vermittlungsvorschlag, den „Lohn“ in diesem Jahr auf 55,-, das nächste Jahr auf 55,- und 1914 auf 57,- pro Stunde festzulegen. Die Unternehmer erklärten sich nicht für kompetent, sich ohne vorherige Ausprache in ihrer Mittelsiederversammlung zu diesem Vorschlage zu äußern. Die Unterhandlungen wurden daher um 8 Uhr nachmittags vertagt. Nachdem auch mit den Vertretern der Christen eine Einigung über die Stellung zu dem Vorschlage des Unparteiischen gehabt hatten, trat die Kommission wieder zusammen. Nun ging ein anderer Wind. Der Vorstehende der Unternehmer gab im Namen der stattgefundenen Versammlung die Erklärung ab, daß die Unternehmer nicht mehr genügt seien, in Anwesenheit des christlichen Vertreters die Unterhandlung wieder aufzunehmen; mindestens aber dürfe dieser bloß als Zuhörer annehmen sein. Der Unparteiische vertrat den Standpunkt, daß dies vor Beginn der Unterhandlung hätte geltend gemacht werden müssen, was aber von den Unternehmern unterlassen worden sei. Im Gegenteil, als der Vertreter des Bauarbeiterverbandes auf die diesbezüglichen Bestimmungen im Vertrage hingewiesen habe, seien den Unternehmern Zweckentfernung gemacht worden, die zeigten, daß sie die Anwesenheit des Christlichen zur Bedingung machen wollten. Einer der Herren, der selbst Mitglied der Kommission war, hatte sich sogar schriftlich an den christlichen Bauarbeiterverband gewandt, er müsse doch einen Vertreter zu den Unterhandlungen senden, ein anderer erfuhr, daß die Christlichen selbst Forderungen entziehen würden, was aber von letzteren nicht getan wurde. Nach diesen Erklärungen fand eine stürmische Geschäftsausdrungsdebatte zwischen Unternehmern und dem unparteiischen Vorstehenden herzu, erklärte Bürgermeister Fuchs die Sitzung mit der Bemerkung für geschlossen, daß er auch zugleich den Vorstieg im Oststafanamt niederlege. Die Arbeiterschaft, insbesondere die christliche, durfte wohl aus dem Verhältnis der Unternehmer eine Lehre ziehen. In dieser Unterhandlung fühlte sie nur ein Mittel zu dem Zweck, den die christlichen Kollegen gegen unsere Mitglieder auszuüben. Weil die Unternehmer dies nicht erreichten, mußte die Unterhandlung abgebrochen werden. Dass dadurch der Weg zur friedlichen Verständigung bedeutend erschwert ist, dürfte wohl außer Zweifel sein. Ein neuer Beweis, daß alle Arbeiter, in einer Organisation gehörten. Da die Situation in Kissingen ziemlich ernst liegt, ersuchen wir, Zugang fernzuhalten.

Iosolierer und Steinhölzleger.

Der Kampf im Iosoliergebäude

ist vorläufig in der Hauptfase beendet. Die Verhandlungen, die am 8. und 9. Januar in Hamburg stattfanden und über die wir bereits in der letzten Nummer des „Grundstein“ berichteten, haben zum Abschluß des nachfolgenden Provisoriums geführt:

Zweck: Festlegung eines Provisoriums mit der Maßgabe, daß während dessen Dauer Tarifverhandlungen in die Wege geleitet werden sollen, werden von den beiden Centralvorständen folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Es werden den Iosolieren der dem Centralverband angehörigen Firmen während der Dauer des Provisoriums in folgenden Städten 2½,- pro Arbeitsstunde ausgelegt, soweit die Iosolier im Laufe des vorigen Jahres noch keine Bulage erhalten haben: Hamburg, Hannover, Celle, Düsseldorf, Mülhausen i. Els.

2. a) Die Differenzen in Frankfurt a. M. sind laut Protokoll vom 28. Dezember 1911 beigelegt.

b) Die Differenzen in Breslau werden in der Weise geregelt, daß die Bedingungen des Berliner Provisoriums über Alterbarkeit auch für Breslau maßgebend sein sollen.

c) Die Firma Rheinhold & Co. erkennt vorbehaltlich anderer Tarifabschreibungen, die vielleicht inzwischen getroffen werden, den in Leipzig bestehenden Tarifvertrag für das Iosoliergebäude für die Dauer seines Bestehens an, einschließlich des Austrittes der Alterbarkeit. Auch dürfen die von ihrer Leipziger Filiale sehr beschäftigten Iosolier, sobald sie wegen Arbeitsmangels umw. entlassen werden, nur durch den im genannten Vertrag anerkannten Arbeitsnachweis wieder eingestellt werden.

3. Auf Grund der Vereinbarungen werden von den beiden Centralvorständen die bezüglich der Arbeitsnachweisung getroffenen Maßnahmen zurückgezogen, soweit Verbandsfirmen in Frage kommen, und die Arbeit wird Montag, den 15. Januar 1912, wieder aufgenommen.

4. Maßregelungen dürfen von keiner der beiden Seiten stattfinden. Die Iosolier, die die Arbeit nie gelegt hatten beziehungsweise entlassen worden waren, haben sich bei ihren Firmen, bei denen sie vor dem Kampf beschäftigt waren, Sonnabend, den 13. Januar, zu melden und sind nach Möglichkeit einzustellen.

Wie aus diesem Abkommen ersichtlich ist, bringt dieses Provisorium infolge mehr als das vor Weihnachten vereinbarte, als außer den Frankfurter Iosolier auch die

Iosolier in Hamburg, Hannover, Celle, Düsseldorf und Mülhausen i. Els. eine sofortige Lohnerhöhung von 2½,- pro Stunde ein. Dieses Bugestandnis mußte der Verband der Iosolierfirmen für seine Ausprägung machen. Im übrigen ist das durchgeführt worden, was schon im ersten Provisorium vereinbart war und was die am 18. November in Berlin stattgefunden Konferenz der Iosolier als das bezeichnete, was später durchgeführt werden müsse. Anfang Februar werden nun erneut Verhandlungen stattfinden, bei denen über den endgültigen Abschluß von Tarifverträgen beraten werden soll. Es ist selbstverständlich, daß die Firmen bei diesen Verhandlungen, die die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Iosoliergebäude auf mehrere Jahre hinaus führen sollen, mit ihrem Bugestandnissen nicht einverstanden, trotzdem es nur Sache des Oststafanates gewesen wäre, die Verhandlungen zu führen, was im § 10 des jetzigen Vertrages ausdrücklich bestimmt ist. Auch hatten die Unternehmer gegen die Anwesenheit des christlichen Vertreters, Bezirksleiter Sommer aus Nürnberg, nichts einzuwenden. Die Verhandlungen nahmen einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf, und es hatte den Anschein, als wenn man sich auf friedlichem Wege verständigen könnte. Die Forderung war: Erhöhung des Mindestlohnes von 40 auf 60,-, verteilt auf drei Jahre. Das Angebot der Unternehmer betrug 4,- pro Stunde. Nach zweistündiger Beratung machte der Vorstehende den Vermittlungsvorschlag, den „Lohn“ in diesem Jahr auf 55,-, das nächste Jahr auf 55,- und 1914 auf 57,- pro Stunde festzulegen. Die Unternehmer erklärten sich nicht für kompetent, sich ohne vorherige Ausprache in ihrer Mittelsiederversammlung zu diesem Vorschlage zu äußern. Die Unterhandlungen wurden daher um 8 Uhr nachmittags vertagt. Nachdem auch mit den Vertretern der Christen eine Einigung über die Stellung zu dem Vorschlage des Unparteiischen gehabt hatten, trat die Kommission wieder zusammen. Nun ging ein anderer Wind. Der Vorstehende der Unternehmer gab im Namen der stattgefundenen Versammlung die Erklärung ab, daß die Unternehmer nicht mehr genügt seien, in Anwesenheit des christlichen Vertreters die Unterhandlung wieder aufzunehmen; mindestens aber dürfe dieser bloß als Zuhörer annehmen sein. Der Unparteiische vertrat den Standpunkt, daß dies vor Beginn der Unterhandlung hätte geltend gemacht werden müssen, was aber von den Unternehmern unterlassen worden sei. Im Gegenteil, als der Vertreter des Bauarbeiterverbandes auf die diesbezüglichen Bestimmungen im Vertrage hingewiesen habe, seien den Unternehmern Zweckentfernung gemacht worden, die zeigten, daß sie die Anwesenheit des Christlichen zur Bedingung machen wollten. Einer der Herren, der selbst Mitglied der Kommission war, hatte sich sogar schriftlich an den christlichen Bauarbeiterverband gewandt, er müsse doch einen Vertreter zu den Unterhandlungen senden, ein anderer erfuhr, daß die Christlichen selbst Forderungen entziehen würden, was aber von letzteren nicht getan wurde. Nach diesen Erklärungen fand eine stürmische Geschäftsausdrungsdebatte zwischen Unternehmern und dem unparteiischen Vorstehenden herzu, erklärte Bürgermeister Fuchs die Sitzung mit der Bemerkung für geschlossen, daß er auch zugleich den Vorstieg im Oststafanamt niederlege. Die Arbeiterschaft, insbesondere die christliche, durfte wohl aus dem Verhältnis der Unternehmer eine Lehre ziehen. In dieser Unterhandlung fühlte sie nur ein Mittel zu dem Zweck, den die christlichen Kollegen gegen unsere Mitglieder auszuüben. Weil die Unternehmer dies nicht erreichten, mußte die Unterhandlung abgebrochen werden. Dass dadurch der Weg zur friedlichen Verständigung bedeutend erschwert ist, dürfte wohl außer Zweifel sein. Ein neuer Beweis, daß alle Arbeiter, in einer Organisation gehörten. Da die Situation in Kissingen ziemlich ernst liegt, ersuchen wir, Zugang fernzuhalten.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Beneinstreiken, überhaupt von allen wichtigen Vor kommunisten auf den Bauten schuldlos einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Altenburg. Beim Abräumen eines Neubaus in der Biegelstraße stürzte am 6. Januar einem in Modern wohnhaften Maurer ein starker Holzsäbel auf den Kopf. Nachdem ein Notberand angelegt war, wurde der Verletzte zu einem in der Nähe wohnhaften Arzt geführt, der ihm weitere Hilfe angeboten ließ.

Berlin. Ein Bauunfall, bei dem drei Personen verletzt wurden, ereignete sich in Lichtenberg an der Ecke der Georgiuss- und Trossendorf Straße. Dort stürzte am 6. Januar plötzlich der Treppenpodest ein, auf dem gerade der Maurer Seifleschen und wie der Arbeiter Lehmann und Bonnstaki beschäftigt waren. Alle drei wurden in die Tiefe gerissen. Seifleschen erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes sowie anscheinlich erbäliche innere Verletzungen, während Lehmann und Bonnstaki mit leichteren Kopfschwinden und Quetschungen davonkamen.

Boppard. Am 5. Januar brachen beim Bauen von Querbalmen im ersten Stock eines Neubaus in Salzig die Wände des Baues in sich, so daß sie zusammenfielen. 16 dort beschäftigte Personen starben in die Tiefe. Drei Männer sind sehr schwer, zwei, drei erhielten leichte Verletzungen.

Braunschweig. Am 8. Januar stürzte in der Waterloostraße der Dachdecker Otto Koch ab. Er fiel im Innern des Gebäudes zwischen zwei Dachbrettern einen Schritt und fiel drei Stockwerke hoch herab. Bestimmtlos wurde er von seinen Mitarbeitern in die Baubude getragen und dann mit dem mittlerweile herbeigerufenen Sanitätswagen nach dem Herzogtum Krantenhaus befördert. Äußerlich waren keine Verletzungen an ihm wahrgenommen. Der Verunglückte war auf den Rücken gefallen und hat vermutlich schwere innere Verletzungen davongetragen.

Celle. Am 4. Januar stürzte hier im Neubau des katholischen Gesellschaftshauses eine Rähbude ein. Sieben Arbeiter, denen es gelungen war, die von dem Stock unter dem Dach befindlichen Gerüst hinabfallende Leiter zu gewinnen, konnten sich ziemlich unsicher in Sicherheit bringen. Drei andere aber lagen unter den Trümmern. Sofort wurde die Freimiliz Feuerwehr herbeigerufen; auf deren Erfordernis der Dachallongenmeister Major Cotta 20 Soldaten zur Hilfestellung abkommandiert. Anwärter waren, von der Post aus, Polizei, Landgericht, Sanitätskolonne usw., von dem Umgang verständigt worden und wenige Minuten später konnte schon unter Leitung des Polizeikommissars Ernst mit dem Rettungswerk begonnen werden. Kurz nach 8½ Uhr waren alle drei Verletzten, die Arbeiter Wolfenbüttel, Gerhard Lamers und Heinrich Brack, unter den Trümmern herabgeholt. Alle drei wurden dem Antoniushospital geführt. Die Verletzten des Unfalls sind noch nicht bekannt, doch wird bereits von der Verwendung in schlechten Materialien und von einem Konstruktionsfehler gesprochen. Die eingeleitete Untersuchung wird hoffentlich näheren Aufschluß bringen.

Düsseldorf. Ein folgenschweres Bauunglück ereignete sich hier am 11. Januar, abends gegen 8 Uhr, in der Portstraße. Dort waren vier Männer und zwei Baufällarbeiter an der Vorderfront des bereits bis zum dritten Stockwerk vollendeten Neubaus beschäftigt, als die Front plötzlich mit furchtbarem Geröll zusammenbrach; fünfzehn Arbeiter mit sich in die Tiefe rutschten. Der Maurer Albert Gensel, verheiratet und Vater zweier Kinder, wurde so schwer verletzt, daß er gleich nach der Einlieferung in das Krankenhaus starb. Die übrigen sind alle schwer verletzt, aber man hofft, daß sie mit dem Leben davonskommen.

Gießen. Hier stürzte ein Putzgerüst aus eiger Höhe von 7 m herab und begrub zwei Männer unter sich. Der Kollege Brandt erlitt zwei Brüder am unteren Wirbelsäulen, während der Kollege Böttcher Brüder und Daugterquetzungen davontrug. Die Verunglückten wurden sofort in das städtische Krankenhaus gebracht.

Fulda. Am 6. Januar ereignete sich in dem im Bau befindlichen Salzfach der Gewerkschaft Herfa ein schwerer Unfall. Zur Nachschicht waren acht Leute in dem Schacht mit Erdarbeiten beschäftigt, als einer der mit Erd- und Steinmassen gefüllten Förderörte, wahrscheinlich infolge nicht richtigen Funktionierens der Klappen, seinen Inhalt wieder in den Schacht auf die dort arbeitenden Deute entließ. Ein Arbeiter wurde so schwer getroffen, daß er sofort tot war, die andern erlitten teils schwere, teils leichte Verletzungen.

Gleibingen. Am 6. Januar wurde hier der 23 Jahre alte Arbeiter Fritz Grete in der Kiesgrube eines Neubaus beschäftigt. Grete, der auf dem Neubau beim Kellerragen beschäftigt war, erklärte seinem Arbeitstollegen, er wolle in die Kiesgrube gehen, da er nichts zu tun habe. Da auf dem Außen der Arbeiter Grete nicht erkannt, ging ein Arbeiter in die Kiesgrube und fand, daß eine Steinswand eingerutscht war. Sofort fingen alle Arbeiter an nachzutragen und fanden auch dann den verstorbenen Grete verschüttet vor. Der Tod war vermutlich durch Erstickung bereits eingetreten.

Göttingen. Ein Unglücksfall ereignete sich am 5. Januar in dem Neubau des Unternehmers Claus, Alte Stegemühlenweg. Der Kollege Claus, der beim Treppenputzen beschäftigt war, stürzte durch einen Sturztritt von der Rüstung. Er zog sich einige Rippenbrüche zu und mußte sofort in die Klinik geschafft werden. Durch leichtfertiges Arbeiten des Unternehmers Wenig aus Norden stürzte am 6. Januar auf dem Kalkwerk Revershausen bei Norden eine 10 lange und 5 hohe Steinwand ein, die man dort ohne Peilex auf ein minderwertiges Fundament gestellt hatte. Ein Glück war es, daß unsere dort arbeitenden Kollegen in dem Augenblick des Einfingers draußen beschäftigt waren, sonst hätten sie dort ihren Tod gefunden. Der Unternehmer Wenig, der in der Nähe war und die Gefahr bemerkte, konnte noch eben seine Rettung finden. Es herrschte hier überhaupt recht traurige Verhältnisse; denn von Arbeitern, die hier arbeiten, kennt man nur wenig, ja, man hält es nicht einmal für notwendig, die Arbeiterschutzbestimmungen auszuhängen. Es hat den Anschein, als ob der Betrieb hier überhaupt nicht auf der Bande steht, sonst würde doch die Bauverbrauchsgenossenschaft dort auch einmal etwas von sich merken lassen.

Mersburg. Auf der Kreuze Veuna bei Mersburg führt die Firma Gebr. Gräuel einen Zimmereinbau auf, wobei nach einer Buschritzung recht traurige Verhältnisse herrschten. Von 16 dort beschäftigten Männern aus der Umgegend ist keiner organisiert, weshalb sich auch niemand um den Bauarbeiterzuschlag kümmert. Als vier Mersburger Kollegen hinzukamen, mußten sie sich im Freien umziehen und auch in freien ihre Bauen zubringen und ihr Essen bereichern, weil sie in der Hütte kein Platz ist. Dagegen steht in der nebenan befindlichen Polierhütte ein großer Glasbehälter, der gut den Raum für drei Personen vognimmt. Anstatt das, sich die noch unorganisierten Kollegen der Organisation anzuschließen und für bessere Zustände sorgen, traktieren sie den Polier mit Bier, um gut mit ihm zu stehen. Hier sollten es doch die Mersburger Kollegen im Laufe des Winters mit einer gründlichen Organisation versuchen, um die uns noch fernstehenden Kollegen für uns zu gewinnen. Mit Spannung freilich ist dies nicht zu erreichen.

Münster. Ein Bauunglück ereignete sich am 8. Januar an einem Neubau auf der Altumstraße. Dort stürzte eine Betondecke ein, wobei zwei Bauarbeiter verunglückten. Der eine von ihnen wurde schwer verletzt mit dem Kreiswagen der städtischen Brandwache zum Clementinenhospital gebracht, während der andere leichtere Verletzungen davontrug und in seine Wohnung geschafft wurde.

Nürnberg. Ein leichtfertiger Gerüstbau. Die Firma Max Bartl, Bildhauer und Bildgeschäft, führte im Frühjahr des vorigen Jahres die Verputzarbeiten am Neubau des Herrn Schembera, Ecke der Holzgäßchen und Wohlgerüttstraße, aus. Am 13. März sollte nun mit dem Aufstellen des Fassadengerütes begonnen werden. Die dort beschäftigten fünf Stütztaue hatten mit dem Gerüstbau kaum begonnen, und zwar genau nach den oberpolizeilichen Vorschriften, als Bartl hinzukam und die Anweisung erteilte, die Gerüststände brauchen nicht in den Boden eingegraben zu werden. Auf diese Augenachtlassung der oberpolizeilichen Vorschriften wurde Bartl von seinen Gehilfen aufmerksam gemacht. Er erklärte aber, daß es ihm zu viel Zeitverlust und Scherereien verursachte und andere Unternehmer ebenfalls die Stangen nicht mehr eingebrachten. Nachdem schon vor dem Eintritt des B. vier Gerüstungen fest eingegraben waren, so sollten nun die übrigen drei Stangen nicht mehr eingegraben werden. Sie wurden aus diesem Grunde an die Hauswand angelegt. In Erwartung einer Leiter konnten diese auch nicht sofort befestigt werden, so daß mit dem Binden einer Streitstange begonnen wurde. Aber dadurch, daß die drei Gerüststangen nicht gleichfalls, wie die übrigen, fest eingegraben waren, tauschte einer Stangen mit um. Ein des Weges kommender Schuhnabe wurde von zwei umfallenden Stangen getroffen, so daß er schwer verletzt vom Blasen gerungen werden mußte. Am 8. Januar fand nun das sich aus diesem Anlaß ergebende Nachstiel ein Schwurgericht statt. Die Anklage gegen Bartl lautete auf faßlässige Körperverletzung. Die Bezeugen saßen gingen darin, daß Bartl den dort beschäftigten Stütztauen den Auftrag erteilte, die Stangen nicht mehr einzubauen. Gestellt wurde auch, daß der Angeklagte von einem der Zeugen auf das vollständige Aufräumenlassen des § 8 der oberpolizeilichen Vorschriften aufmerksam gemacht wurde. Der Vertheidiger des Angeklagten vertritt die Verantwortlichkeit auf den Polier abzuwählen. Dies wurde aber von sämtlichen Arbeitern, die als Zeugen vernommen wurden, dahin bestätigt, daß nur der Angeklagte die Anordnungen gegeben hatte und daher auch verantwortlich sei. Als Gutachter waren die Stütztauenmeister Steffert und Peter geladen. Das Gutachten des ersten ging dahin, daß es in Nürnberg bei Auflösung von Gerüsten üblich sei, die Gerüststände einzubauen, in dem fraglichen Falle aber hätten sie besonders tief eingegraben werden müssen, da es sich um schwere grüne Stangen handelte. Da aber Herr Bartl nicht selbst Tagmann, sondern Bildhauer sei,

so hätte er erst recht keine Anordnungen bei der Aufstellung des Gerüsts treffen, sondern diese Arbeit seinem Sohn und den dort beschäftigten Stofftanten überlassen sollen. Herr Moer gab sein Gutachten dahin ab, daß in seinem Betriebe die äußeren Gerüstständer eingeschlagen werden, von den inneren Gerüstständern nur die beiden Endstangen, die übrigen aber freistehend befestigt werden. (Auch dieses ist ein Vergehen gegen den § 8 der obergerichtlichen Vorschriften. D. B.) Herr Moer versuchte die Schuld den Arbeitern zuzuschreiben, da besonders der Sohn Wartis die falschen Anordnungen seines Unternehmers hätte ausüben müssen. (Dies diente den Arbeitern Moers Bezeichnung geben, die Durchführung des Bauarbeitervertrages mehr zu beachten als dies bis jetzt der Fall war.) Auch das Gutachten des Beamten vom Bauamt ging dahin, daß die Gerüstständer, laut der obergerichtlichen Vorschriften eingeschlagen werden müssen. Als verantwortlich sei der Angestellte angesehen, da er die Anordnungen getroffen habe. Da nun vom Angestellten schon am Angriffsstage behauptet wurde, das Umfallen der Stangen sei durch einen Windstoß passiert, so war es notwendig, das Gutachten eines Weiterführenden einzuholen. Dieses ging dahin, daß an dem fraglichen Vormittag der Wind mindestens war, der Sturm aber erst zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags einsetzte. Das ärztliche Gutachten lautete, daß der Knabe eine Gehirnerkrankung und einen Schädelbeinbruch davontrug. Der letztere heilte zwar schnell, jedoch sei der rechte Arm noch nicht recht gebrauchsfit. Auch lagt der Knabe jetzt noch über Kopfschmerzen, sowie Gedächtnisschwäche. Der Arztschein bemerkte, daß es hier notwendig sei, einmal dem Bauarbeitergesetz mehr Gewicht zu verschaffen; dann müßten aber auch vom Gericht nicht immer nur Geldstrafen verhängt werden. Hauptähnlich in diesem Falle sei scharfer Vorgaben notwendig, nachdem sich ergeben habe, daß von dem Angestellten leichtfertige Angaben gemacht wurden. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht verurteilte den Angestellten zu 200 Guldenstrafe, im Nichtvermögensfalle zu 20 Tagen Gefängnis. Als Wilderungsgrund wurde angenommen, daß der Angestellte schon seit 15 Jahren am Platze ein Geschäft betreibe und noch nicht vorbestraft sei.

Saltzufen. Der Maurer Wilh. Hofmann von Göttmar fiel am 20. Januar, vor der Strafe, unternehmerische Kostümie, durch unbedeckt Kellerträger in den Keller und verlebte sich an Kopf und Armen. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er in seine Wohnung gebracht. Waren die Träger abgedeckt gewesen, dann wäre der Unfall vermieden worden. In dieser Hinsicht wird in Saltzufen überhaupt selbst gefündigt.

Stuttgart. An einem Neubau der Denzhalde wurde am 3. Januar einem Tagelöhner von einem Rollwagen der linke Unterarmel abgedreht. Der Verletzte mußte nach dem Katharinenspital gebracht werden.

ATK. Das Fassen des Betons am Eisen. Die eine Grundlage der vielseitigen Verwendung des Eisenbetons ist, wie bekannt, die Tatsache, daß sich das Eisen und der Beton in ihren Eigenschaften gegenseitig vorteilhaft ergänzen; der reine Beton ist bei gleicher Festigkeit massiv, schwer, durch die Ausrichtung mit Eisen wird er leicht und gefällig im Aussehen; der Beton schützt das Eisen gegen den Angriff durch Rosten, während das Eisen gerade in den Teilen des Betons die Festigkeit erhöht, die einer solchen Verstärkung bedürfen, nämlich in den Teilen, die Zugspannungen auszuhalten haben. Ebenso wichtig ist jedoch die zweite Grundlage der Eisenbetontechnik, ver mögde welcher die gegenseitige Ergänzung der Eigenschaften von Eisen und Beton erst möglich wird; nämlich das Fassen zwischen den Oberflächen der beiden Bestandteile. In der Tat kann ohne die erhebliche Abdäton zwischen Eisen und Beton eine Verstärkung der auf Zug beanspruchten Teile des Betons durch die Eiseneinlagen nicht zu Stande; im Gegenteil, die im Beton lose, also ohne Abdäton liegenden Eisenstäbe würden nur durch ihren Querschnitt den tragenden Betonquerschnitt verringen. Die Abdäton zwischen den Eisen- und Betonoberflächen ist der Größenordnung nach ungefähr der Abscherungsfestigkeit des Betons gleich, das heißt eine Eiseneinlage von gegebener Oberfläche (beispielsweise 100 qcm) aus dem Beton herauszureißen, erfordert annähernd die gleiche Kraft, wie die Abscherung eines Betonblödes von gleichem Querschnitt (100 qcm). Die Ursache dieser großen Haftfestigkeit kann man sich am einfachsten so vorstellen, daß sich der Beton durch sein Sätteln zusammenzieht und die eingebetteten Eisenstäbe einer Querpreßung unterwirft, die ihrerseits die Haftung zwischen den Oberflächen bewirkt. Daß eine Querpreßung tatsächlich auftritt kommt, kann man experimentell dadurch beweisen, daß die glatt bearbeiteten Eisenstäbe mit Papier umwickelt in den Beton gelegt werden. Zu ihrem Herausziehen aus dem erhärteten Beton ist alsdann ein großer Kraftaufwand notwendig, obwohl ein Zusammenkleben des Eisens mit dem Beton verhindert worden ist.

Diese bisher allgemein anerkannte Vorstellungswise über die Abdätonvorgänge hat Ingenieur Kleinjögel in seinem Buche: „Über das Eisen und die wahre Größe des Verbandes zwischen Eisen und Beton“ (Verlag Julius Springer, Berlin) auf grund angestellter Versuche einige Mahnungen fortgesetzt; er konstatierte, daß die Bewirkung der Haftfestigkeit nicht so sehr auf die Querpreßung als vielmehr auf die eigentliche Abdäton — man könnte mit einem deutschen Wort vielleicht „Zusammenziehung“ — sagen — zurückzuführen ist. Diese Erfahrung der Vorgänge ist um so bedeutsamer, als die Motivierung durch die Querspannung eine Lücke offen läßt; man wußte nämlich schon lange, daß die Erfahrung, daß Schen des Betons, nur in der Luft eine Zusammenziehung (Kontraktion) mit sich bringt, während derselbe Vorgang unter Wasser eine Ausdehnung (Dilatation) bewirkt. Nach den bisherigen Theorien müßten sich also die Eisenstäbe im Beton unter Wasser locken, wohingegen die Erfahrung zur Genüge zeigt, daß das Fassen zwischen Eisen und Beton unter Wasser noch viel leistungsfähiger ist als in der Luft. Offenbar treten hierbei chemische Reaktionen auf, zu denen das Vorhandensein von Wasser Hauptbedingung ist und die eine erhöhte Abdäton auch ohne Querpreßung herborruzen. Vor älteren, mehr oder weniger angenäherten Versuchen abgesehen, hat Professor von Bach in Stuttgart im Jahre 1905 „Versuche über den Gleitwiderstand“ einbeworbenen

Eisens“ ausgeführt, die die ersten sicheren Aufschluße über diesen Gegenstand auf Grund systematischer Forschung gegeben haben. Es hat sich zunächst herausgestellt, daß die Abdäton um so schwächer ist, je länger der eingeübte Eisenstab. Was den günstigsten Winkelwinkel zur Erzielung einer möglichst festen Abdäton betrifft, fand Prof. v. Bach, daß man ein Interesse hat, so wenig Winkel zu wählen, daß die Verlustförmere gerade noch hergestellt werden können. Beispielsweise soll 12 ° vgl. Winkel den geeignetesten Winkel für folgende Verbindung geben: 3 Teile Sand von 0 bis 5 mm Körnung, 2 Teile Kies von 5 bis 15 mm Körnung, 1 Teil Portlandzement. Je weniger Sand genommen wird, um so weniger Winkel nötigt, unter sonst gleichen Verhältnissen, zugesetzt werden. Eine merkwürdige Erweiterung ist die Erhöhung des Gleitwiderstandes (d. h. der Abdäton) durch Erhöhung, denen die Eisenstäbe beim Einspannen ausgetragen wird. Möglicherweise sammelt sich etwas flüssiger Betonklebstoff um die Stäbe, wodurch eine innigere Verbindung mit der Betonmasse entsteht. *

Rund- oder Rautenholtz. Der unter dieser Spitzname in Nr. 2 erschienene Aufsatz bedarf einer Berichtigung. In der zweiten Spalte im dritten Absatz von oben ist bei der Korrektur eine Zeile stehen geblieben, die dort getrichen werden muß. Der ganze Satz muss heißen: „Wird mit Rautenholtz gerüstet und man legt die Rahmen auf rechtig geschnittene Steifen oder Stempel, und stellt man — wie es bei der Art der Rüstungen gehabt habt wird — die Steifen zum nächsten Gerüstboden gleich wieder auf und befestigt sie, so könnte man in manchen Fällen, wenn die Arbeit sauber ausgeführt wird, sagen, daß der Rahmen eingespannt wird. Wenn Rautenholtz scheidet diese Annahme aus, weil“ usw.

Vereinen ermächtigt, deren Zusage zum ersten, vierten und fünften Punkte zu erklären.“ Außerdem werden bei sechs andern, zum Teil sehr großen Firmen, bei denen vor der Aussperrung Veränderungen gezeigt waren, es jedoch noch nicht zur Rücksicht genommen. Auch die Arbeit ist sowohl technische Schwierigkeiten nicht im Wege standen, allgemein am 15. Januar erfolgt. Im letzten Augenblick sind die dreißig Organisierten noch davongelaufen, indem sie aus der Reinerkommunion austreten und haben, ohne die Entscheidung der Freigemeinde abzuwarten, die Einheitlichkeit gefördert, um ihre Mitglieder in die Betriebe hinzugezogen.

Ein neues Organ für Arbeiterrichtung gibt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als Beilage des „Correspondenzblattes“ heraus, dessen erste Nummer der Nr. 2 des „Correspondenzblattes“ beigegeben wird. Das Bedürfnis nach einem solchen Organ wurde schon seit Jahren in den Kreisen der Arbeiterschaft und Ausländervertreter in der Arbeiterversicherung und in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sehr lebhaft empfunden. Der Wunsch nach der Schaffung eines neuen selbständigen Organs, das die Praxis des Arbeiterrichts auf allen Gebieten erläutert, die wichtigeren Urteile und Urteilsgründe registriert und einer sozialen Rechtsauffassung die Wege ebnet, konnte indes seither nicht befriedigt werden, weil der Inhalt eines solchen Blattes auch für alle Gewerkschaftsvertreter von hohem Interesse war und weil sich eben ein Abnehmerkreis darum im wesentlichen mit dem des „Correspondenzblatt“ deckte, wobei würde hinzugefügt werden. Es wurde deshalb versucht, durch das „Correspondenzblatt“ selbst, solange es mit seinen allgemeinen Aufgaben zu vereinbaren war, auch den speziellen Bedürfnissen der Arbeiterschaft und der in der Praxis des Arbeiterrichts tätigen Arbeitersvertreter gerecht zu werden, das folglich das enorme Anwachsen des Stoffes eine Erweiterung unmöglich machte. So entschloß sich die Generalkommission, zugleich einem Wunsche der zweiten Konferenz der Arbeiterschaftsvereine 1911 zu Dresden entsprechend, zu der Herausgabe einer „Arbeiterrichtungszeitung“. Die zugleich monatlich einmal im Umfang von acht Seiten, später nach Bedarf in größerem Umfang erscheinende soll. In dem neuen Blatt sollen die Gebiete der Arbeiterschaft, Angestellten- und Privatversicherung, des Arbeits- und Dienstvertrages, des bürgerlichen Rechts, des Sozialrechts, Vereins- und Verbindungsberechts, des Preberechts, des Strafrechts und des Zivil- und Strafprozeßrechts sowohl durch Geistes, die in der Praxis des Arbeiterrichts tätig sind, als auch durch Sachverständige, juristische und ärztliche Mitarbeiter behandelt werden. Die „Arbeiterrichtungszeitung“ soll sich indes auf Abhandlungen in der Praxis des Arbeiterrichts beschränken, während alle Fragen der Reformen nach wie vor im „Correspondenzblatt“ selbst erörtert werden. Die „Arbeiterrichtungszeitung“ Nr. 1 bringt außer einem Einführungsschreiben eine Arbeit von Reichsanwalt Dr. H. Sünther-Frankfurt a. M. über „Tativertragspflichten“, eine Information über die neuen Vorschriften des Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, eine übersichtliche Darstellung der Rechtsprechung bei Entschädigungspflichtigen, Handverleihungen sowie eine Reihe interessanter Entscheidungen aus der Praxis der Unfall- und Krankenversicherung, der Gewerbe- und Vereinsrechts und des Sozialpflichtigkeitsrechts. Mögliche neue „Arbeiterrichtungszeitung“ des „Correspondenzblatt“ soll so ausgestaltet werden, daß sie allen Ansprüchen genügen und dazu beitragen kann, die in der Arbeiterversicherung tätigen Gewerken mit brauchbarem Material zur täglichen Bereitung der Arbeiterrichtungen zu verhelfen.

Die „ersparten“ Gewerkschaftsbeiträge. Der „Reichsbot“ und andere vom Reichsverband verorfene Blätter brachten vor einiger Zeit eine rührende Geschichte von einem Arbeiter, der sich im Laufe von 15 Jahren durch sein Fernbleiben von der Arbeitserwerbung ab 4418 erpart haben und dadurch in den Stand gebracht sein wollte, sich ein Häuschen mit Garten kaufen zu können. Der Solitarbeiterverband ist nun den Zahlen nachgegangen und hat festgestellt, daß es sich um Phantasierechnungen handelt, bei denen alle Möglichen und unmöglichen zusammengerechnet wurde, um die Ausgaben für die Arbeitserwerbung recht hoch erscheinen zu lassen. Dictem Beispiel haben die Solitarbeiter eine Klärung der Ausgaben gegenübergestellt, die von den Mitgliedern in den letzten 15 Jahren, von 1896 bis 1910 für den Verband geleistet wurden. Diese Aufstellung ist genau den Abrechnungen des Verbandes gemacht und faßt daher von jedem auf Heller und Pfennig nachgeprüft werden. Es hat dann jedes Verbandsmitglied von 1896 bis 1910 durchschnittlich 226,30 Verbandsbeiträge und M. 18,83 Extrabeiträge, zusammen also in 15 Jahren M. 245,20 bezahlt. Mindestens man dazu, die Beiträgen bei Versammlungen, sagen wir 26 Versammlungen à 30 S. pro ergibt das im Jahre M. 7,80 oder in 15 Jahren M. 117. Davon ist abzuziehen, was die Mitglieder durch Unterstellungen an ihrem Gelde zurückgehalten haben. Es sind dies im Durchschnitt der 15 Jahre M. 110,87 direkte Ausgaben, die macht pro Jahr M. 7,19, und wenn man die Kosten für Versammlungen dazurechnet, eine Jahresausgabe von M. 15,19. Nun ist aber zu berechnen, was den Mitgliedern an Lohnabnahmen und Arbeitserwerbung durch den Verband errungen wurde. Nach der Verbandsstatistik betrug 1899 die Arbeitszeit im Durchschnitt 61,5 Stunden und der Wochentakt M. 18,60. Die Gablen veränderten sich bis 1906 auf 57 Stunden und M. 25,18. Im Durchschnitt hat also jeder Solitarbeiter in dieser Zeit bei einer Arbeitszeitverkürzung von 4½ Stunden pro Woche eine Lohnersparnung von M. 390 im Jahre zu verzeichnen. Seit 1906 sind aber mit Hilfe des Verbands weitere Verbesserungen durchgesetzt worden. So gelang es von 1906 bis 1910 für 129 Solitarbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2,2 Stunden durchzusetzen, und für 215,172 solle-

Gewerkschaftliches.

Die Tabakarbeiteraussperrung siegreich beendet. Der große Kampf, der die Tabakarbeiter Deutschlands ein Beteiligung lang in Spannung erhielt und dessen Verlauf auch sonst in der gesamten deutschen Arbeiterschaft sehr großes Interesse verursachte, hat nunmehr mit dem Siege der Tabakarbeiterfeind Ende gefunden. Um den Erfolg zu würdigen, muß man sich einmal kurz den Gang des Kampfes vergewissern. Bei einer Firma in Bielefeld und bei Lemgoer Firmen wurden, nachdem bereits eine Anzahl Firmen in Westfalen und Lippe Lohnzulagen gemacht hatten, Forderungen gestellt; die wurden von den Unternehmen abgelehnt. Darauf traten die Arbeiter dieser Firmen in den Streit. Nun beschloß am 20. September 1911 der Westfälischen Zigarettenfabrikantenverband, die sämtlichen organisierten Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen auszusperren, falls nicht bis zum 28. September in den bestreiten Betrieben die Arbeit bedingt werden sollte. Wiederum erneut von acht Seiten, später nach Bedarf in größerem Umfang erscheinende soll. In dem neuen Blatt sollen die Gebiete der Arbeiterschaft, Angestellten- und Privatversicherung, des Arbeits- und Dienstvertrages, des bürgerlichen Rechts, des Sozialrechts, Vereins- und Verbindungsberechts, des Preberechts, des Strafrechts und des Zivil- und Strafprozeßrechts sowohl durch Geistes, die in der Praxis des Arbeiterrichts tätig sind, als auch durch Sachverständige, juristische und ärztliche Mitarbeiter behandelt werden. Die „Arbeiterrichtungszeitung“ soll sich indes auf Abhandlungen in der Praxis des Arbeiterrichts beschränken, während alle Fragen der Reformen nach wie vor im „Correspondenzblatt“ selbst erörtert werden. Die „Arbeiterrichtungszeitung“ Nr. 1 bringt außer einem Einführungsschreiben eine Arbeit von Reichsanwalt Dr. H. Sünther-Frankfurt a. M. über „Tativertragspflichten“, eine Information über die neuen Vorschriften des Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, eine übersichtliche Darstellung der Rechtsprechung bei Entschädigungspflichtigen, Handverleihungen sowie eine Reihe interessanter Entscheidungen aus der Praxis der Unfall- und Krankenversicherung, der Gewerbe- und Vereinsrechts und des Sozialpflichtigkeitsrechts. Mögliche neue „Arbeiterrichtungszeitung“ des „Correspondenzblatt“ soll so ausgestaltet werden, daß sie allen Ansprüchen genügen und dazu beitragen kann, die in der Arbeiterversicherung tätigen Gewerken mit brauchbarem Material zur täglichen Bereitung der Arbeiterrichtungen zu verhelfen.

Die „ersparten“ Gewerkschaftsbeiträge. Der „Reichsbot“ und andere vom Reichsverband verorfene Blätter brachten vor einiger Zeit eine rührende Geschichte von einem Arbeiter, der sich im Laufe von 15 Jahren durch sein Fernbleiben von der Arbeitserwerbung ab 4418 erpart haben und dadurch in den Stand gebracht sein wollte, sich ein Häuschen mit Garten kaufen zu können. Der Solitarbeiterverband ist nun den Zahlen nachgegangen und hat festgestellt, daß es sich um Phantasierechnungen handelt, bei denen alle Möglichen und unmöglichen zusammengerechnet wurde, um die Ausgaben für die Arbeitserwerbung recht hoch erscheinen zu lassen. Dictem Beispiel haben die Solitarbeiter eine Klärung der Ausgaben gegenübergestellt, die von den Mitgliedern in den letzten 15 Jahren, von 1896 bis 1910 für den Verband geleistet wurden. Diese Aufstellung ist genau den Abrechnungen des Verbandes gemacht und faßt daher von jedem auf Heller und Pfennig nachgeprüft werden. Es hat dann jedes Verbandsmitglied von jedem auf Heller und Pfennig nachgeprüft werden. Es hat dann jedes Verbandsmitglied von 1896 bis 1910 durchschnittlich 226,30 Verbandsbeiträge und M. 18,83 Extrabeiträge, zusammen also in 15 Jahren M. 245,20 bezahlt. Mindestens man dazu, die Beiträgen bei Versammlungen, sagen wir 26 Versammlungen à 30 S. pro ergibt das im Jahre M. 7,80 oder in 15 Jahren M. 117. Davon ist abzuziehen, was die Mitglieder durch Unterstellungen an ihrem Gelde zurückgehalten haben. Es sind dies im Durchschnitt der 15 Jahre M. 110,87 direkte Ausgaben, die macht pro Jahr M. 7,19, und wenn man die Kosten für Versammlungen dazurechnet, eine Jahresausgabe von M. 15,19. Nun ist aber zu berechnen, was den Mitgliedern an Lohnabnahmen und Arbeitserwerbung durch den Verband errungen wurde. Nach der Verbandsstatistik betrug 1899 die Arbeitszeit im Durchschnitt 61,5 Stunden und der Wochentakt M. 18,60. Die Gablen veränderten sich bis 1906 auf 57 Stunden und M. 25,18. Im Durchschnitt hat also jeder Solitarbeiter in dieser Zeit bei einer Arbeitszeitverkürzung von 4½ Stunden pro Woche eine Lohnersparnung von M. 390 im Jahre zu verzeichnen. Seit 1906 sind aber mit Hilfe des Verbands weitere Verbesserungen durchgesetzt worden. So gelang es von 1906 bis 1910 für 129 Solitarbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2,2 Stunden durchzusetzen, und für 215,172 solle-

Löhnerhöhung von M. 86 im Jahre zu erobern. Das war für die große Hälfte, nämlich für 195.530 Kollegen möglich, ohne durch Arbeitseinstellung zu befürden. Drei Delegierte zu seien. Aber auch der Teil der Kollegen, der zur Arbeitseinstellung gezwungen mußte, hat dabei noch seine Rechnung gefunden. So waren im Jahre 1910 23 Kollegen an Streiks und Aussperrungen beteiligt. Sie hatten einen Lohnausfall von M. 1.930.697. Davon wurden durch Streikunterstützung vergütet M. 1.204.048, so daß noch ein Verlust von M. 726.654 verbleibt. Diesem Verlust steht aber der Gehinn an Lohnverzehrung gegenüber, und dieser beträgt für ein Jahr M. 2.048.891. Dazu die Erfolge, die 70.487 Kollegen bei Lohnbewegungen ohne Streik erreicht haben, ergibt nach Abzug obigen Verlustes eine Summe von M. 7.638.577, die den Holzarbeitern aufsteht. Das wurde erreicht durch die Osterwilligkeit und den Zusammenschluß der Holzarbeiter. Bedenkt man nun noch, daß der angebliche „Spater“ der Gewerkschaftsbeiträge pro Jahr durchschnittlich mehr als M. 300 wären, so verdiene hätte, wenn nicht die organisierten Holzarbeiter durch ihre Organisation und ihre Osterwilligkeit die Löhne erhöht hätten, dann versteht man jetzt die Gräßlichkeit, die in der rühmenden Hervorhebung des Sparten der Gewerkschaftsbeiträge liegt. Es ist doch wahrlieh nichts Schönes, als Schnarreker auf Kosten anderer zu leben!

Ein gewerkschaftlicher Kampf und Sieg in Russland. Seitdem die russischen Gewerkschaften infolge des Zusammenbrechens der Revolution vor den russischen Machthabern erneut drangsaliert und verfolgt werden, ja daß sie oft nur auf illegalen Wege ihr Ziel, die Verbesserung der Lage der Arbeiter, verfolgen können, hört man nur selten von ihnen. Und noch seltener erfüllt man etwas von Siegen, die sie den bedrohlichen Verfolgungen zum Trotz erringen könnten. Da ist es sehr erfreulich, daß jetzt das Auslandsomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeitersbundes in Litauen, Polen und Russland von einem schönen Sieg der Vorstenarbeiter im Nordwesten berichtet. Seitdem die russischen Gewerkschaften infolge des Zusammenbrechens der Revolution vor den russischen Machthabern erneut drangsaliert und verfolgt werden, ja daß sie oft nur auf illegalen Wege ihr Ziel, die Verbesserung der Lage der Arbeiter, verfolgen können, hört man nur selten von ihnen. Und noch seltener erfüllt man etwas von Siegen, die sie den bedrohlichen Verfolgungen zum Trotz erringen könnten. Da ist es sehr erfreulich, daß jetzt das Auslandsomitee des Allgemeinen jüdischen Arbeitersbundes in Litauen, Polen und Russland von einem schönen Sieg der Vorstenarbeiter im Nordwesten berichtet. Die Bewegung der jüdischen Vorstenarbeiter ist, wie uns das genannte Komitee mitteilte, einer der ältesten Zweige der jüdischen Arbeiterbewegung Russlands. Durch seitige Organisations- und planmäßigen unablässigen Kampf ist es den Vorstenarbeiter gelungen, dem Unternehmertum bedeutende Zugeständnisse abzuringen, vor allem (im stürmischen Jahre 1905) den Aktionsdienst. Um diesen zu vernichten, sperrten die Unternehmer im Sommer 1909 in den ganzen Raum der Vorstendproduktion, mit Ausnahme von Melschetschi (Gouvernement Siedeb), die Arbeiter aus. Nach mehrmonatlichem Kampf blieb der Aktionsdienst bestehen, doch waren die Arbeiter unglücklich geschwächt, und als im Herbst desselben Jahres die Unternehmer wiederum eine Aussperrung erklärten, gelang es ihnen, überall, mit Ausnahme von Melschetschi, fast ohne auf Widerstand zu stoßen, einen neuen und an manchen Orten einen zehnmonatigen Arbeitszeittag einzuführen. Melschetschi war den Unternehmern ein Dorn im Auge, und Anfang vorigen Jahres sperrten sie dort ihre Arbeiter aus. 17 Wochen lang schwante das Schrecken, gefürchtet des Hungertodes über 2000 melschetscher Vorstenarbeiter (meisten Familienälter), sie hielten es aber aus, und die Fabrikanten mußten nachgeben. Unterdessen rüsteten die Arbeiter in den Städten des Vorstendraufs, wo die Arbeitszeit-Tage 1909 verlängert wurde, zum Kampf, und bald nach Beendigung der melschetscher Aussperrung traten sie in den Streit zur Wiederherstellung des Aktionsdienstes. Es standen nun die Vorstenarbeiter der Gouvernements Melschetschi, Kowno, Minsk, Smolensk in zweifelhaftem Kampf mit den Schafnäckern der Vorstendproduktion. Siegnet man die Angehörigen der Arbeiter hinzu, so sind es über 8000 Menschen, die drei Monate lang dem Hunger und Elend preisgegeben waren. Für die Klasseziehung des jüdischen Proletariats ist von besonderem Interesse die Tatsache, daß sich die Fabrikanten, die alle ebenfalls Juden sind, Streitbrecher aus dem Gefügel der Schwärzen hunderte, aus den inneren Gouvernements, herbeizwischen ließen. Zum Kampf gegen die jüdische organisierte Arbeiterschaft sind dem jüdischen Unternehmertum Pogrombanditen gut genug. Die Fabrikanten hatten aber mit diesem Gefügel kein sonderliches Glück. Allerdings arbeiteten sie zehn Stunden täglich, was aber ein Streitbrecher eines ganzen Tag leistete, wurde in der Regel von einem jüdischen Arbeiter in einigen Stunden fertig gemacht. Selbstverständlich war auch die Polizei dabei, den Fabrikanten Weißbrote zu leisten. Auf direkte Anweisung einiger Fabrikanten wurden in mehreren Städten Verhaftungen und Aussperrungen vorgenommen. Ein alter Arbeiter, der die Strafanzeige der Etappe nicht entzogen konnte, starb im Gefängnis. Unbeugsam segneten die Arbeiter ihren Kampf fort. Ihnen kam ein Hilfeschein aus Russland, der einen jüdischen Arbeiterschützer, einen zweifelhaften Greis, der Verwalter einer Fabrik seines eigenen Sohnes in Borensch war, machte durch ihn zu Beginn des Streits, eine Denunziation an die Polizei zu unterbreiten, auf Grund deren 18 Arbeitermeistereien Familienälter, als „Aufseher“ verhaftet wurden. Das Gewissen quälte den alten Mann, und als nach einiger Zeit sein Sohn und andere Unternehmer sich weigerten, für die Freilassung der Verhafteten zu sorgen, begab er sich nach dem nahestehenden Brunnen, versankte das Todesgeschle und stürzte sich in die Tiefe. Man wollte ihn retten und warf ihm einen Stein nach, der weigerte sich aber, Hilfe anzunehmen und ertrank. Bald nach Beendigung des Streits wurde der fünfte Verbandstag der Vorstenarbeiter abgehalten, der eine reiche Tagessordnung zu erledigen hatte. Es beteiligten sich am Verbandsstag zehn Delegierte, die zwölf Ortsgruppen des Verbandes vertreten. Ein Vorsteher des Zentralbüros beschloß und ein Delegierter des Zentralausschusses des „Bund“.

Keine Zahl der Delegierten erklärt sich dadurch, daß der Verband, der den Allgemeinen jüdischen Arbeitersbund aufgestellt ist, eine illegale Organisation ist und daher keine Sitzungen abhalten müsste. Durch die illegale Existenz ist die Tätigkeit des Verbandes in jeder Hinsicht außerordentlich erschwert.

Soziales.

Aus der Reichsversicherungsordnung.

1. Krankenversicherung.

Der § 189 der Reichsversicherungsordnung besagt, daß einem Berichterstatter, der Krankengeld gleichzeitig aus einer andern Versicherung erhält, von der Krankenkasse die Leistungen so weit geltend zu machen, kann, daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Die Satzung kann die Kürzung ganz oder teilweise ausschließen. Nach Hoch-Reichsversicherungsordnung Seite 75, ist „andere Versicherung“ jede Einrichtung, die auf dem Sicherungsprinzip beruht, zum Beispiel Bürgerschlafkassen, Versicherungsverein usw.

Nach dem bisherigen Rechte ist eine „Versicherung“ im Sinne des § 189 nur als vorliegend anzusehen worden, wenn ein Rechtsanspruch auf die Leistung gegeben war. Dies wurde auch als Auffassung des Entwurfs von einem Regierungsvorsteher bestätigt. Zur Klärstellung der Rechtslage wurde dann in der ersten Lesung von der Reichstagskommission nach den Worten „anderen Versicherung“ hinzugefügt: „Die ihm einen Rechtsanspruch auf Krankenhilfe gibt.“ In der zweiten Lesung wurde dieser in erster Lesung beschlossene Zusatz jedoch wieder gestrichen, nachdem ein anderer Regierungsvorsteher unter andern folgendes erklärt hatte: „Der Zweck des Gesetzes sei, Doppelleistungen über den durchschnittlichen Betrag des Arbeitsverdienstes hinaus auszuschließen.“ Diesem Zweck entspricht es, die Vorschrift mit dem Entwurf „auf die tatsächliche Leistung“ abzustellen. Die Beschränkung auf Nebenversicherungen, die einen Rechtsanspruch gewähren, sei um so weniger berechtigt, als tatsächlich auch die Arbeiterorganisationen, die keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung geben, diese ausnahmslos in allen Fällen ausschließen. Auch das sei richtig, daß der Kommissionsbeschluss (erster Lesung) zu einer unerwünschten Verschiedenheit der Handlung der einzelnen Arbeiterorganisationen führe. Aus allen diesen Gründen bitte man den Zusatz erster Lesung zu streichen und den Antrag zur Simulation nicht dadurch zu vermehren, daß der Versicherer in einzelnen Fällen einen größeren Betrag an Unterstützung beziehen könnte, als er in gefundenen Tagen verdiente.“ Der Zusatz erster Lesung wurde dann auch gestrichen und der § 189, wie eingangs erwähnt, angenommen. Nachdem nur zwei Regierungsvorsteher während der Kommissionsberatungen, ganz gegenseitige Ausführungen gemacht hatten, entstand gleich nach Annahme der Reichsversicherungsordnung Streit darüber, ob bei der Kürzung des Krankengeldes auch die Bezüge aus den Gewerkschaften anzurechnungsfähig seien. Im Interesse der Versicherten werden wir selbstverständlich verstehen, daß entsprechend den Ausführungen des ersten Regierungsvorsteher als „Versicherung“ nur eine solche zu gelten hat, auf deren Leistungen ein Rechtsanspruch besteht. Ob sich die neue Rechtsprechung dem anschließen wird, ist nicht vorzusagen. Zu erwähnen ist nur noch, daß Regierungsrat Hoffmann und Stadtrat Dr. Freudenthal in ihrem Kommentare zur Reichsversicherungsordnung schon den Standpunkt vertreten, daß die Krankengeldförderung nach § 189 auf den „anderweitigen Bezug“ einen Rechtsanspruch nicht voraussetze. Dem tritt Amtsgerichtsrat Hahn, ebenfalls ein bedeutender Kenner der Krankenversicherung, in der Zeitschrift „Arbeiterverzehrung“ mit ausführlicher Begründung entgegen und betont, daß als „Versicherungen“ nur solche in Betracht kommen, die einen Rechtsanspruch gewähren. Da nach alledem die Frage bis zu einer höchstgerichtlichen Entscheidung noch streitig bleibt, so kann den Vertretern der Krankenkassen nur angeraten werden, in den neuen Satzungen, die mit Inkrafttreten der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung eingefügt werden müssen, die Kürzung des Krankengeldes bei der Doppelversicherung ganz auszuschließen.

2. Unfallversicherung:

Nach dem § 488 der Reichsversicherungsordnung können die Berufsgenossenschaften Einrichtungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Unfallverletzte treffen. In welcher Weise solche Einrichtungen getroffen werden sollen, darüber enthält das Gesetz nichts. In der Zeitschrift „Arbeiterverzehrung“ wird auch zu dieser Frage Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß unter „Beschaffung von Arbeitsgelegenheit“ zweierlei zu verstehen sei: 1. Stellenvermittlung; 2. Errichtung von Arbeitsstätten. Die Arbeitsstätten könnten sehr verschiedener Art sein. Es könnten zum Beispiel Schulen eingerichtet werden, in denen Schreib-, Flecken- und Lesearbeitszeit erteilt wird. Auf diese Weise würde den Verletzten Gelegenheit gegeben, sich die Fähigkeit zu einer Bureauausbildung zu erwerben. Es könnten aber auch Werkstätten betrieben werden, in denen geziogene Handwerke gelehrt würden; ferner Agrarwirtschaft und nach Bedarf gewerbliche Betriebe jeder Art geschaffen werden, in denen Verletzte so lange beschäftigt würden, bis sie ihnen eine andere Arbeitsgelegenheit bietet. Für ganz besonders schwere Fälle würden dann noch Asylheime, in denen die Verletzten künstlich dauer-

ende Unterkunft finden könnten, zu gründen sein. Wenn nun die neuen Einrichtungen auf dem Prinzip beruhen, den Verletzten wirtschaftlich zu helfen, so können diese eine segensreiche Tätigkeit entfalten. Das Gegenteil würde aber eintreten, wenn die Berufsgenossenschaften in der Hauptsozialen darauf bedacht wären, mit Hilfe der Einrichtungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, den Verletzten die Menge so bald wie möglich zu lüften oder sie eventuell gänzlich zu entziehen. Von den Berufsgenossenschaften wird es also abhängen, ob sie mit den zu schaffenden neuen Einrichtungen das Vertrauen der Verletzten gewinnen. Die Teilnahme an solchen Einrichtungen ist nach § 844 der Reichsversicherungsordnung eine freiwillige. Macht ein Berichterstatter von einer Arbeitsgelegenheit, die ihm die Genossenschaft anbietet, keinen Gebrauch, so darf ihm nach der Begründung zum Gesetz die Rente deshalb nicht gefügt werden.

3. Invalidenversicherung.

Über die Vorenthalterung der Invalidenkarte wurden schon unten, jebligen Gesetzes fast täglich Klagen der Berichterstatter laut. Die Zurückbehaltung der Karte wider den Willen des Versicherten war schon bisher nicht statthaft und auch strafbar. Nach dem § 1425 der Reichsversicherungsordnung darf nur auch nach neuem Recht eine Quittungskarte gegen den Willen des Inhabers nicht vorenthalten werden. Dies gilt nicht für die zuständigen Stellen, wenn sie die Karten zu Zwecken des Umtausches, der Verlängerung, Aufzeichnung, Übertragung, Beitragsverwahrung oder beim Eingangsverfahren zurück behalten. Bei Karten dieser Vorschrift zuwiderrichtig ist, ist die Karte im übrigen für die Berechtigten für Nachteile hieraus verantwortlich. Die Ortsbehörde nimmt die Karte ab und händigt sie dem Berechtigten aus. Personen, die nun dem Berechtigten eine Quittungskarte widerrechtlich vorenthalten, werden mit Geldstrafe bis zu M. 300 oder mit Haft bestraft, wenn nicht nach andern gesetzlichen Vorschriften härtere Strafe verübt ist (§ 1490 der Reichsversicherungsordnung). Wichtig ist auch die gesetzliche Bestimmung, wonach die Ortsbehörde dem Berechtigten die Karte sofort zu besorgen hat. Auf Grund der §§ 1419 und 1455 haben nun die obersten Verwaltungsbehörden (Ministerium) eine Anreihung für die Quittungskartenausgabe erlassen. Die Preußen — wodurch sich die andern Bundesstaaten wohl wenig unterscheiden dürften — enthalten nun über die Vorbereitung der Invalidenkarte unter Ziffer 32 folgende wichtige Bestimmung: „Hebt einem Versicherten die Karte, weil sein Arbeitgeber die bisherige noch verwendbare Karte widerrechtlich einbehält hat, so ist eine neue Karte mit der aus der Nummer der zurückbehaltenden Karte folgenden Nummer auszustellen und, durch Vermittlung der zuständigen Polizeibehörde dem Arbeitgeber die alte Karte abzunehmen und sie bei bestellung auf Grund des § 1490 der Reichsversicherungsordnung herbeizuführen. Die abgenommene Karte ist wie eine zum Umtausch vorgelegte Karte zu behandeln. Schenkt einem Versicherten die Karte, weil er es unterlassen hat, sie sich von dem früheren Arbeitgeber zurückzugeben zu lassen, obwohl dieser zur Ausbildung bereit ist, so hat die Ausgabestelle auf den Verletzten einzutwirken, daß er die Karte im eigenen Interesse beschafft. Dieser Einwirkung kann in geeigneten Fällen (zum Beispiel bei Kontraktbrüchen) Versicherer vor der Ortspolizeibehörde durch Androhung und Verhängung von Geldstrafen bis zu M. 10 Nachdruck verschafft werden. Auch kann die Ausgabestelle die Karte auf Kosten des Verletzten befreien.“ Hierach kann den Versicherten nur der dringende Not erlaubt werden, in allen Fällen — selbst bei Kontraktbruch — beim Verlassen der Arbeitsstelle die Karte vom Arbeitgeber zu verlangen. Nur dort, wo die Invalidenbeiträge durch die Krankenkassen eingezogen werden (also wo das Eingangsverfahren besteht), wie dies zum Beispiel in Sachsen, Thüringen, den Rheinprovinzen und der Pfalz ist, muß die Karte von der Krankenkasse zurückverlangt werden. Wo aber der Unternehmer die Karte in Verwahrung hat und er verzweigt auf Auflösung des Arbeitsvertrages die Herausgabe, dort hat die Polizeibehörde einzutreten. Wichtig für den Versicherten ist noch, daß ihm die Quittungskartenausgabe sofort eine neue Karte auszuüben hat. Damit kann sich der Arbeitgeber anderweitige Beschäftigung suchen und braucht nicht erst abzunehmen, bis die Ortsbehörde die einbehaltene Karte herbeigeschafft hat. Diese Karte wird dann nachher aufgerechnet und dem Versicherten über die darin enthaltenen Werte eine Aufzeichnungsberechtigung ausgestellt. Diese Aufzeichnungsberechtigungen wollen die Versicherten langfristig aufheben. Ganz ähnlich die eine oder andere Vorschrift, dann stellen die Versicherungseinheiten, hierüber auch ein Duplikat aus. Zum Schluss ist noch darauf hinzuweisen, daß die abgeleiteten Karten bei denjenigen Verwaltungen aufzubewahren werden, in denen die eigene Karte ausgestellt worden ist. Den Namen dieser Anstalt er sieht man auf seiner Karte.

Soziale Rechtsprechung.

Aus dem Gewerbege richt Berlin. Wann ist ein Arbeitsverhältnis zu stande gekommen? Gegen die Aktiengesellschaft für Beton- und Monierbau in Berlin tratte jener Bauarbeiter, in folgender Sache als Mäger auf. Beklagte Gesellschaft hatte bei dem Arbeitsnachweis des Bauarbeiterverbandes 20 Bauarbeiter. Es war gerade Hochsommer im Baugewerbe, weswegen der Arbeitsvermittler mit jenen 20 Leuten nach dem Plan der Gesellschaften den Kontakt aufnehmen konnte. Als diese jenen Arbeiter, unter denen sich einmal bei der Firma gearbeitet hatte, und Dampfheizer gewesen waren, auf dem Plan erschienen, würden sie alle des einen Arbeiters wegen zurück-

gewesen und nicht eingestellt. Die Arbeiter erachteten ein GuVtandesform eines Arbeitsverhältnisses mit der Bestellung der Arbeiter beim Arbeitsnachweis als gegeben. Die befragte Firma bestätigt dies und behauptet, daß ihr von andern Arbeitsnachweisen, teils eine genügende Anzahl Leute gesucht würden, damit sie sich solche ausuchen könne, die ihren Ansprüchen am besten genügen. Das Gericht hatte beschlossen, den Leiter des Arbeitsnachweises des Bauarbeiterverbandes, Haege, als Beugen darüber zu vernehmen, ob die von der befragten bestellten Leute als bestimmt einzustellen angesehen werden könnten; ferner, ob das Regulat des Arbeitsnachweises unzweckmäßig festlege, daß die bestellten Arbeiter von der Firma in Frage kommenden Firma unter allen Umständen eingestellt werden müßten und, wenn dies der Fall sei, ob dies der befragten befannst. Beuge Haege erklärte, daß in der Regel die bei dem Arbeitsnachweis bestellten Leute auch eingestellt würden. Säße die Beilage genein, daß sie sich Leute aussuchen wolle, dann würde er dies den vorhandenen Arbeitssuchenden mitgeteilt haben. Ob dann allerdings jemand zu der befragten hingegangen wäre, müßte er beweisen. Redenfalls steht fest, daß durch die Manipulation der befragten die Kläger infolge geschädigt worden sind, als ihnen andere Arbeit angeboten war, die sie nach Auffassung der befragten ausschlugen. Der Arbeitsnachweis als solcher habe ja nun kein Recht, die Arbeitgeber zur Einstellung der bestellten Leute zu zwingen, da er nur einseitig von Arbeitern verfaßt wurde. Nach dieser Klärung des Sachverhalts erklärte sich das Gewerbege richt für nicht zuständig. Es erachtete das Zustandekommen eines Arbeitsverhältnisses als nicht gegeben, demgemäß müßten die Kläger, wenn sie sich durch die Firma geschädigt fühlen, ihre Ansprüche durch Klage beim Amtsgericht gestellt machen.

Einen Postengesellen kann keine Stellvertreterbefugnis zugemutet werden. Auf einem Neubau des Maurermeisters Schmidt war der Maurer Schwarz als Postengeselle beschäftigt. Von dem Bruder des Gesellen hatte der Meister sich Rüstzeug geliehen, das von dem Meister zu einer Zeit von dem Bau geholt wurde, als Schwarz noch dort beschäftigt war. Schwarz hatte den Meister vorher von dem beabsichtigten Abholen des Rüstzeuges auf Veranlassung seines Bruders in Kenntnis gesetzt. Weil dabei nun auch Stücke mitgenommen wurden, die dem Meister gehörten, glaubte dieser sich an dem Lohn des Gesellen abholen zu können und zog ihm, als er drei Tage später entlassen wurde, M. 29,70 vom Lohn ab. Schwarz klagte beim Gewerbege richt auf Auszahlung des verdienten Lohnes. Auf Grund der fortwährenden Verhandlung gab der Vorstande dem befragten den Rat, freiwillig den Lohn herauszuzahlen. Kläger war bei ihm nur als einfacher Geselle beobachtet gewesen, durfte sich demnach keinerlei Stellvertreterbefugnisse herausnehmen, wie sie einem Sohler oder Geschäftsführer zuteilten. Wenn der Bruder des Klägers als Stellvertreterleiter sich Rüstzeug angeeignet habe, daß dem befragten gehörte, so stehe diesem das Recht zu, dagegen geeignete Schritte zu unternehmen. Seinen Gesellen dürfe er jedoch nicht dafür hartbar machen, wenn sich dessen Bruder verhindern läßt. Diese Rechtschlehrung hatte den Erfolg, daß der befragte den einbehaltenden Lohn freiwillig herausgab.

Zentralfrankenkasse.

Bekanntmachung.

In Düsseldorf hat bei einem Baueinsturz der Kassierer Albert Gensch seinen Tod gefunden. Daher werden die Kassierergeschäfte bis auf weiteres vom Bevollmächtigten Otto Simon, Wallstraße 27, mit geführt.

Der Vorstand. J. A.: W. Thiemar.

In der Woche vom 7. bis 13. Januar sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Neu-Langford M. 250, Almaburg 200, Bartlebech 200, Eggersdorf 200, 90, Altenburg 200, Nienburg 200, Niendorf 200, Straßburg i. d. Uckermark 153,44, Güstrow 150, Mittenwalde 150, Trennbach 133,71, Hohenfur 110, Lengerich 110, Eggel 100, Königsberg i. Pr. 100, Neuhaus a. d. E. 100, Priebke 100, Nienburg 100, Stolzenburg 100, Wenkendorf 100, Gundelfingen 99,77, Natzburg 88,98, Germrode 80, Kall a. Rh. 80, Dissen a. d. M. 50, Kalbergs 50, Schlutup 50, Beelitz i. M. 24; Hüttendorf 17,40, Summa M. 3298,20.

Gutsbücher erhalten: Berlin M. 200, Bösen 1000, Spandau 350, Burg b. Magdeburg 300, Eberfeld 300, Frankfurt a. d. O. 300, Halle a. d. S. 300, Pirna 250, Adlershof 200, Brieselang a. d. O. 200, Gutsow 200, Halberstadt 200, Rinteln a. d. W. 200, Rostock i. M. 200, Bösel 150, Darmstadt 100, Königswinterhausen 100, Oppau 100, Böhlen 100, Bromberg 50, Dessau 50, Niederdreisig 50, Summa M. 6700.

Mittwoch, 13. Januar 1912.

J. Kläschken, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Eingegangene Schriften.

Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Pariserbuchhandlung.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 15. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Das von uns in Nr. 31 des „Grundstein“ (1911) besprochene und am 10. Januar im Stuttgarter Schauspielhaus mit starkem Erfolg aufgeführte Drama von Otto Krölle: „Anna Karenina“ ist im Verlage von Joh. Sassenbach,

Berlin 16, Engel-Ufer 16, als Buch erschienen. Der Preis beträgt M. 1,50.

Die Wahlnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben 18 Seiten stark erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Die Nachs. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitnehmer, ist uns soeben Nr. 8 des 22. Jahrganges zugänglich. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierjährlich ohne Beitragszahlung 55 Pf. unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement M. 2,60.

Briefkasten.

Auftragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erläutern wir keine kritische Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.

Das Inhaltsverzeichnis für den „Stukkator“ ist fertiggestellt und wird auf Bestellung beim Verbandsvorstand von diesem verlangt.

P. B. in Dürmersheim. „Wir haben es bis jetzt immer abgelehnt, solche Anzeigen in den „Grundstein“ aufzunehmen. Es genügt doch vollständig, wenn die Bekleidung in einer Versammlung zurücksiegen wird.“

Potsdam, Rosslau. Rechnungen für die in den „Grundstein“ aufgenommenen Anzeigen verhindern wir nicht. Den Preisen für die Anzeigen kann sich jeder selbst berechnen.

Wöllar. Die Versammlungsanzeigen können nicht für das ganze Jahr aufzugeben werden, sondern müssen für jede Versammlung besonders eingeladen werden. Auch nach die Stunde der Versammlung mitgetragen werden.

K. R. in Bielefeld. Als Proletarierkreisbeirat bezeichnet man die Schwindsucht, weil ihr besonders viele Arbeiter zum Überfall fallen. Hervorgerufen wird sie besonders durch Unterernährung.

Weißwasser. Da die Generalversammlung am 17. Januar stattfindet, die Nr. 3 des „Grundstein“ aber erst am 19. Januar nach dort kommt und vermutlich erst am 21. angesetzten wird, kann die Versammlungsanzeige zu spät.

J. K. in Sch. Aus Deinem Schreiben vermögen wir mit dem besten Willen nicht zu erkennen, was Du eigentlich sonst willst. Deine in Amerika gesammelten Erfahrungen können wir doch nicht veröffentlichen, und wer Dich von Deiner Erfahrung in Überfeld gebracht hat, können wir Dir doch auch nicht sagen.

F. S. in S. Das möchtest Du mir dann, wenn der Mietsvertrag eine Bestimmung enthält, nach der die Wohnung beim Auszug frisch gewischt und gereinigt zu übergeben ist, sonst in das Wohlseine Sachen des Hauswirts.

K. M. in Aue. Grundsätzlich ist das nicht ausgeschlossen. Die Gewöhnung der Studenten hängt in diesem Falle von der Höhe der Unfallrente ab. Seide Deine Papiere an das nächstliegende Arbeitersekretariat und lasse Dir nähere Auskunft geben.

Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins-, bzw. Bahnhof-, oder Sektionsvorstände aufgenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 Pf.

Altenburg. Am 12. Januar starb unser Kollege **Hermann Wunderlich** im Alter von 65 Jahren an Lungentuberkulose.

Berlin. Am 5. Januar starb unser Mitglied **Richard Oestreich** im Alter von 31 Jahren an Lungenschwindsucht. — Am 5. Januar starb der Kollege **Heinrich Anton** im Alter von 42 Jahren an Schirnhautschlag.

Bitterfeld. Am 10. Januar starb unser Kollege **Friedrich Ernst** im Alter von 44 Jahren an Schirnhautschlag.

Breslau. Am 11. Januar starb der Kollege **Paul Franke** im Alter von 67 Jahren an Leberleiden.

Chebinn. Am 9. Januar starb unser Kollege **Gustav Bayer** im Alter von 54 Jahren an Schwindsucht.

— Am 12. Januar starb unser Kollege **Hermann Paul** im Alter von 58 Jahren an Magenkrebs.

Dresden. Am 2. Januar starb der Kollege **Oswald Büttner** aus Löbau im Alter von 47 Jahren infolge Unfalls. — Am 6. Januar starb der Kollege **Joseph Bauer** aus Löbau im Alter von 40 Jahren an Herzschlag. — Am 12. Januar starb der Kollege **Otto Mackebell** aus Löbau im Alter von 44 Jahren an Herzschwäche. — Am 18. Januar starb der Kollege **Moritz Seifert** im Alter von 59 Jahren an Magenleiden.

Düsseldorf. Am 11. Januar starb unser treuer Kollege **Albert Gensch** im Alter von 40 Jahren an den Folgen eines Unfalls.

Greiz. Am 4. Januar starb unser langjähriges Mitglied **Louis Lehmann** im Alter von 55 Jahren infolge Herzschlags.

Görlitzberg. Am 12. Januar starb unser wertiger Kollege **Heinrich Häring** im Alter von 37 Jahren an Lungentuberkulose.

Königsberg. Am 6. Januar starb unser Mitglied **Gusta Möhrke** im Alter von 22 Jahren an der Proletarierart.

Wöllnerberg. Am 7. Januar starb unser treuer Kollege **August Müller** im Alter von 73 Jahren.

Magdeburg. Am 6. Januar starb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied **Oskar Helbig** im Alter von 45 Jahren an Magenkrebs.

Quedlinburg. Am 9. Januar starb unser Kollege **Wilhelm Heitmann** im Alter von 66 Jahren an Magenentzündung.

Wendenburg. Am 7. Januar starb unser Kollege **Bernhard Neitzel** im Alter von 48 Jahren an Lungentuberkulose.

Stralsund i. Els. (Sektion der Stukkator.) Am 10. Januar starb unser Verbandskollege **Karl Münnemann** im Alter von 45 Jahren an Herzschwäche.

Ehre ihrem Andenken!

[M. 1,50] **Eisenach.**

Zum Lokalbeamten wurde Kollege **Hermann Eisenach** gewählt. Allen Bewerbern wir ihre Wünsche sagen wir hiermit unser besten Dank. Die Aufstellungskommission.

Herrn. Möller, zu Hamburg (Verb.-Nr. 201 043), wird von seiner Frau gebeten, sofort nach Hause zu kommen oder ihre Adresse zu liefern. Mitteilungen über den Aufenthalt des Genannten werden dringend erbeten an **Herrn. Peters, Marne, Hafennweg 27.** [M. 2,10]

Der Vorstand des Zweigvereins Marne.

Potsdam, Rosslau. Rechnungen für die in den „Grundstein“ aufgenommenen Anzeigen verhindern wir nicht. Den Preisen für die Anzeigen kann sich doch jeder selbst berechnen.

Wöllar. Die Versammlungsanzeigen können nicht für das ganze Jahr aufzugeben werden, sondern müssen für jede Versammlung besonders eingeladen werden. Auch nach die Stunde der Versammlung mitgetragen werden.

K. R. in Bielefeld. Als Proletarierkreisbeirat bezeichnet man die Schwindsucht, weil ihr besonders viele Arbeiter zum Überfall fallen. Hervorgerufen wird sie besonders durch Unterernährung.

Weißwasser. Da die Generalversammlung am 17. Januar stattfindet, die Nr. 3 des „Grundstein“ aber erst am 19. Januar nach dort kommt und vermutlich erst am 21. angesetzten wird, kann die Versammlungsanzeige zu spät.

J. K. in Sch. Aus Deinem Schreiben vermögen wir mit dem besten Willen nicht zu erkennen, was Du eigentlich sonst willst. Deine in Amerika gesammelten Erfahrungen können wir doch nicht veröffentlichen, und wer Dich von Deiner Erfahrung in Überfeld gebracht hat, können wir Dir doch auch nicht sagen.

F. S. in S. Das möchtest Du mir dann, wenn der Mietsvertrag eine Bestimmung enthält, nach der die Wohnung beim Auszug frisch gewischt und gereinigt zu übergeben ist, sonst in das Wohlseine Sachen des Hauswirts.

K. M. in Aue. Grundsätzlich ist das nicht ausgeschlossen. Die Gewöhnung der Studenten hängt in diesem Falle von der Höhe der Unfallrente ab. Seide Deine Papiere an das nächstliegende Arbeitersekretariat und lasse Dir nähere Auskunft geben.

Adressenveränderungen.

IV bedeutet Vorstand, K Kassierer, L Vertreterstol., H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird ausgezahlt.

Salzwedel. V Hermann Scheibner, Schäferstieg 8a, Schneidemühl, K und Rz Bernhard Grunzel, Hasselstr. 15.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Sonnabend, den 20. Januar.

Aken. Abends 8 Uhr in der „Herberge zum Helm“.

Burgdorf I. Hannover, haus, T.O.: Vorstandswahl. Bürger mitteiligen.

Langenwetzendorf, abends 8 Uhr bei Witte Sporn, T.O.: Sitzungsfest.

Sonntag, den 21. Januar.

Hirschberg, Nachm. 3 Uhr Generalversammlung in der „Aubreaschiente“.

Nachm. 6 Uhr bei B. Küchen in Werbe, T.O.: Quartalsbericht.

Leer, Berghausen.

Nachm. 2 Uhr im Gasthof zum „Weizen Böhl“ in Nieder-

Wöllnerberg, Vorstand, T.O.: Abreise antrieden.

Wöllnerberg, Vorstand, T.O.: Abreise antrieden.

Striegau, hierher Quatral, T.O.: Abreisebericht, Quartalsbericht, Verschließenes.

Nachm. 2 Uhr bei Dr. Buschholz, T.O.: Wahl des gesamten Vorstandes.

Sonntag, den 25. Januar.

Pinneberg, abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn Jochs, Nähe Herberge.

Wölkens, abends 8½ Uhr Tagessordnung.

Sonntag, den 28. Januar.

Deutsch-Rasselwitz, mittags 1 Uhr Generalversammlung, T.O.: Kassenbericht, Vertrieb, Berghausen.

Hersbrück, abends 8½ Uhr im Gasthof „Käferkofel“ abreisebericht, Quartalsbericht, Verschließenes.

Sorau, Nachm. 2 Uhr in der „Flora“, T.O.: Vorstandswahl.

Wölkens, hierher Quatral, T.O.: Abreisebericht, Quartalsbericht, Verschließenes.

Wölkens, abends 8 Uhr im Restaurant „Zum eisernen Hand“, Raumfortstr. 27, T.O.: Kassenbericht des Ausflusses, Berghausen.

Nowawes, Nachm. 4 Uhr bei Singler, T.O.: Abreisebericht vom vierten Quartal.

Brixdorf, Vorstandswahl, Berghausen.

Born, 10 Uhr bei Wolf Reichhold, 41, T.O.: Abreisebericht vom vierten Quartal.

Würzburg, Vorstand, T.O.: Abreisebericht im „Schiffchen“, T.O.: Jahresbericht, Vorstandswahl, Berghausen.

Kranken- und Sterbekasse der Maurer zu Marlgräpplinge (E. H.).

Sonntag, den 21. Januar.

Gross-Licherfelde, Vorname 10 Uhr bei Mitter, Chausseest. 10, T.O.: Abreisebericht vom dritten und vierten Quartal.

München, Mittags 12 Uhr.

München, Nachm. 2 Uhr im Restaurant „Zum eisernen Hand“, Raumfortstr. 27, T.O.: Kassenbericht des Ausflusses, Berghausen.

Nowawes, Nachm. 4 Uhr bei Singler, T.O.: Abreisebericht vom vierten Quartal.

Brixdorf, Vorstandswahl, Berghausen.

Born, 10 Uhr Generalversammlung im „Schiffchen“, T.O.: Abreisebericht, Vorstandswahl, Berghausen.

Würzburg, Vorstand, T.O.: Abreisebericht, Vorstandswahl, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.

Würzburg, Vorname 10 Uhr bei Wissel, Langenhammer Straße 14, T.O.: Jahresbericht, Berghausen.